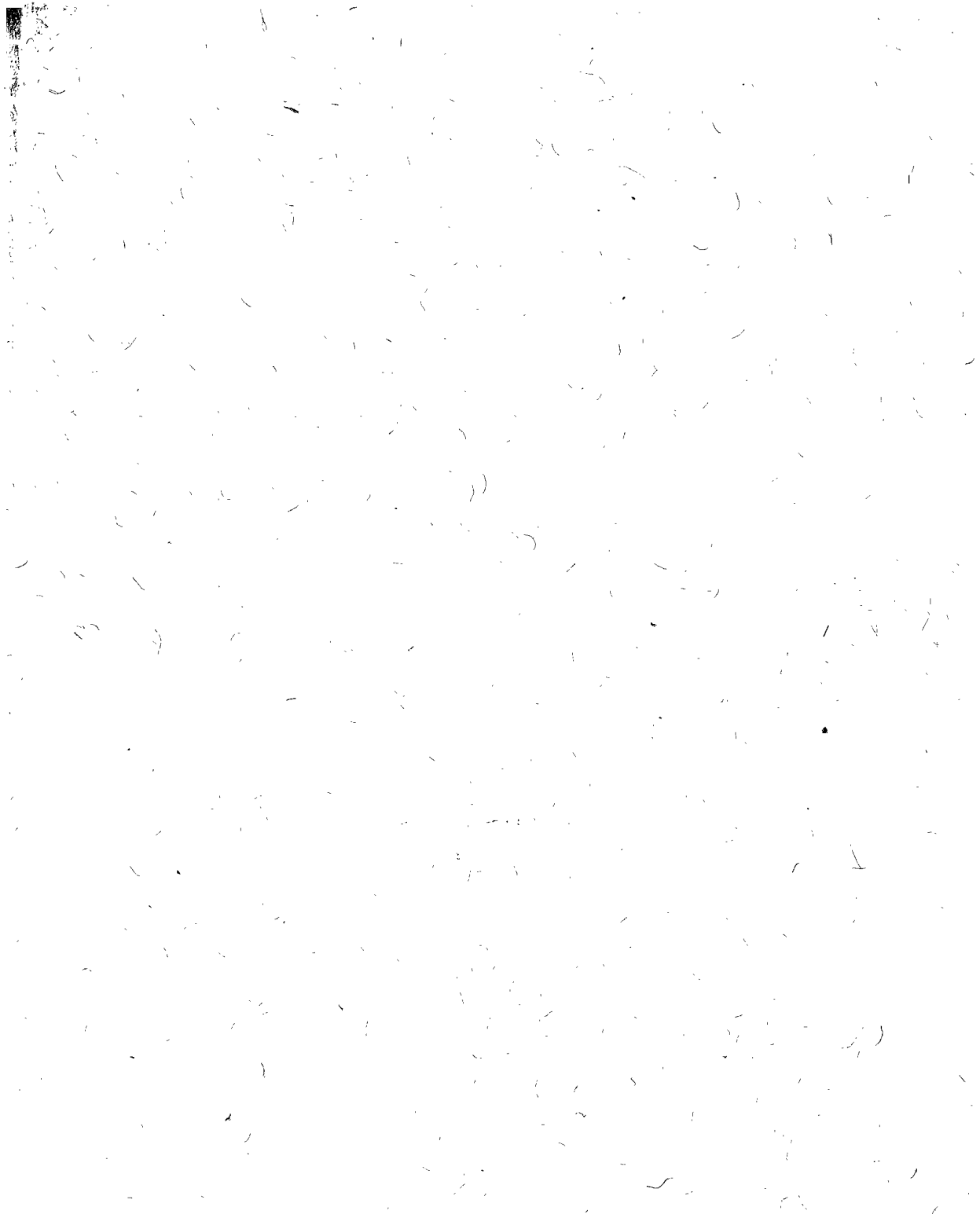


STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a :

48



B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 14. Dezember 1922.

Verhandlungsgegenstände:

1. Erhöhung des laufenden Kredits der Stadt bei der Staatsbank auf 100 Millionen Mark.
2. Antrag S a u e r b i e r, betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer nach Festsetzung von solchen für die Reichsbeamten.
3. Antrag B ö h m auf 50 %ige Erhöhung der Brotkarten.
4. Antrag M a a ß auf Erhöhung des Zuschusses für den Milchbezug auf 40 M.
5. Antrag S t u k e n b e r g, die Nachschutzeleute während ihres Dienstes mit Schußwaffen zu versehen
6. Antrag D i e t e r m a n n auf Gewährung einer Entschädigung für die in Parlaments- und Ausschusssitzungen ehrenamtlich für die Stadt tätigen Einwohner.
7. Antrag B u r g d o r f f auf Anbringung eines Briefkastens an dem eisernen Tore des Rathauses.

Rugiflora

8. Antrag B u r g d o r f f, betreffend Änderung der Satzung über die Wertzuwachssteuer.
9. Antrag B u r g d o r f f, betreffend Beleuchtung der Eingangstür zur Markthalle
und Sicherung der Eingangstür vom Hagenmarkte aus.
10. Antrag S t e g m a n n, betreffend Rücknahme der Kündigung von städtischen Arbeitern.
11. Antrag M a r t h, betreffend Neubildung der Wohnungsprüfungskommission
und der die Zeit der Sitzungen des Mieteinigungsamts.
12. Antrag N e s s e n i u s, betreffend eine Steuer auf Klaviere und Flügel, sowie Luxus-
pferde und -wagen.
13. Anfrage M e l z e r, betreffend die Ersatz-
pflicht für die Schäden bei den letzten
Tumulten.
14. Anfrage B ö h m über die Verwendung fremder
Sipo in der Stadt Braunschweig.
15. Anfrage B ö h m, betreffend die Abgabe eines
Siedlungshauses an Flüchtlinge.
16. Anfrage Dr. S c h u l t z e, betreffend Zah-
lung ausreichender Vorschüsse an die Hinter-
bliebenen städtischer Beamten und Lehrer.
17. Erhöhung der Vergütung für die Beisitzer des
Mieteinigungsamts, des Kaufmanns- und Gewerbe-
gerichts.

18. Landwirtschaftliche Nutzung des brach/liegenden Flugplatzgeländes im kommenden Jahre.
19. Änderung des Ortsbauplans für das Gelände zwischen Frankfurterstraße und Landesbahn und Lutherscher Fabrik und künftigem Eisenbahngelände.
20. Änderung des Ortsbauplans für die Kalandstraße.
21. Genehmigung eines Satzungsentwurfs zur Abänderung des Statuts über den Schlachthausbetrieb.
22. Bewilligung von Mitteln für die Schulentlassenen-Spende.
23. Erhöhung der Müllabfuhrgebühr.
24. Gewährung eines Zuschusses an den Verein Volkslesehalle.

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister
R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r ,
Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g , Stadt-
baurat G e b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a -
p e r , Stadtrat V o g l e r und die Stadträte
B a r t e l s , Dr. R e i c h e und H e r b s t .

Es fehlt Herr Stadtverordneter Dr.
J a s p e r .

Vor-

V o r s i t z e n d e r F r e d e :

**Ich eröffne die Sitzung und gebe dem Herrn Ober-
bürgermeister vor Eintritt in die Tagesordnung
das Wort.**

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Meine Damen und Herren ! Ich muß Sie um Entschuldigung bitten, daß ich Sie vor Eintritt in die Tagesordnung mit einer Sache behellige, aber diese Sache ist sehr dringend. Es handelt sich um Beschaffung von Geld für die Stadt; wir können nicht mehr das zahlen, wozu wir verpflichtet sind. Im vorigen Jahre haben wir einen Abschluß gehabt - er ist noch nicht ganz fertig -, der noch erträglich ist, dagegen haben wir augenblicklich ein Defizit von über 100 Millionen Mark. Es hängt das damit zusammen, daß zwar die Einnahmen gestiegen sind - ich will beispielsweise darauf hinweisen, daß wir statt der vorgesehenen 54 Millionen Mark Steuern infolge der stärkeren Überweisung aus der Reichssteuer 103 Millionen Mark zu verzeichnen haben -, aber noch mehr die Ausgaben, und das bei sämtlichen Kapiteln. Ich glaube kaum, daß es nötig sein wird, das hier im einzelnen zu begründen.

Ich

Ich will noch erwähnen, daß von dem Defizit nicht weniger als 37 1/2 Millionen entfallen auf die Unternehmungen der Gas- und Wasserwerke, Privateinrichtungsgeschäft, ~~und Schlachthaus~~ ^{Antyros}. Das Schlachthaus ist augenblicklich mit 5 Millionen Mark Vorschuß bei der Stadtkasse angeschrieben. Abgesehen von diesen laufenden Rechnungen haben wir aber - und das ist es, was uns besonders drückt - in dieser Zeit erhebliche Geschäfte zu besorgen, deren Einnahmen und Ausgaben nicht durch die laufende Rechnung gehen, vor allem die großen Ankäufe von Getreide. Es liegen augenblicklich noch zu ^{be} zahlende Rechnungen im Betrage von nicht weniger als 86 Millionen vor. Dem gegenüber muß ich allerdings darauf hinweisen, daß wir auch sehr erhebliche Vorräte haben, die ~~als~~ ^{als} gewissermaßen Goldwerte zu bezeichnen sind; wir verfügen insbesondere über Brotgetreide bis Anfang März. Wir haben ermitteln lassen, wie hoch wir diesen Vorrat zu bewerten in der Lage sind, und da ergibt sich ein Betrag von

von 534 Millionen. Außerdem sind die 18 000 Säcke bewertet mit 14 Millionen Mark. Wir sind ferner mit Kohlen eingedeckt für eine Zeit von ungefähr 4 Wochen, und dieser ~~B~~ Vorrat ist heute mit 110 Millionen Mark in Ansatz zu bringen. Zusammengerechnet, sind das Vorräte im Werte von 659 Millionen Mark. Das sind Zahlen, vor denen man früher einen gewaltigen Respekt hatte, heute, wo wir mit Papiermark rechnen müssen, ist die Sache anders geworden. Bei so gewaltigen Umsätzen war es nicht möglich, das erforderliche Betriebskapital rechtzeitig zu beschaffen, und deshalb haben wir ja auch beschlossen, daß zur Ansammlung eines Betriebskapitals für die Gaswerke ein besonderer Zuschuß erhoben werden soll. Diese Maßnahme kann sich ^{aber} nicht so schnell auswirken, und deshalb bleibt nichts anderes übrig als einen anderen Weg zu beschreiten, um einstweilen das Betriebskapital zu beschaffen.

Wenngleich die Übersicht, die ich Ihnen eben gegeben habe, nicht eingehend war, so werden Sie

aus

aus meinen Ausführungen entnommen haben, daß es sich im wesentlichen um zwei Punkte dreht, nämlich beim Ordinarium müssen und dürfen wir darauf rechnen, daß durch die Mehrüberweisungen an Steuern das Defizit noch ganz gewaltig heruntergehen wird, und auf der anderen Seite kommt in Betracht, daß die Ausgabe für Brotgetreide, in Form von Erlös aus Mehl ziemlich schnell wieder eingehen wird. Der Preis des Brotes hat müssen infolge der Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide leider wieder erhöht werden ~~müssen~~. Die Einnahme für Mehl be-¹⁵läuft sich jetzt schon auf wöchentlich ungefähr ~~20~~ Millionen Mark, jetzt wird sie ~~sich auf 30 Millionen~~ ^{nur} steigern. Was die Gasfabrik betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir, wenn wir wie bisher ungefähr 8 Millionen cbm Gas im Jahre abgeben und einen Preis von 50 M pro cbm erheben, eine Einnahme von 400 Millionen Mark haben. Der jetzige Übergang hat aber die leidige Folge, daß augenblicklich die Betriebsmittel fehlen. Es geht nicht

nicht nur uns, sondern allen größeren Städten so; überall sitzen die Städte in dieser Übergangszeit fest, da man das Betriebskapital nicht schaffen kann. Nun haben wir wieder einmal mit der Staatsbank verhandelt und haben gebeten, den allgemeinen Kredit für die Stadt zu erhöhen. Die Staatsbank hat uns bekanntlich ein Konto für allgemeine Zwecke eingerichtet, aus dem wir bisher 50 Millionen Mark entnehmen konnten. Um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß ich etwas verschwiegen habe, was Sie wissen müssen, bemerke ich, daß wir auf dieses Konto I augenblicklich nur 23 Millionen aufgenommen haben, sodaß wir noch einen ziemlich erheblichen Betrag zur Verfügung haben. Aber wir wagen nicht, auf dieses Konto jetzt mehr abzuheben, und zwar aus dem Grunde, weil uns von der Regierung für alle möglichen sozialen Zwecke, so große Beträge überwiesen sind, daß wir diesen Teil unseres Kredits bis 50 Millionen Mark offen halten müssen, um jederzeit in der Lage zu sein, aus der Staatsbank das Geld für

für diese besonderen Zwecke zu entnehmen. Die Beträge, die der Stadt von der Regierung für Kleinrentnerhilfe und andere soziale Zwecke : Milchverbilligung, Feuerungsbeschaffung usw. überwiesen sind, dürfen wir nicht einstweilen ^{mit anderen Ausgaben} in der Hoffnung verwenden, daß wir sie zur rechten Zeit wieder beschaffen können, sondern sie müssen zur Verfügung gehalten werden, und so bleibt nichts anderes übrig, als daß wir diesen Kredit von 50 Millionen Mark zu erhöhen versuchen, und zwar schlagen wir Ihnen vor, ihn auf 100 Millionen Mark zu erhöhen. Ich habe allerdings noch gestern vom Stadtkämmerer die Besorgnis gehört, daß die Erhöhung um 50 Millionen nicht ausreichen würde, und nachdem ich heute morgen die Nachweisung über unbezahlte Rechnungen im Betrage von 86 Millionen bekommen habe, muß ich befürchten, daß wir immer noch wegen der Summe von 36 Millionen Mark festsitzen werden, sodaß dann weiter laviert werden müßte; wir müßten ſ um Befristung bei dem einen oder anderen Gläubiger bitten, und

und angenehm ist das nicht. Wenn die Stadtverordnetenversammlung keine Bedenken dagegen haben sollte, so würde ich es meinerseits begrüßen, wenn uns heute ein noch weitergehender Kredit eröffnet würde, indem die Stadtverordnetenversammlung beschließt :

Wir stimmen der Erhöhung des Kredits auf 100 Millionen zu und ermächtigen den Rat, im Bedarfsfalle beim Ministerium und der Staatsbank weiteren Kredit in Anspruch zu nehmen.

Wenn man sich auf den Standpunkt stellt :

„Die Stadt muß durch diese schwere Zeit hindurch“, und wenn man andererseits überzeugt ist, daß es sich nur um vorübergehende Ausgaben handelt, die durch die Einnahmen der Stadt wieder gedeckt werden, dann braucht man keine Bedenken zu haben, wenn die Stadt einmal einen solchen Kredit auf sich nimmt. Ich möchte Sie bitten, diesem Antrage zuzustimmen. Es ist natürlich nicht angenehm, wenn die Finanzen so stehen, wie es jetzt der Fall ist. Aber wohin

man

man auch blickt, überall im ganzen Wirtschaftsleben heißt es jetzt, mit Kredit zu arbeiten. Wo ist noch ein Kaufmann, der seine Geschäfte ohne Kredit machen kann, und wenn einzelne Firmen für Waren einen offenen Kredit von 50 Millionen Mark bekommen, dann darf man wohl behaupten, daß unsere Stadt mit ihrer Steuerkraft etwas mehr Vertrauen verdient, sodaß sie wohl 150 000 000 M Kredit in Anspruch nehmen kann.

Ich bemerke noch, daß ich der Finanzkommission am Dienstag die Sache vorgetragen habe und sie dem Ratsantrage einstimmig zugestimmt hat.

V o r s i t z e n d e r : Wird eine Aussprache gewünscht, dann bitte ich um Wortmeldungen. -
Das geschieht nicht. Wer für Annahme des Ratsantrages ist, den bitte ich, die Hand zu erheben.
(Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Gleichfalls vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich den Herrschaften folgende Kundgebung der Demokratischen Fraktion, unterzeichnet „Hans Munte“ mitzuteilen:

„Der Stadtverordnetenvorsteher Frede hat in der letzten Sitzung eine gegen den Minister Rönneburg gerichtete beleidigende Äußerung nicht gerügt mit der Begründung, daß er dazu wegen des ~~V~~ Verhaltens des Ministers der Stadt gegenüber nicht in der Lage sei. Wegen dieser unsachlichen Geschäftsführung besitzt der Vorsteher unser Vertrauen nicht mehr.“

Wie

Wie die Herrschaften sich erinnern werden, ist die Angelegenheit so verlaufen : Es hat Herr Regener eine Äußerung gegen den Herrn Minister Rönneburg gerichtet, die ich nachher als ungehörig bezeichnet habe. Anlässlich des Vorwurfs des Herrn Nessenius habe ich Gelegenheit genommen, zu sagen, daß die scharfen Angriffe, die hier gegen den Minister Rönneburg gefallen sind, erklärlich würden durch das Vorgehen des Ministers in Landtage gegenüber der Stadt. Nach den amtlichen Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Gebensleben habe ich festgestellt, daß die Vorwürfe, die Minister Rönneburg gegen die Stadtverwaltung gerichtet hat, als unhaltbar und unverantwortlich bezeichnet werden müssen, und habedann hinzugefügt, daß die Bemerkung des Herrn Regener wohl ungehörig wäre, daß aber bei Herrn Regener eine solche Äußerung wohl nicht so scharf aufzufassen wäre. Ich habe nachher mit *Dr. Munte* Herrn Munte und ~~Nessenius~~ über diese Angelegenheit

ge-

gesprochen und nach den Äußerungen, die diese Herren gemacht haben, annehmen müssen, daß diese Herren die Erledigung, wie sie von mir erfolgt ist, für richtig gehalten haben. Ich bin einigermaßen erstaunt darüber, daß nun diese Erklärung abgegeben wird.

Ich fordere diejenigen, die sich dem Mißtrauensvotum aus diesem Anlaß anschließen, auf, die Hand zu erheben.

(Zuruf Sievers: So einfach geht das nicht.)

Wollen Sie eine Besprechung haben ?

(Zwischenruf Munte: Eine Abstimmung hervorzurufen, beabsichtigen wir nicht!)

Dann sehe ich nicht ein, welchen Zweck die Erklärung haben soll.

(Zuruf Regener : Zu den Akten !)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Vor Mitteilung der heute neu eingegangenen Anträge und der Besprechung der alten Anträge und Anfragen habe ich mitzuteilen , daß ein Schreiben
des

des Verkehrsvereins bezüglich der Benutzung des Flugplatzes an die Stadtverordnetenversammlung eingegangen ist. Der Rat hat ein solches Schreiben nicht bekommen. Ich überweise das Schreiben dem Rat zur Stellungnahme.

Sodann ist den Stadtverordneten ein Schreiben der Armenverwaltung an die Bezirksvorsteher, gezeichnet „von Frankenberg“ zur Kenntnisnahme überreicht. Es heißt :

„Mit Zustimmung des Rates der Stadt haben wir uns im Einvernehmen mit den gutachtlich gehörten Armenbezirksvorstehern genötigt gesehen, die seit den 1. November d.J. geltenden Armenunterstützungssätze vom 1. Dezember d.J. ab abermals zu erhöhen, und zwar monatlich

- a) auf 2400 M für Alleinstehende, Haushaltungsvorstände und Pflegekinder,
- b) auf 1500 M für jedes fernere Familienmitglied.

Zu

Zu a wird hinzugefügt, daß für Alleinstehende oder Haushaltsvorstände, die über 65 Jahre alt sind und keinerlei Rentenbezüge haben, in besonderen Ausnahmefällen eine Erhöhung bis zu 2800 M monatlich zulässig ist.

Die obigen Sätze gelten im übrigen nicht als Regelsätze, sondern als Höchstsätze, sodaß es dem pflichtmäßigen Ermessen jedes Armenbezirks überlassen ist, genau zu prüfen und zu unterscheiden, bis zu welchem Betrage nach den Verhältnissen des Einzelfalles (Einnahme, Verdienstmöglichkeit, Leistungsfähigkeit von Angehörigen usw.) gegangen werden kann.

Wegen der Anrechnung von Verdienst, Renten und sonstigen Bezügen, wegen der Lieferung von Milch für Kinder bis zu 5 Jahren und der sonstigen Bestimmungen bleibt es bei der früheren den Bezirken bekannten Regelung.

Wir haben die Stadthauptkasse angewiesen,

den

dem Bezirke als nachträglichen Zuschuß zur Deckung der Mehrkosten im laufenden Monat einen Betrag zu zahlen, der unter Zugrundelegung von 55 v.H. des Dezemberworschusses berechnet ist. Wir bitten, dafür Sorge zu tragen, daß für den ganzen Monat Dezember, also rückwirkend vom 1.d.Mts. ab, den Bedürftigen Unterstützung ^{an} unter Beachtung obiger Höchstsätze gewährt werden. Am einfachsten wird dieses bei Auszahlung der zweiten Monatssätze der Unterstützung (etwa am 16. d.Mts.) geschehen können."

Weiter hat der Verein Braunschweigische Presse an die Stadtverordnetenversammlung folgendes kurze Schreiben gerichtet :

„Die Wirtschaftliche Vereinigung bildender Künstler“ hat dem Verein Braunschweigische Presse Kenntnis gegeben von ihrem Antrage, das Altstadt-rathaus zu einem Hause für Kunst und Schrifttum in Braunschweig umzugestalten. Der Verein Braunschweigische Presse begrüßt diese Anregung und

bittet

bittet die Stadtverordnetenversammlung, dem Antrage die Zustimmung zu geben."

Das Schreiben mit dem Antrage der Künstlervereinigung ist, wie ich in der vorigen Sitzung feststellte, auch beim Rat der Stadt eingegangen, wir haben also das Weitere abzuwarten.

Der Rat überweist ein Schreiben des Wirtschaftsministers den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme; es lautet :

„In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wird, wie ich aus der in den Braunschweigischen Anzeigen veröffentlichten Tagesordnung entnehme, eine Vorlage des Rates der Stadt wegen Verpachtung des Flugplatzgeländes zur Anlage von Schrebergärten zur Beratung und Beschlußfassung kommen.

Ich benutze die Gelegenheit, um noch in letzter Stunde darauf hinzuweisen, welche große Bedeutung der Flugplatz für die Stadt Braunschweig hat. Augenblicklich kann mit Rücksicht auf die Bestim-

mungen

mungen des Versailler Vertrages und die daraus sich ergebenden tief einschneidenden Beschränkungen des Deutschen Luftverkehrs der Flugplatz seinem eigentlichen Zwecke allerdings nicht dienen, indessen darf die Hoffnung, daß die Zukunft hier Wandel schafft, in keiner Weise aufgegeben werden. Sobald das Deutsche Luftverkehrswesen von den beengenden Fesseln befreit ist, wird es darauf ankommen, die wenigen noch im Deutschen Reich vorhandenen Flugplätze so schnell wie möglich ihrem ursprünglichen Zwecke wieder zugänglich zu machen. Daß dieses durchaus im Interesse der Verkehrsentwicklung der Landeshauptstadt liegt, die jahrzehntelang auf allen Gebieten des Verkehrs gegenüber Städten von gleicher, ja geringerer Größe erheblich zurückgeblieben ist, bedarf keiner näheren Ausführungen.

Wenn, wie Herr Oberbürgermeister ^{Rehmeyer} ~~gestern~~ einen Referenten auf Befragen erklärte, beabsichtigt wird, die Verpachtung lediglich auf ein Jahr

vor-

vorzunehmen und in den Bestimmungen vorzusehen, daß keine Bäume gepflanzt werden dürfen, so halte ich dies nicht für ausreichend, um den Platz seiner ursprünglichen Zweckbestimmung zu erhalten, denn es würde, sobald es sich darum handelt, den Flugplatz wieder in Benutzung zu nehmen, nicht nur die Pachtzeit abgewartet werden müssen, sondern außerdem noch eine gewisse Zeit vergehen, um den Platz wieder so herzurichten, daß er zu Flugzwecken dienen kann. Es besteht dann die Gefahr, daß andere Städte der Stadt Braunschweig zuvorkommen, da sie über entsprechende freie Flächen verfügen, und daß alsdann der Luftverkehr in Zukunft Braunschweig überhaupt nicht mehr berührt.

So sehr ich die Förderung der Kleingärten gerade in der Gegenwart als notwendig anerkenne, so muß ich doch darauf hinweisen, daß in diesem Falle die künftigen Luftverkehrsinteressen der Stadt Braunschweig eine wesentlich größere Bedeutung haben als der augenblickliche vorübergehende

Nutzen

Nutzen, der nur für einen Teil der Einwohner durch die Schaffung von Kleingärten erzielt wird, und ersuche deshalb, die Vorlage zurückzuziehen."

Wir haben Gelegenheit, bei Punkt 2 W auf das Schreiben zurückzukommen.

Es sind 2 neue Anträge eingegangen. Der eine von Herrn M a r t h :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

1) die seit dem Jahre 1919 bestehende Wohnungsprüfungskommission neu zu bilden und den Mitgliedern derselben eine den Zeitverhältnissen entsprechende Entschädigung zu gewähren,

2) die Sitzungen des Mieteinigungsamts der Stadt Braunschweig auf die Nachmittage zu verlegen."

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn S t e g - m a n n :

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, von der beabsichtigten Entlassung einer größe-

ren

ren Zahl städtischer Arbeiter Abstand zu nehmen und die bereits erfolgten Kündigungen zurückzunehmen."

Ich glaube, die Versammlung hat nichts dagegen einzuwenden, diese wenigen Anträge im Anschluß an die übrigen Anträge zu behandeln, dann haben wir die Sachen aufgearbeitet. Die alten Anträge und Anfragen sind etwas durcheinander gekommen, sie rühren aus den beiden letzten Sitzungen her. Ich bitte zu verzeihen, wenn der eine oder andere, der vor acht Tagen gestellt wurde, vor einem, der das Mal vorher eingebracht worden ist, zur Behandlung kommt. Da sie heute alle an die Reihe kommen werden, tut es ja nichts zur Sache, wenn eine Vorreihung erfolgen sollte. Zunächst die Anträge, dann die Anfragen.

2. Antrag Sauerbier, betreffend die Gewährung
von Teuerungszulagen an die städtischen
Beamten und Lehrer nach Festsetzung von
solchen für die Reichsbeamten.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadterordneten
wollen beschließen, entsprechend dem Vorgehen in
Landtage die Gehaltsdeputation zu ermächtigen, nach
der Festsetzung von Teuerungszulagen für die Reichs-
beamten solche auch für die städtischen Beamten und
Lehrkräfte zu gewähren.“

Stadtv. S a u e r b i e r : (Zur Begründung)
Meine sehr geehrten Damen und Herrn! Es ist Ihnen
allen bekannt, daß Ende September und Anfang Oktober
dieses Jahres der Dollar ganz erheblich gestiegen
war und damit eine ganz erhebliche Entwertung unse-
rer Währung verbunden war. Kurz danach schnellten
die Verkaufspreise der Waren ungeheuerlich in die
Höhe, und die Angestellten und Beamten sahen sich in

die

die Lage versetzt, Waren nicht mehr in dem Maße kaufen zu können, wie es notwendig ist, und insbesondere nicht in dem Maße, wie Geschäftsleute, die ihre Waren gleich wieder verkaufen und sich durch höher gesetzte Preise schadlos halten können. Die Reichsregierung hat darauf mit den Spitzenorganisationen der Angestellten und Beamten Fühlung genommen und in Zusammenarbeit mit diesen es in die Wege geleitet, daß die Teuerungszulagen entsprechend erhöht wurden. Nach den vom Reich festgesetzten Sätzen haben dann die einzelnen Länder und Städte die Erhöhung der Teuerungszulagen für ihre Angestellten und Beamten sofort eintreten lassen. Der Landtag bestimmte damals, daß sein Haushaltsausschuß ermächtigt wird, in Zukunft die Erhöhungen der Ausgleichszuschläge für die Beamten sofort eintreten zu lassen, daß also nicht erst der gesamte Apparat der Landesversammlung von der Regierung einberufen zu werden braucht, um die Erhöhungen zu genehmigen. Es hat sich dabei gezeigt.

zeigt, daß durch diese Maßnahme die Oktober- und Novembererhöhungen des Ausgleichzuschlages den Reichs- und Staatsbeamten schneller bezahlt werden konnten als den städtischen Beamten. Durch die spätere Zahlung der auf langsameren Wege bewilligten Beträge ermüdet den städtischen Beamten bei dem raschen Steigen der Preise eine ganz gewaltige Schädigung, denn gerade von Anfang September an haben sich die Werte aller Waren um 100 % erhöht. Da nun seit Jahresfrist und länger die Stadtverwaltungen niemals anders sich entschieden haben, als daß dieselben Ausgleichzuschläge wie den Reichsbeamten auch den städtischen Beamten gezahlt werden sollen, und da anzunehmen ist, daß auch in künftigen derartigen Fällen die städtischen Behörden damit einverstanden sein werden, daß nicht anders wie beim Reiche verfahren werden soll, so ist es für die städtischen Beamten und Lehrer wertvoll, daß die Feuerungszulagen die doch einmal gezahlt werden sollen, möglichst schnell in den Besitz der Beamten kommen. Wenn je,

je, so trifft hier das Wort zu: Wer schnell gibt, der gibt doppelt. Aus diesem Grunde habe ich meinen Antrag gestellt, und auch in der Sitzung der Gehaltsdeputation wurde der Wunsch ausgedrückt, daß solche Erhöhungen nicht erst vor die Stadtverordnetenversammlung gebracht, sondern eine Ermächtigung ausgesprochen werden möchte, nach den vom Reiche festgesetzten Erhöhungen zu verfahren. Ich bitte die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß, sobald im Reiche eine Erhöhung der Steuerungszulagen vorgenommen wird, sie damit zugleich auch für die städtischen Beamten eintritt. Dabei will ich dem Wunsche Ausdruck geben, daß weitere Erhöhungen der Steuerungszulagen nicht mehr eintreten brauchen, denn es steht außer allen Zweifel, daß mit jeder neuen Festsetzung eine Zurücksetzung der Bezüge der Beamten im Vergleich zu den Kosten des täglichen Lebens oder eine verhältnismäßige Herabsetzung des Einkommens der Beamten eintritt, ebenso für die Reichsbeamten wie für die städtischen

tischen

tischen Beamten. Ich bitte Sie, meinen Anträge zuzustimmen.

**Für die dringliche Behandlung des Antrages
meldet sich auf Anfrage des Vorsitzenden die Mehr-
heit.**

Krüger H

Oberbürgermeister R e t e n e y e r :

**Ich möchte dem Herrn Antragsteller empfehlen, in
seinem Antrage zu sagen: „Teuerungszulagen für die
Reichs- und Staatsbeamten“, denn wir müssen uns
tatsächlich nach den Sätzen der Staatsbeamten rich-
ten.**

Stadtv. S a u e r b i e r : Ich habe absichtlich in meinem Antrage nur gesagt: „Teuerungszulagen für die Reichsbeamten“. Ich kann nicht einsehen, daß wir uns nach den Staatsbeamten in dieser Beziehung richten müßten. Es ist der Gang der Angelegenheit in der Weise üblich geworden, wie es der Herr Oberbürgermeister angab, aber ein Zwang dazu besteht nicht. Es könnte der Fall eintreten, daß aus irgendeinem Grunde die Staatsbeamten die Erhöhung der Teuerungszulagen nicht bekommen; warum sollten in einem solchen Falle die Stadt nicht das Recht haben, sich nach dem Reiche zu richten! Ich möchte Sie bitten, den Antrag so anzunehmen, wie er lautet.

V o r s i t z e n d e r : Die Sache liegt so:
Es ist die Möglichkeit gegeben, daß, auch wenn
das Reich mit Erhöhungen vorgeht, irgendein Staat
aus Mangel an Mitteln dem Reiche nicht folgen kann.
Dann kann eine Stadt in dem betreffenden Staate
dem Vorgehen des Reiches eigentlich noch weniger
folgen. Ich glaube deshalb, daß das Wort „Staats-
beamten“ nicht fehlen dürfte.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r : Es würde einen wunderbaren Eindruck machen, wenn wir, die wir bis über die Ohren in Schulden sitzen, die erhöhten Feuerungszulagen eher auszahlen würden, als es der Staat seinen Beamten gegenüber tut. Sobald eine Gehaltserhöhung kommt, sind wir nicht in der Lage, sie vollständig aus eigenen Mitteln zu zahlen, sondern das erste in einem solchen Falle ist, daß ich das Ministerium bitte, uns den ^{Be-}Betrag, der dafür nötig ist, zu überweisen. Gott sei Dank ist das Ministerium noch immer in der Lage gewesen, uns den erforderlichen Betrag zu überweisen. Wenn das Ministerium nicht in der Lage wäre, den Beamten in Lande die Erhöhungen zu zahlen, dann wird es auch nicht sagen: Ja, für die städtischen Beamten überweisen wir den Betrag, aber die Beamten des Landes bekommen nichts.

Ich habe auch noch ein anderes Bedenken. Es wäre ^{möglich} ~~nicht~~, ^{dass} ~~wenn~~ die sich ^{später} als nötig herausstellende Aufbesserung der Gehälter nicht in Form von Feuerungs-

zu-

zulagen vorgenommen würde, sondern in anderer Weise; ~~und~~ daß dann die Gehaltsdeputation ermächtigt wird, dasselbe zu tun wie das Reich, das halte ich nicht für richtig. Man kann heute noch nicht wissen, ob weiter mit den Feuerungszulagen operiert wird oder ob die Gehälter geändert werden. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als daß wir in gleicher Weise wie das Land vorgehen. Jedenfalls ist es richtig, daß wir sagen: Was der Staat seinen Beamten gibt, wollen wir auch unseren Beamten geben, um ihnen gerecht zu werden.

Stadt v. S a u e r b i e r : Wenn der Herr Oberbürgermeister Wert darauf legt, daß dieser Zusatz in dem Antrage gemacht wird, will ich meinen Antrag abändern und sagen: „Reichs- und Staatsbeamten“. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß ich die Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters teile, sondern ich bin nach wie vor der Ansicht, daß die Gemeinden nach dem Vorbilde des Reiches vorgehen können. Das Reich bestimmt für seine Beamten die Erhöhungen, überweist den Ländern die nötigen Teilbeträge und diese verfahren ebenso gegenüber den Städten. Den überschüssigen Teil müssen die Städte zu zahlen übernehmen und brauch^{en}t den Staat nicht dazu.

*Der Antrag S a u e r b i e r mit der Ein-
schaltung wird angenommen.*

3. Antrag B ö h m auf 50-%ige Erhöhung der Brot-
karten.

Wortlaut des Antrages: „Bei der noch immer steigenden Teuerung möchte ich nochmals 50-%ige Erhöhung der Brotkarten beantragen.“

Stadtv. Frau B ö h m (zur Begründung): Meine verehrten Anwesenden! Sie wissen, daß ich schon einmal in dieser Saale einen gleichen Antrag gestellt habe. Er wurde abgelehnt unter der Begründung, daß seine Erfüllung nicht möglich sei, weil die Reichsgetreidestelle zuständig sei. Ich habe nun den Antrag noch einmal gestellt und weise auf die Teuerungsverhältnisse hin, bei denen ein Markenbrot 225 M und ein markenfreies Brot 600 M kostet. Da das Markenbrot noch teurer wird, so wird wohl das markenfreie Brot bald auf 1 000 M zu stehen kommen. Ich glaube, daß sich mein Antrag ausführen läßt, denn auf dem Lande wird noch eine Menge Getreide vorrätig sein, daß ergriffen werden könnte, wenn nur richtig zugefaßt wird

Es

Es kann eine Beschlagnahme erfolgen, und dann wäre es doch möglich, die 50 % Erhöhung den Bewohnern der Stadt zugänglich zu machen. Ich möchte bitten, meinem Antrage zuzustimmen, denn es ist wirkliche Not in der Bevölkerung wegen des Brotes vorhanden. Man möge Lebensmittelkommissionen bilden, dann werden die schon Mittel und Wege finden, um das Getreide, das auf dem Lande aufgestapelt wird, damit es in Frühjahr zu teureren Preisen verkauft werden kann, für die Stadt nutzbar zu machen.

Die dringliche Behandlung des Antrages wird von
der Versammlung beschlossen.

Seite 3

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Die Ver-
hältnisse liegen ^{heute} leider nicht günstiger als damals,
als Frau Böhm die Anfrage mit einem ähnlichen Inhalt,
wie dieser Antrag hat, zur Besprechung gebracht hat.
Die Reichsgesetzgebung ist durch die Reichsgetreide-
ordnung in solche Bahnen gelenkt worden, daß eine
Umlage von den Erzeugern von Brotgetreide erhoben
und diese Umlage auf die einzelnen Länder und dort
wieder auf die einzelnen Kommunalverbände verteilt
wird. Die Möglichkeit, eine Beschlagnahme über den
Rahmen der Umlage hinaus stattfinden zu lassen, ist
durch die Reichsgesetzgebung nicht gegeben. Frau
Böhm hatte zu meiner Freude vor kurzem einen anderen
Weg beschritten, der zum Ziel hätte führen können,
indem sie durch Vermittelung eines Landtagsabgeordne-
ten sich an den Landtag gewandt hatte, ~~der~~ daß von
dort aus auf die Landesregierung und durch diese wei-
ter auf die Reichsregierung eingewirkt würde. Der
jetzige Vorschlag, daß wir einfach die hier auszutei-

lenden

lende Brotmenge aus dem uns zur Verfügung stehenden Vorrat um 50 % erhöhen, ist vollständig undurchführbar - ich darf mich in dieser Beziehung auf das berufen, was ich in der früheren Sitzung darüber gesagt habe. So gern wir dem Wunsche der Frau Böhm stattgeben möchten, so ist es doch ganz unmöglich, diesen Weg zu betreten. Aber wir werden im Laufe des kommenden Monats wieder mit einer Mehloverteilung der Bevölkerung behilflich sein, ebenso wie es in den letzten Wochen geschehen ist, und hoffen, daß wir weiten Kreisen mit einer derartigen Maßregel unter die Arme greifen. Ich bitte, den vorliegenden Antrag als undurchführbar abzulehnen. Es hat keinen Zweck, Maßnahmen den Räte ans Herz zu legen, deren Ausführung die Reichsgesetzgebung entgegensteht.

**V o r s i t z e n d e r : Frau Böhm, wollen Sie
Ihren Antrag zurückziehen?**

Stadt v. Frau B ö h m : Ich habe vorhin vergessen, zu erwähnen, daß genügend Mehl da ist, um das markenfreie Brot zu backen. Da dies der Fall ist, soll es beschlagnahmt werden und daraus Markenbrot gebacken werden. Ich kann mich nicht dazu entschließen, den Antrag zurückzuziehen. Es ist jeder Gemeinde frei gegeben, wieviel Brot sie ausgeben will, Berlin z.B. gibt auch mehr als 1 900 Gramm aus.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g ! Ich gebe die Hoffnung nicht auf, Frau Böhm zu überzeugen, daß wir in dieser Sache nicht Herr im Hause sind, sondern als ein Teil des Kommunalverbandes Braunschweig gebunden sind an die gefaßten Beschlüsse, vor allen Dingen an die Beschlüsse der Reichsgetreidestelle wegen der verfügbaren Mehlmenge. Würden wir von diesen Beschlüssen abgehen, dann könnte die Möglichkeit eintreten, daß wir jetzt Brot von 3 000 Gramm hätten, aber ob wir dann in einen Vierteljahre noch Mehl zur Ausgabe eines 1 000 Gramm-Brots verfügbar hätten, das werden Sie sich selbst ausrechnen können. Ich muß bitten, selbst wenn es Ihnen schwer fällt, diesen meinen Mitteilungen Glauben zu schenken. Es ist beim besten Willen nicht möglich, über das hinaus zu gehen, was wir jetzt geben.

Stadt. Frau G r a f : Herr Stadtrat von Frankenberg sagte vorhin, daß die Stadt bereit wäre, vielleicht im nächsten Monat wieder einmal Mehl auszugeben. Es wundert mich, daß wir in diesem Jahre zu Weihnachten kein Mehl bekommen sollen. Ich nehme nicht an, daß Herr Stadtrat von Frankenberg, das Roggenmehl, das in diesem Monat ausgegeben worden ist, sich als Weihnachtsmehl gedacht hat. Überall in den einschlägigen Geschäften hört man die Frage: Gibt es denn nicht noch einmal vor Weihnachten Mehl von der Stadt? Die alten Leute wollen es nicht etwa zum Kuchenbacken haben, sondern wollen sich daraus eine Mehlsuppe kochen, denn sie können nicht mehr fortwährend Kartoffeln essen. Selbst wenn wir für uns darauf verzichten sollen, Kuchen zu backen, so möchte ich im Interesse der alten Leute und der Kinder noch den Rat der Stadt bitten, in diesem Monate noch einmal Mehl auszugeben.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Es wird im Monat Januar möglich sein, den Weizen, den wir ~~je~~ mit unsäglicher Mühe hereinbekommen haben, auszumahlen und davon etwas zur allgemeinen Verteilung zu bringen. Selbst wenn wir Hexenmeister wären, könnten wir es bis Weihnachten nicht mehr fertig bringen.

Der Antrag B ö h n wird abgelehnt.

4. Antrag M a a ß auf Erhöhung des Zuschusses für
den Milchbezug auf 40 M.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten-
versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu
ersuchen, den infolge der letzten Milchpreiserhöhung
gewährten Zuschuß für Minderbemittelte auf 40 M zu
erhöhen.“

Stadtv. M a a ß : Meine Damen und Herren! Der
Milchpreis ist im Steigen, und das veranlaßt weite
Kreise, den Milchbezug einzustellen. Vor allen Din-
gen werden durch den teuren Milchpreis ganz arme
Leute betroffen, die Kinder haben; sie müssen tat-
sächlich ihren Kindern die so nötige Milch entziehen
Ja, wir können mit unseren Beobachtungen auch in
den Kreis der Beamten und in den Mittelstand hinein-
gehen, überall dort ist man nicht mehr in der Lage,
den Kindern Milch zu gewähren. Und doch liegt gera-
de in unseren Kindern unsere Zukunft. Wir haben
ein wachsames Auge auf diese unsere Zukunft zu len-
ken,

ken, damit die Jugend zu einem kräftigen Volke heranwächst. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, ^{den} ~~ihren~~ Kindern Milch, die für sie unentbehrlich ist, zugänglich zu machen. Dazu aber ist erforderlich, daß der den Minderbemittelten gewährte Zuschuß zum Milchbezüge bedeutend erhöht wird, denn bei dem heutigen Milchpreise von 92 M wird nur ein Zuschuß von 8 M gewährt - ob dieser Zuschuß inzwischen erhöht worden ist, ist mir unbekannt. Wenn ich beantrage, den Zuschuß auf 40 M zu erhöhen, so glaube ich nicht, daß das bei einem Milchpreise von 92 - 98 M über das Ziel hinaus geschossen ist, und weiter glaube ich, daß die Stadt wohl in der Lage ist, infolge des Zuschusses des Staatsministeriums eine solche Erhöhung gewähren zu können. Es ist vom Reiche für Erleichterung der Ernährung im allgemeinen eine Summe von ^{Millionen} ~~300 000~~ M bewilligt worden, von dem ein entsprechender Teil auf das Land fällt und mit dem für uns eine gewissere Erleichterung ge-

schaffen

48 - 11 -

schaffen werden könnte. Braunschweig steht mit an erster Stelle in einem Milchproduktionsgebiet, und deshalb muß der hiesige Milchpreis als ungerechtfertigt bezeichnet werden, insbesondere gegenüber Hannover, wo das Liter Milch 76 M kostet, also über 20 M billiger ist als in Braunschweig. - Ich möchte Sie bitten meinem Antrage zuzustimmen, damit auch unsere Armen in der Lage sind, ihren Kindern Milch zu gewähren.

Die Versammlung stimmt der dringlichen Behandlung des Antrages zu.

Präsident 4

Stadtrat S e h a p e r : Herr Stadtverordneter Maaß hat recht: es besteht ein Notstand in der Milchversorgung der Bevölkerung der Stadt Braunschweig. Die Milchpreise sind in den letzten Monaten so hoch geworden, daß weite Bevölkerungsschichten nicht mehr in der Lage sind, regelmäßig Milch zu kaufen. Im Juni wurde täglich 23 000 Liter Milch in der Stadt Braunschweig abgesetzt, im Oktober nur noch 14 500 (hört, hört!)-so ^{stark} (ist der Verbrauch infolge der hohen Preise zurückgegangen. (Zuruf Stegmann: Jetzt noch mehr!) Das mag sein; vom November liegt mir die Statistik noch nicht vor. Diese Zahlen „sprechen Bände“, wie man zu sagen pflegt; sie zeigen, welcher Gefahr wir entgegengehen, wenn nicht bald Besserung eintritt. Aber eine Regelung ist inzwischen eingetreten; Die Regierung hat am 28. November eine Verordnung über ~~die~~ Milch erlassen, die zunächst ein weiteres Hinaufschrauben des Preises unterbunden hat. Wir haben bis auf weite-

res

res Verkaufspreise von 93 M für lose Milch und 96 M für Flaschenmilch. Ich glaube, daß in den meisten Großstädten Deutschlands ein weit höherer Milchpreis als bei uns in Kraft ist. Wie der Preis in Hannover ist, kann ich augenblicklich nicht sagen; es kann auch sein, daß ^{er} in letzter Zeit geändert worden ist. Kassel hatte früher einen niedrigeren Milchpreis wie wir, jetzt ist er dort höher als bei uns. Ich glaube, daß die erwähnte Verordnung unseres Wirtschaftsministers bereits kennend auf eine weitere Erhöhung des Milchpreises gewirkt hat.

Die Einzelheiten der Milchverordnung glaube ich Ihnen nicht darzulegen brauchen. Ich will nur hervorheben, daß sie alle ländlichen Molkereien verpflichtet, 20 % der angelieferten Milch als Frischmilch dem Landesernährungsamt zur Verfügung zu stellen, weiter, daß das Landesernährungsamt das Recht hat, zu sagen: Wir brauchen eure Milch nicht, aber ihr müßt für diesen Verzicht einen Betrag in

eine

eine Kasse zahlen, die die Mittel zur Verbilligung der Milch hergeben soll. Wieviel Mittel dadurch zusammenkommen, vermag im Augenblick niemand zu sagen; nach meinem Dafürhalten werden es erhebliche Mittel werden, so daß ich hoffen darf, daß wir in der Lage sein werden, den im Antrage^{Maaf}~~gemäß~~ ausgesprochene Gedanken auszuführen. Ich glaube, daß schon nach Neujahr diese Verbilligung in Kraft treten kann. Gegenwärtig~~t~~ gilt noch für die Verbilligung der Satz, wie wir in vor Monaten festgesetzt haben: 8 M pro Liter. Wir haben in den letzten Wochen diesen Satz nicht erhöhen können, weil das bisherige Verbilligungsverfahren auf einer freiwillig eingegangenen Grundlage beruht und daß hierauf errichtete Gebäude zu wackeln anfing~~n~~. Nunmehr ist aber die Milchverbilligung auf eine gesicherte Grundlage gestellt.

In der nächsten Woche werden noch einmal Gutsohne für Dezember ausgegeben, sodaß also für Dezember pro Liter eine Verbilligung um 16 M statt-

findet

findet. Wir haben dann bis Mitte Januar alle die Mittel, die wir ~~jetzt~~ zur Verfügung haben ~~und aus~~ der freiwilligen Verbilligungsaktion und die aus Reichsmitteln ~~aufgebracht werden~~. Ich bin überzeugt, daß wir ^{demnach} ~~von~~ ~~Landesernährungsamt~~ beträchtliche Mittel überwiesen bekommen werden, sodaß ich hoffe, daß wir alsdann den Antrag des Herrn Maaß werden entsprechen können. ^{Accelerations wird} ~~Wird~~ der Milchpreis, wie wir ihn jetzt haben nicht ganz lange mehr zu halten sein, er bleibt weit zurück hinter den Preisen, die in den Nachbarländern gang und gebe sind, und wenn wir nicht ~~Kleinerhöhen~~ kleine Erhöhungen zubilligen, ist zu befürchten, daß die Anlieferung zurückgehen und dann Milch nicht mehr genügend zur Verfügung steht, während heute eine Menge Milch da ist und die Käufer nicht das nötige Geld haben, um sie zu kaufen. Wie es also mit dem Preise wird, vermag ich nicht zu sagen; die Festsetzung erfolgt durch den Wirtschaftsminister in Einvernehmen mit dem Landesernährungsamt und den Produzenten.

V o r s i t z e n d e r : Der Rat der Stadt hat
die Erfüllung Ihres Antrages in Aussicht gestellt,
da Herr Maaß, ziehen Sie Ihren Antrag zurück.
(Wird verneint.)

Stadtverordneter L e h n e r t : Meine Damen und Herren! Es ist dies ein Kapitel, über das wir uns schon viel unterhalten haben. Schon einmal, als die Milch unter Zwangswirtschaft stand, hatten wir es zu verzeichnen, daß der Milchkonsum zurückgegangen war. Stellen Sie sich vor, daß nach den Sätzen der Armenverwaltung über 65 Jahre alte Leute, wenn ein ärztliches Attest vorliegt, pro Tag $\frac{1}{2}$ Liter Milch bekommen sollen. Ich weiß es, und alle diejenigen, die in der Armenpflege tätig sind, wissen es, daß einige dieser armen Leute nicht imstande sind, sich Milch zu kaufen, sondern um andere Nahrungsmittel, Brot oder Fett zu bekommen, geben sie die Gutscheine hin. Denken Sie daran, daß der Milchkonsum von 23 000 Liter auf 14 500 Liter heruntergegangen ist - das spricht Bände. Was hilft es, wenn in den Schauspielhäusern oder Kinos lehrreiche Bilder gezeigt und Vorträge gehalten werden über das Thema: „Helft unseren Tuberkulösen, helft unseren Kindern!“ Wenn auf der anderen Seite diejenigen, die ein einigermaßen kräftiges Geschlecht

schlecht

schlecht großziehen sollen, nicht in der Lage sind, das bisschen Milch zu kaufen, das so großnötig ist! Selbst diejenigen, die noch ständig in Arbeit sind und einen einigermaßen nennenswerten Lohn beziehen, sind nicht in der Lage, ihren Kindern die Menge Milch zu geben, die ihnen zugehört. Als ich Beschwerden gegen einzelne Molkereien vorgebracht habe, hat der Rat der Stadt sofort eingegriffen, aber was nützt der gute Wille des Rats, wenn von hinten die Schleichenwege benutzt werden, und so die Milch nicht angeliefert wird. Ich habe eben, als ich zur Sitzung ging, gesehen, wie ein Fuhrwerk aus der Stadt herausfuhr, das eine wundervolle Buttermaschine nach auswärts brachte. Ja, die Milch wird verbuttert, und der Ertrag dabei ist größer als der aus dem Verkauf der Milch, und das ist der Grund, warum in der nächsten Zeit die Landwirte die Milch nicht abliefern, sondern verbuttern. In früheren Jahren hat man uns fortwährend damit ängstlich gemacht, daß man sagte, es sei nicht genug Futter vorhanden. In diesem Jahre kann man das nicht behaupten. Der Landwirt hat in Futtersachen noch nie eine solche günstige Ernte-

gef.

jahr gehabt wie diesmal; Die Heuernte ist gut ausgefallen und ebenso steht es mit der ~~Grummet~~-Ernte. Die Landwirte können auch nicht mehr behaupten: Wir haben kein Vieh. Wenn Sie einmal auf dem Lande gewesen sind, haben Sie sehen müssen, wie die Viehherden zugenommen haben wie nie zuvor. Selbst in Vorkriegszeiten hat man vielleicht solch schönes Vieh nicht gesehen wie jetzt. Die Ärzte verschreiben den armen Kranken Milch und den Müttern wird gesagt, wenn sie mit ihren Kindern zum Arzt kommen: Das Kind muß Milch haben! Ja, woher nehmen und nicht stehlen? ^{ist} ~~Das~~ momentan die Frage. Wenn da nicht das Übel an der Wurzel gefaßt wird, dann erreichen wir nichts. Alle diese Verordnungen, die erlassen werden, können von mir nur als Palliativmittelchen angesehen werden, sie machen die Leute, die ihren Vorteil zienen wollen, nur noch schlauer, und die Leute, denen geholfen werden soll, werden nur am Narrenseil wie bisher gezogen. Ich möchte ersuchen: Nehmen Sie den Antrag Maaß an !

Der Antrag M a a ß wird angenommen.

5. Antrag Stukenberg, die Nachtschutzleute während ihres Dienstes mit Schußwaffen zu versehen.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Nachtschutzleute während der Ausübung ihres Dienstes mit einer Schußwaffe bewaffnet werden.“

Stadtverordneter S t u k e n b e r g (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Mit der Frage der Bewaffnung der Nachtschutzleute haben wir uns hier schon verschiedentlich beschäftigt, aber die Bewaffnung ist bisher immer noch nicht durchgeführt worden. Es hängt das wohl damit zusammen, daß beabsichtigt wird, in nächster Zeit die Nachtschutzleute durch die Sicherheitspolizei abzulösen. Es muß aber doch in Betracht gezogen werden, daß von Tag zu Tag die nächtliche Unsicherheit zunimmt und daß im Schutze der Dunkelheit selbst in den verkehrsreichsten Straßen der Stadt das Gesindel Gelegenheit hat, sein Handwerk auszuüben, und deshalb müssen wir Bedacht darauf nehmen, dafür zu sorgen, daß der Nachtschutz so ausgerüstet wird, daß er dem Gesindel tatkräftig zu Leibe gehen kann.

Das

Das vermögen unsere Nachtschutzleute heute nicht. Verschiedene Vorkommnisse aus der letzten Zeit beweisen uns, - ich erinnere an die Schießerei in der Petersilienstraße - daß die Nachtschutzleute den Verbrechern gegenüber machtlos sind. Das Gesindel geht leichtfertig gleich mit der Schußwaffe los, und das Leben des Nachtschutzmannes wird gewissenlos aufs Spiel gesetzt. Auch wenn beabsichtigt wird, daß man die Nachtschutzleute durch Sicherheitspolizei ablösen will, muß doch für die nächste Zeit noch eine Bewaffnung der Nachtschutzleute erfolgen, denn bis zu der beabsichtigten Änderung kann noch manches Unglück passieren, was durch genügende Bewaffnung der Nachtschutzleute vermieden werden kann. Nun habe ich die Bewaffnung mit einer Schußwaffe beantragt. Lieber hätte ich es ja gesehen, wenn man den Nachtschutzleuten einen Gummiknüppel in die Hand geben würde, denn ein solcher würde meiner Meinung nach besser wirken als eine Schußwaffe, und die Gefahr für Unbeteiligte würde nicht so groß sein, wie sie mit der Anwendung der Schußwaffe verbunden ist.

Aber

Aber die Anschaffung der Gummiknüttel ist mit großen Kosten verknüpft, und wir könnten die Ausrüstung der Nachtschutzleute mit einer Waffe billiger haben, denn ich nehme an, daß für den Nachtdienst dieser Leute Schußwaffen zur Verfügung gestellt werden können. Die Sicherheitspolizisten, die auch am hellen Tage mit Schußwaffen versehen sind, könnten die Schußwaffen des Nachts abgeben und auf diese Weise könnte man erreichen, daß ohne Aufwendung besonderer Kosten die Schußwaffen für die Nachtschutzleute vorhanden sind. Soweit ich feststellen konnte, sind die Nachtschutzleute zum größten Teile im Gebrauch von Schußwaffen ausgebildet; es sind jedenfalls nur einige dabei, die infolge ihres Alters vielleicht davon auszunehmen sind, sie mit einer Schußwaffe zu versehen, aber diese könnte man an weniger gefährvollen Stellen in der Stadt verwenden. Jedenfalls ist die Notwendigkeit der Bewaffnung der Nachtschutzleute vorhanden, sie wächst von Tag zu Tag mehr, und ich möchte bitten, daß man schnellstens für eine entsprechende Bewaffnung sorgt, solange noch Nachtschutzleute Dienst versehen, damit der Schutz des Eigentums und vor al-

huc

allen Dingen der des Lebens der Nachtschutzleute
entsprechend gesichert ist.

Die Versammlung stimmt für die dringliche Behandlung des Antrages.

Präsident 5

Stadtverordneter Stegmann: Meine Damen und Herren!

Wir haben uns früher wiederholt über die Nachtwächter beklagen müssen, und zwar darüber, daß sie bei den verschiedensten Gelegenheiten gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft ~~vorgegangen~~ ^{schaut} sind, ~~was~~ es nicht mehr schön war. Solche Antipathie gegen das Nachtwächterkorps herrscht in der letzten Zeit nicht mehr, dagegen steht aber fest, daß das, was der Herr Antragsteller gesagt hat, im allgemeinen richtig ist. Wer heute einem Einbrecher, sei es auf der Straße oder im eigenen Heim entgentreten will, kann es nicht ohne Schußwaffe tun, sonst ist er geliefert. Deshalb bin auch ich der Meinung, daß den Nachtschutzleuten Waffen in die Hand gegeben werden müssen. Allerdings ist es gefährlich, ihnen Schußwaffen zu geben, und ob der Gummiknüppel das richtige ist, möchte ich auch bezweifeln. Damit müßte der Nachtschutzmann ~~direkt~~ ^{nahe} an den Einbrecher herangehen, und da diese ~~sehr oft~~ ^{nahe} mit Schußwaffen ausgerüstet sind, würde der Wächter schon vorher niedergeschossen sein. So werden es sich die Nachtschutzleute erst zweimal überlegen, ob sie so nahe an den

Dieb herangehen wollen, um ihm eins runterzuhauen. Ich bin auch im Zweifel, ob man soweit gehen soll, allen Nachtschutzleuten eine Schußwaffe in die Hand zu geben. Nun ist aber seitens des Rats vor kurzem ausgeführt, daß mit dem Nachtwachdienst die Sicherheitspolizei befaßt werden soll, und deshalb möchte ich fragen, ob das für die allernächste Zeit in Aussicht steht. Wenn noch der Winter darüber hingehen sollte, könnte man nicht solange mit einer Maßnahme zum Schutze der Nachtschutzleute warten; ich wäre dann der Meinung, daß dem Antrage des Herrn Stukenberg zugestimmt werden sollte. Welche Art der Bewaffnung aber genommen werden soll, das müßte dann noch untersucht werden, was am besten ist: Gummiknüppel, Säbel oder Schußwaffe. - Einen Säbel hat sie schon, dann bliebe wohl nichts anderes übrig, als ihnen eine Schußwaffe zu geben.

Stadtrat V o n F r a n k e n b e r g : Ich glaube, die Beratung dieses Punktes dadurch fördern zu können, daß ich mitteile; Heute morgen hat der Rat beschlossen, an die geehrte Versammlung eine Vorlage zu richten wegen Übernahme des Nachtschutzdienstes durch die Sicherheitspolizei. Die nächste Versammlung der Stadtverordneten wird Gelegenheit haben, Stellung dazu zu nehmen. Ob es unter diesen Umständen zweckmäßig ist, den augenblicklich zur Beratung stehenden Antrag anzunehmen, überlasse ich dem Ermessen der geehrten Versammlung.

Stadtverordneter R e g e n e r : Meine Damen und Herren! Selbst wenn der Rat heute morgen beschlossen hat, der Versammlung eine Vorlage zu machen, wegen Übernahme des Nachtwachwesens durch die Sinnerheitspolizei, wäre es doch wohl ein Gebot der Billigkeit, daß der Abbau des bisherigen Nachtschutzkorps nur sukzessive geschieht. Ich kann mir nicht denken, daß man die bisherigen Nachtschutzleute Knall und Fall auf die Straße setzt und sagt: „Wir haben jetzt Ersatz für Euch, und trotzdem Ihr 10 oder 15 Jahre lang oder noch länger im Dienste der Stadt gewesen seid, seid Ihr für uns jetzt abgetan.“ Ich denke mir die Sache so, daß die Sipo zunächst die exponiertesten Stellen in der Innenstadt übernimmt und wir unsere jetzigen Nachtschutzbeamten an die Peripherie der Stadt herausbringen. Ich weiß, daß infolge der Verschleppung der Übernahme-Verhandlungen von Neueinstellungen in das Nachtschutzkorps abgesehen wurde und jetzt 22 oder 25 Mann an der Statstärke des Nachtschutzkorps fehlen. Dazu kommt, daß durch unglückliche Organisation, ^{namentlich} ~~nämlich~~ durch

durch mangelhafte Einrichtung des Pausenwesens, zeitweilig das ganze Gebiet der Stadt Braunschweig mit nur 32 Nachtschutzbeamten besetzt ist. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand. Ich war auf der Polizeidirektion, um darauf hinzuwirken, daß jedenfalls eine bessere Verteilung der Pausen vorgenommen wird. Ein weiterer Übelstand, den ich abzustellen bat, ist der, daß die Wächter, nachdem sie ihre Pause verbracht hatten, 5 beziehungsweise 6 Stunden hintereinander Dienst zu machen haben. Stellen Sie sich einmal vor, daß ein Mensch in diesen Witterungsverhältnissen sich 5 Stunden lang auf der Straße umhertreiben muß. Der Mann erfriert, verklamt, stumpft ab, sieht und hört nichts mehr, oder er ist gehalten, hier und da einmal reinzuwischen und einen hinter die Binde zu gießen. Daß das den dienstlichen Belangen nicht förderlich sein kann, versteht sich

am

am Rande. Aber die Schuld liegt an der unglücklichen Organisation. Weiter ist zu bedenken, daß es der Rat jedenfalls daran nicht fehlen lassen, für eine gute Winterkleidung Sorge zu tragen, eben im Hinblick auf die zu erwartende Übernahme des Nachtschutzdienstes durch die Sipo. Man sieht, daß die Leute teilweise wie die Vagabunden umherlaufen, nur daß ihr Mantel die Mängel der Kleidung verdeckt, und das ist im Interesse des Ansehens eines Polizeikorps nicht gut-zuheißen. Aber die Schuld liegt daran, daß man immer erwartet hat, daß der Staat das Nachtwachwesen übernimmt. Ich bin persönlich nicht so sehr davon erbaut, daß diesen alten erfahrenen Leuten, die ihr Publikum kennen, der Dienst genommen werden soll, denn was nachts in der Welt-geschichte umherpoltert, ist meistens nicht allein, und die alten erfahrenen Nachtwachbeamten können mit einem solchen Publikum besser umgehen, als ein junger Sipo-Mann, der den Kasernen-ton gewohnt ist und den Angesäuselten anschnauzt. Da ist es besser, wenn der ruhige alte Beamte den Betreffenden auf die Schulter klopft und den freund-

freundschaftlichen Rat gibt: „Gehen Sie nach Haus; Sie haben etwas mehr getrunken als sonst!“ Auf alle Fälle aber möchte ich dafür plädieren, daß man, ^{solange} ~~so~~ die Leute noch in den langen Winternächten beschäftigt werden, für anständige und warme Kleidung sorgt, und daß andererseits die Organisation des Dienstes so vorgenommen wird, daß die Nachtwachbeamten nicht 5 und 6 Stunden hintereinander ~~und~~ ununterbrochen Dienst machen müssen. Ich möchte diese Anregung dem zuständigen Herrn Dezernenten mitgeben, damit er nach dieser Richtung hin bei der Polizeidirektion sein Wort in die Wagschale legt.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Wir können nicht wünschen, daß unsere Vorlage ihre Schatten schon vorauswirft und ihre Besprechung ~~von der~~ ^{(von der} Versammlung vorweggenommen wird, Über die Bewaffnung der Nachtschutzleute hat die geehrte Versammlung ja schon einmal durch einen Antrag des Herrn Jahns zu sprechen Gelegenheit gehabt. Herr Stukenberg hat heute den zweckmäßigen Vorschlag gemacht, zu erkunden, ob es nicht möglich wäre, leihweise denjenigen Nachtschutzleuten, die dafür geeignet sind, Schußwaffen ~~von~~ der Polizeidirektion zu überlassen. Das würde, soweit sich das übersehen läßt, keine oder unerhebliche Kosten verursachen, und wenn die Versammlung diesen Antrag annehmen sollte, werde ich über diesen Punkt mit der Polizeidirektion verhandeln können.

Stadtv. J a h n s : Meine Damen und Herren !
Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon hervorgehoben,
daß ich bereits einen gleichartigen Antrag wie Herr
Stukenberg gestellt habe - ich glaube, es war noch
bei der alten Zusammensetzung der Stadtverordneten-
versammlung. Wir haben seinerzeit beschlossen, dem
Antrage, die Nachtschutzleute mit Schußwaffen zu ver-
sehen und ihnen Wachhunde beizugeben, zuzustimmen,
aber bisher ist Besserung noch nicht erfolgt. Ich habe
deswegen schon einige Male eine Anfrage darnach an
den Rat gerichtet, aber es war aus der Antwort nicht
zu ersehen, woran die Schuld lag, daß es in der Sache
nicht vorwärts ging. Ich glaube allerdings, daß sie
nicht beim Rat der Stadt, sondern bei der Polizeidirek-
tion liegt. Wir haben leider für das Nachtschutzwesen
das System, daß die Polizeidirektion ihm vorsteht,
während wir als Kommune die Mittel aufzubringen haben.
Jedenfalls sind die Forderungen des Herrn Stukenberg
zu unterstützen, aber auch die Forderungen des Herrn
Regener bezüglich der besseren Verpflegung, Bekleidung
usw.

usw. möchte ich warm unterstützen. Aber ich glaube, auch wenn wir wirklich derartige Beschlüsse fassen, während die Polizeidirektion auf einem anderen Standpunkt steht, werden wir noch lange auf eine Besserung warten müssen. Ich möchte besonders auf den Gegensatz hinweisen: Die Sipo, die am Tage ihren Dienst tut und zum Zugreifen jeden vorübergehenden herbeirufen kann - denn jeder ist gehalten, zum Schutze der Staatsautorität beizuspringen - ist bis an die Zähne bewaffnet, wogegen der Nachtschutzmann, der in der Dunkelheit bei menschenleeren Straßen seinen Dienst ausüben muß, nichts hat, womit er sich schützen kann. Ich möchte dringend bitten, Sorge zu tragen, daß in dieser Sache Wandel geschaffen wird. Ich halte es nicht für angebracht, daß das Tragen von Waffen in provozierender Weise am Tage geschieht, aber in der Nacht soll der Wächter unbedingt bewaffnet sein.

Stadtv. L e h n e r t : Seinerzeit war einmal ein berüchtigter Einbrecher in den Konsumverein eingebrochen. Nachdem er jetzt seine Strafzeit hinter sich hat, finden wir, daß der Konsumverein wieder als Objekt benutzt wird, um dort Einbrüche zu machen. Auf der ^{Witten}~~Leopold~~straße ist der Einbruch nicht gelungen. Trotzdem die Einbrecher versucht hatten, mit einem großen eisernen T-Träger die Tür einzurennen, hat die stark beschlagene Tür widerstanden bis jemand, der oberhalb des Ladens schloß, die Einbrecher verscheucht hat. Jedenfalls dieselbe Bande ist es gewesen, die in der Verkaufsstelle des Konsumvereins auf der Gliesmaroderstraße den Einbruch verübt hat. Obgleich die Sicherung des Lagers so vor sich gegangen war, daß 14 mm-Vierkanteisen vor den Fenstern angebracht waren, hat man verstanden, sie glatt abzuschneiden. Die Einbrecher haben 3 volle Kisten Margarine, viele Kisten Zigarren und Lebensmittel gestohlen, annähernd für $\frac{1}{2}$ Millionen Mark Waren. Eigenartig ist es, daß der Einbruch geschehen ist, nachdem am Tage

VOR-

vorher ein Wagen voll Waren nach dem Verkaufslokale
hingeschafft war. Die Einbrecher haben also eine gute
Nase gehabt. Bei dieser Sache ist noch eins zu erwähnen,
auf das Herr Regener schon hingewiesen hat, nämlich
auf die Unzulänglichkeit des Nachtschutzes und die
ungenügende Zahl der Nachtschutzleute. Der Lagerhalter
ist vom Abend bis zum folgenden Morgen ständig die
Gliesmaroderstraße bis zu der nächsten Straße vom
Lager des Konsumvereins aufwärts gegangen, und in der
ganzen Zeit hat sich kein Nachtschutzmann sehen lassen.
Auf Erkundigung ist gesagt, daß soweit hinaus der
Begang durch die Schutzmannschaft nicht gehe. Dagegen
glaube ich, daß der Begang doch bis dahin gehen müßte,
wo Steuerzahler wohnen. Herr Stadtrat von Frankenberg
schüttelt mit dem Kopfe. Eins aber ist unbedingt nötig:
daß man den Nachtschutzleuten eine Waffe in die Hand
geben muß. Ich verweise auf den Fall, der sich an
Bankplatz abgespielt hat, wo der Schutzmann gesagt hat,
daß er nur imstande sei, seine Pfeife ertönen zu lassen
und sich nachher in eine sichere Ecke zurückgezogen hat.
Wenn die unsauberen Elemente wissen, daß die Nacht-
schutz-

schutzleute bewaffnet sind, werden sie weniger frech in ihren Raubzügen sein.

Noch auf eins möchte ich hinweisen. Meine Parteifreunde sind seinerzeit dafür eingetreten, daß für die Nachtschutzleute Hunde angeschafft werden, aber da hat man gesagt: Wer soll sie füttern? Ich stehe auf dem Standpunkt: Jetzt, wo man eine ganze Menge Kram verkommen läßt, würde sich ein Teil der Bürgerschaft, trotzdem es auch bei ihm knapp ist, dazu herbeilassen, zur Aufbringung des Futters für diese Hunde beizutragen. Wenn auch nicht jeder Nachtschutzmann einen Nachhund bei sich hat, würde durch eine solche Maßnahme etwas mehr Sicherheit, besonders an der Peripherie der Stadt Braunschweig eintreten. So wie es jetzt ist, sind wir vollständig dem Diebesgesindel überlassen. Ich erinnere mich daran, daß aus unseren Häusern am Dienroderwege, die am folgenden Tage bezogen werden sollten, von Dieben die Bleitrohre abgeschnitten und die Messinghähne abmontiert worden sind und wir neue

Blei-

Bleirohre ziehen und die übrigen Sachen in Ordnung bringen müßten, und was das heute kostet, wissen Sie alle. Die Kriminalpolizei rief heute an, daß sie vielleicht die Diebe gefaßt habe, aber den Schaden haben wir doch tragen müssen.

Ich bitte Sie, dem Antrage des Herrn Stukenberg zuzustimmen, damit von den Nachtschutzleuten mehr auf Ordnung gesehen werden kann und sie selber besseren Schutz haben.

*Die Versammlung nimmt den Antrag Stukenberg an.
(Punkt 5)*

6. Antrag Dietermann auf Gewährung einer Entschädigung für die in Parlamenten und Ausschusssitzungen ehrenamtlich für die Stadt tätigen Einwohner.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtverordneten und sonstigen ehrenamtlich tätigen Einwohnern zu jeder Parlament- und Ausschusssitzung den jeweils doppelten Fahrpreis der hiesigen Straßenbahn zu gewähren.“

Stadtv. D i e t e r m a n n (zur Begründung): Die geehrten Herrschaften werden sich erinnern, daß der von Herrn Regener eingebrachte Antrag angenommen worden ist, daß die Entschädigung für sämtliche Stadtverordnetensitzungen dem jeweiligen Satze für die Schöffen und Geschworenen sich anpassen soll. Ich weiß nicht, inwieweit der Rat der Stadt diesem Antrage nachkommen will. Ist der Rat bereit, jenen Antrage nachzukommen, so bin ich bereit, meinen Antrag zu gunsten des Antrages des Herrn Regener zurückzuziehen.

V o r s i t z e n d e r : Geschäftsordnungsmäßig läßt sich das so nicht erledigen. Wenn Sie das beabsichtigten, was Sie eben erklärt haben, dann hätten Sie eine Anfrage an den Rat stellen müssen. Ich kann den Antrag nur einer Kommission überweisen, nachdem ihm die nötige Unterstützung gegeben worden ist.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag aus der Versammlung genügend unterstützt; der Vorsitzende überweist ihn der Finanzkommission zur Vorberatung.

(Punkt 6)

Der Antrag Lehnert, „die dem Rat der Stadt zur Verfügung gestellte Summe auf 50 000 Mark zu erhöhen“, ist bereits in der vorigen Sitzung erledigt.

7. Antrag Burgdorff auf Anbringung eines Briefkastens
an dem eisernen Tore des Rathauses.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß am eisernen Tore des Rathauses (Eingang Dankwardstraße) ein Briefkasten angebracht wird zur Benutzung nach Schließung des Rathauses.“

Stadtv. B u r g d o r f f (zur Begründung): Meine Damen und Herren ! Es ist vielleicht schon manchen von uns und vielen der sonstigen Einwohner der Stadt Braunschweig übel aufgefallen, daß, wenn sie abends, wenn sie noch einen Weg in die Stadt zu besorgen hatten und bei der Gelegenheit ein Schriftstück an den Rat der Stadt mitnahmen, keine Möglichkeit vorhanden war, das Schriftstück in einen Briefkasten zu werfen, der am Rathause von außen zu erreichen war. Notgedrungen mußten sie am anderen Tage nochmals den Weg machen oder machen lassen. Es ist auch vorgekommen, daß die Schriftstücke durch das eiserne Gitter geworfen sind und in den Schmutz fielen. Deshalb bin ich zu meinem Antrage gekommen und bitte, ihm stattzugeben.

**Der Antrag ist durch die unter ihm stehenden
Unterschriften genügend unterstützt und wird vom Vor-
sitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.**

(Punkt 7)

8. Antrag Burgdorff, betreffend Änderung der Satzung über die Wertzuwachssteuer.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß der Rat eine Vorlage einbringt, durch welche die Wertzuwachssteuersatzung Nr.83 den jetzigen Zeitverhältnissen angepaßt wird, um bei der vorgeschrittenen Geldentwertung Härten zu vermeiden.“

Stadtv. B u r g d o r f f (zur Begründung): Bei den heutigen veränderten Zeit- und Geldverhältnissen ist mancher Hausbesitzer, sei es ein Handwerker oder jemand, der in anderer Weise sich betätigt, gezwungen, sein Haus zu verkaufen, weil er vielleicht die Reparaturen nicht mehr bezahlen kann, da die Mieter jetzt in keiner Weise mehr die Kosten für Erneuerungen und Instandsetzungen aufbringen, oder weil er mit seinen sonstigen Geldern aus Zinsen und Erwerb nicht mehr auskommt und er sich so eine Einnahmequelle verschaffen ^{mufs,} aus der er seine Bedürfnisse bestreiten kann. Bei der heutigen Geldentwertung bekommt der Verkäufer eine
ent-

entsprechend hohe Summe ausbezahlt, und wenn man dann den Verkaufspreis zu der hohen Wertzuwachssteuer heranziehen würde, so würde das durchaus nicht dem Prinzip entsprechen, nach dem die Wertzuwachssteuer gezahlt werden soll. Es ist deshalb nötig, daß das Statut, das allerdings auch einen Härteparagraphen enthält, wonach die Stadtverordneten die Steuer ernäßigen oder erlassen können, aufs neue durchgesehen und geändert wird. Ich möchte hierbei betonen, daß ich nicht die Fälle im Auge habe, bei denen es sich um spekulative Käufe handelt, sondern diese möge man um so höher besteuern. Es liegt uns durchaus nicht daran, daß aus Spekulationsrücksichten die Häuser den Besitzer leicht wechseln können, sondern wir möchten den Personen entgegenkommen, die ihr Haus aus Gründen verkaufen, wie ich sie geschildert habe.

*Der Antrag ist durch die Unterschriften genügend
unterstützt; er wird vom Vorsitzenden dem Rechtsaus-
schuß zur Vorberatung überwiesen.*

(Punkt 8)

9. Antrag Burgdorff, betreffend Beleuchtung der Eingänge zur Markthalle

und Sicherung der Eingangstür vom Hagenmarkt aus.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten wollen beschließen,

- 1) die Eingänge zur Markthalle mit elektrischer Beleuchtung zu versehen, welche nötigenfalls sofort in Betrieb gesetzt werden kann,
- 2) die nach dem Hagenmarkt zu gelegene Eingangstür der Markthalle so zu sichern, das gewaltsame Eindringen in die Markthalle verhindert und Diebstahl verhütet wird.“

Stadtv. B u r g d o r f f (zur Begründung):

Meine Damen und Herren! Ich hatte diese Anträge schon einmal als Dringlichkeitsanträge eingebracht und in der Besprechung darauf hingewiesen, daß unser Behördenapparat in Ansehung der so schnell fortschreitenden Geldentwertung viel zu schwerfällig arbeitet. Meinen Anträgen wurde nicht stattgegeben, aber ich glaube, daß ich mit meinen Anträgen mißverstanden

bin.

bin. Ich wollte nicht die ganze innere Beleuchtung der Markthalle ungeändert sehen, sondern vor allen Dingen, wie ich jetzt klar zum Ausdruck gebracht habe, die Eingänge der Markthalle mit elektrischer Beleuchtung versehen haben. Ich halte für nötig daß eine solche Beleuchtung sofort in Tätigkeit gesetzt werden kann in den Fällen, wo in irgend einer Form große Menschenansammlungen vor dem Markthallengebäude stattfinden, denn ^{dann} darf nicht erst lange Zeit verstreichen, bis die Glühlampen zum Brennen gebracht sind.

Mein Antrag geht weiter dahin, die nach dem Hagenmarkt zu gelegene Eingangstür so zu sichern, daß gewaltsames Eindringen in die Markthalle ~~dadurch~~ und Diebstähle dadurch verhindert werden. Die Füllungen dieser Tür sind verhältnismäßig schwach, dazu sind Oberlichte in den Türen angebracht, die rasch eingeschlagen werden können, und dann kann sich jemand sehr wohl durch die entstandenen Öffnungen hindurchzwängen und mit den Waren in einer Weise umgehen, die uns

allen

allenfalls nicht erwünscht ist.

Ich möchte bitten, diese Anträge einer Kommissionsberatung zu unterwerfen, damit sie dann zur Annahme gelangen könne.

Der durch Unterschriften genügende unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden dem Bauausschusse zur Vorberatung überwiesen.

(Punkt 19)

10. Antrag Stegmann, betreffend Rücknahme der Kündigung
von städtischen Arbeitern.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten=
versammlung ersucht den Rat, von der beabsichtigten
Entlassung einer größeren Zahl städtischer Arbeiter
Abstand zu nehmen und die bereits erfolgten Kündi=
gungen zurückzunehmen.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung):

Meine Damen und Herren! Einer größeren Anzahl Fami=
lien soll in den nächsten Tagen eine böse Weihnachts=
bescherung zgedacht ~~werden~~ sein, nämlich eine Anzahl
von alten städtischen Arbeitern solle~~n~~ entlassen
werden. Es handelt sich um 4 Arbeiter der Straßenreini=
gung der Innenstadt, um 4 der Außenstadt und um 2,
die im Bürgerpark beschäftigt werden, im ganzen also
um 10 Mann, denen bereits am 3. Dezember gekündigt
ist. Außerdem sollen noch weitere 15 oder 20 Mann
entlassen werden. Einige von den angeführten 10 Ar=
beitern werden auf Ruhelohn verwiesen, die übrigen,
die noch nicht 10 Jahr für die Stadt tätig sind,
werden an das Wohlfahrtsamt zur Empfangnahme einer
ein=

einmaligen Abfindung verwiesen. Was das bedeutet, kann man wohl nachempfinden, wenn man bedenkt, daß der Ruhe-lohn im Höchstfalle pro Jahr 4000 und einige Mark~~k~~ beträgt. Wenn sie für den monatlichen Betrag an Ruhe-lohn ein Brot gekauft haben, dann bleibt kaum soviel übrig, um einen Strick zu kaufen, an den sie sich aufhängen. Ich muß bedauern, daß man jetzt vor Weihnachten und vor dem Winter diese alten Leute, die viele Jahre im Dienste der Stadt tätig gewesen sind, aufs Pflaster setzt und sie auf den jämmerlichen Ruhe-lohn verweist. Das ist jedenfalls zum Leben zu wenig, sie werden Armenrente beziehen müssen und elend zugrunde gehen. Es soll vom Tiefbauamt beabsichtigt sein, die Straßenreinigungsmannschaft zu verjüngen. Im Interesse der Stadt könnte man das verstehen, aber dann sollte man nicht in dieser rigoro-^{sen}sen Weise gegen ~~diese~~ alten Leute vorgehen. Gerade in der Winterzeit gibt es für die Straßenreinigung ^{z.B. Herausheben} eine Menge Arbeit mehr als im Sommer; der Schnee muß weggefahren werden und auch Schmutz sammelt sich auf der Straße mehr an als im Sommer, sodaß die paar

paar Mann während des Winters mit durchgeschleppt werden könnten. Es gibt auch noch manche Arbeiten, die in Angriff genommen werden können, so ist mir vom Augusttorbezirkverein mitgeteilt - ich wollte ^{Drupferth ursprünglich} ~~deswegen~~ einen Antrag stellen-, daß der ^{Fahrz} Weg zwischen der Leonhardstraße und der Wörthstraße, der am Landgestüt entlang führt, bei Regenwetter in grundlosem Zustande ist, sodaß mit einem Wagen nicht durchzukommen ist und der Fußweg befahren werden muß. Deswegen ^{ist nun auf in letzter Zeit inoffizielle Weise} ~~ist nun auch eine Frau~~ aufgeschrieben und hat Polistrafe bezahlen müssen. Es wäre angebracht, daß man einige von diesen alten Leuten benutzt, um solche Arbeiten auszuführen. Es ist mir gesagt worden, daß dort in der Nähe, von der Malzfabrik beim Ostbahnhof, die Bockasche unentgeltlich abgegeben wird, und vielleicht kann die ^{zur} ~~Ausbesserung~~ des bezeichneten schlechten Weges benutzt werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf einen Fall hinweisen, ~~bei dem es sich nur um einen~~

Mann

~~Mann handelt.~~ Der Heizer der Diesterwegschule ist als Bademeister am Stadtbad oder in einer Volksbadeanstalt untergebracht, und an seiner Stelle ist nicht einer der vielen Arbeitslosen, sondern ein Bauunternehmer namens Bölsche, der eben nicht viel zu tun hat, aber ohne weiteres leben kann, als Heizer der Schule angestellt. Solche Politik sollte man nicht treiben.

Vor allem aber bitte ich, sich meines Antrages anzunehmen, damit nicht in der jetzigen Zeit vor Weihnachten und vor dem schlimmen Winter die alten Leute auf die Straße gesetzt werden, das verträgt sich durchaus nicht mit christlicher Nächstenliebe und mit Menschlichkeit.

Die Versammlung beschließt auf Anfrage des Vorsitzenden die dringliche Behandlung des Antrages. Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Antrag wird von der Versammlung angenommen.

(Punkt 10).

11. Antrag Marth, betreffend Neubildung der Wohnungskommission und die Zeit der Sitzungen des Mieteinigungsamts.

Wortlaut des Antrages: „Die Versammlung wolle beschließen,

- 1) die seit dem Jahre 1919 bestehende Wohnungsprüfungskommission neuzubilden und den Mitgliedern derselben eine den Zeitverhältnissen entsprechende Entschädigung zu gewähren,
- 2) die Sitzungen des Mieteinigungsamts der Stadt Braunschweig auf die Nachmittage zu verlegen.“

Stadtv. M a r t h (zur Begründung): Meine Damen und Herren! In dem ersten Teile meines Antrags steckt der Wunsch, daß in der Wohnungskommission, die seit Anfang der Beschlagnahmezeit tätig ist, eine Verjüngung eintritt. Es ist notwendig, daß diese Kommission aufgefrischt wird, weil sich Sachen herausgestellt haben, die sich mit der Tätigkeit dieser Kommission nicht vertragen. Dadurch, daß sie Wohnungsprüfungen vorgenommen und Beschlagnahmungen empfoh-

len

len haben, sind Mitglieder dieser Kommission in ihrem Geschäft geschädigt worden, und so ist es erklärlich, wenn ich sage, daß sie für solche Arbeiten nicht mehr in Betracht gezogen werden dürfen. Ich bin der Ansicht, daß man diese Kommission nur aus Personen zusammenstellen sollte, die geschäftlich nicht mit irgend jemand zusammenhängen, die in geschäftlicher Hinsicht frei dastehen. Ich habe das Empfinden, daß diese Kommission in der letzten Zeit nicht mehr so arbeitet, wie es wünschenswert wäre. Sie hat nach meiner Überzeugung nicht mehr so scharf zugegriffen wie früher, und das liegt daran, daß diese Leute sagen: Wenn ich geschäftlichen Schaden habe, werde ich mich hüten, scharf zuzufassen. Deshalb bitte ich, diese Kommission neu zu wählen und zwar nach dem Gesichtspunkt, den ich eben angegeben habe.

Anschließend hieran, möchte ich noch bemerken, daß die Entschädigung der Mitglieder der Wohnungsprüfungskommission, die ^{ihre} ~~seine~~ Tätigkeit im Interesse der Stadt ausüben, nicht einmal ausreicht, um die Stra-

ßenbahn

Benbahn zu benutzen; sie müssen also ihre Wege zu Fuß machen oder selbst die Kosten tragen. Es ist notwendig, daß man hier den Verhältnissen Rechnung trägt und den Leuten, die man für die Stadt braucht, wenigstens die verauslagten Kosten ersetzt.

Im zweiten Absatz meines Antrages bitte ich, die Sitzungen des Mieteinigungsamts auf die Nachmittage zu verlegen. Wir haben schon in einer früheren Sitzung darüber gesprochen. Es liegt im Interesse der Bevölkerung der Stadt, daß die Sitzungen nicht am Vormittage stattfinden, wo die Leute vielleicht drei Stundenlang ihre Arbeit versäumen müssen, was einen solchen Verlust an Verdienst bedeutet, der mit dem zur Verhandlung stehenden Objekt nicht in Einklang zu bringen ist. Man sollte jedem Gelegenheit geben, ohne Arbeitsversäumnis diese Termine, die doch im Interesse der Bevölkerung eingerichtet sind, wahrzunehmen. Ebenso ist es, wenn die Parteien einen Zeugen brauchen. Er wird niemals kommen, wenn er nicht für seine Arbeitsversäumnis bezahlt wird. Man könnte mir

ent=

entgegenhalten: „Wir haben die Räume nicht, um nachmittags diese Sitzungen hier stattfinden zu lassen.“ Dann müßte der Rat der Stadt auf irgend eine Weise Räume beschaffen, meinetwegen in einer Schule oder sonst/wo; jedenfalls lassen sich Räume finden, die wir zu diesem Zwecke verwenden können.

Jch bitte Sie, diese Anträge anzunehmen.

Der Antrag Marth wird auf Anfrage des Vorsitzenden genügend unterstützt und darauf vom Vorsitzenden dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

(Punkt 11).

12. Antrag Nessenius, betreffend eine Steuer auf Klaviere und Flügel, sowie Luxuspferde und -Wagen.

Wortlaut des Antrags: „Die Stadtverordneten wollen beschließen:

- 1) Es wird eine Steuer von Klavieren und Flügeln erheben, und zwar pro Stück 2000 M *pro* Jahr - mit der Voraussetzung, daß alle zur Ausübung des Berufs benötigten frei sind, ebenso alle im Besitz von Personen, welche sowieso nicht zur Einkommensteuer veranlagt sind.
- 2) Alle Luxuspferde und -Wagen werden versteuert, und zwar jedes Pferd mit 20 000 M, jeder Wagen mit 10 000 M pro Jahr.“

Stadtv. N e s s e n i u s: Zur Begründung meiner Anträge muß ich auf die Verhandlungen der letzten Sitzung zurückgreifen. Es wurde in der letzten Sitzung dem Rat der Stadt Mittel zu irgend welchen Sachen nicht bewilligt, und dadurch ist der Rat in der unangenehmen Lage, etwas nicht ausführen zu können, was im Interesse der Bewohnerschaft der Stadt ausgeführt werden

werden müßte. Wenn man sich nun auf das undankbare Gebiet begibt, Steuermöglichkeiten ausfindig zu machen, so wird man sich mehr oder weniger mit einem Teile der Bevölkerung in Widerspruch setzen, und wenn man dann doch eine Besteuerungsmöglichkeit schafft, bei der leistungsfähige Schultern in Frage kommen, so muß man auch gleich einen Weg zeigen, wie die Steuern erhoben werden können, damit es nicht wieder heißt — wie es schon beliebt ist —, „Die Erhebung einer solchen Steuer macht uns zuviel Arbeit und dadurch büßt sie an Ertrag ein.“ Deshalb will ich gleich einen Weg zeigen, wie es möglich ist, die Steuer auf leichte Weise festzusetzen und einzubekommen. Wir haben bereit die wunderbare Hundesteuereinrichtung — daß die Hundesteuer auch zu niedrig ist, möchte ich nebenbei erwähnen. Man könnte diese Einrichtung zur Ermittlung der gehaltenen Hunde ausbauen zur Ermittlung der vorhandenen Klaviere und Flügel, deren Geklimper manch einem nicht viel Spaß macht, der nicht gerade eine Tochter hat, die er zur Klaviervirtuosin ausbilden lassen

lassen will. In diesem Sinne hat die Steuer auf Klaviere eine gewisse Ähnlichkeit mit der Hundesteuer, deren Gebell und Geheul auch manch einen stört. Auch für die Einkassierung brauchten wir keine neue Stellen. Der Hausbogen läuft von Zeit zu Zeit doch im Hause herum, und man brauchte nur noch eine Rubrik mehr einzurichten, in der angegeben wird, daß soundso-viele Klaviere, Flügel, Luxuspferde und Luxuswagen Equipagen, Jagdwagen gehalten werden. Das ist eine kleine Mühe, die jedenfalls, wenn sie auch nicht tausende von Millionen einbringt, ein ganz erkleckliches Summchen schaffen kann.

Ich bitte Sie, nehmen Sie die Gelegenheit wahr, diese Sache ins Werk zu setzen.

Bei der Gelegenheit möchte ich noch etwas aus der vorigen Sitzung streifen: Das ist die reichliche^{die} schiefwinkliche Berichterstattung, ~~daß~~ sich die Landeszeitung über die Stadtverordnetensitzung erlaubt, indem sie über alle möglichen Sachen schrieb, die aus der Ratsvorlage nicht begründet waren. In der Ratsvor-

lage

lage hieß es: Eine Vorlage zur Herstellung von Wohnungen. Ich nehme an, daß bei dieser Art der Berichterstattung der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. In tendenziöser Weise ist die Berichterstattung ausgebaut, sodaß bei der Verbreitung der Landeszeitung auf dem Lande ganz irrige Ansichten ^{= gegrißen.} ~~platz geschaffen~~ haben. Wenn ich heute den Vorschlag zu einer Steuer mache, so empfehle ich dem Berichtstatter, das nicht unter schiefwinkligen Motiven in seinem Blatte breitzutreten. Ich stelle den Antrag, um den Rat der Stadt zu unterstützen, daß er den vielen Wohnungssuchenden, die sich vielleicht zu einem Wohnungsverein zusammenschließen, mehr Gehör schenken kann und damit er die Mittel nutzbringend verwerten kann zum Wohl der Bevölkerung.

V o r s i t z e n d e r: Jch dachte, die Verbindung dieser Gedanken mit dem Eingebachten käme noch !?

Stadtv. N e s s e n i u s: Jch habe diese
Worte ^{meiner} ~~durch~~ Begründung nur deshalb hinzugefügt, da=
mit der Antrag nicht in der Zeitung in anderem Sinne
breitgetreten wird, als er gemeint ist.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag Nessenius genügend unterstützt; der Vorsitzende überweist ihn dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

13. Anfrage Melzer, betreffend die Ersatzpflicht für die Schäden bei den letzten Tumulten.

Wortlaut der Anfrage: „Der Rat der Stadt wird ersucht, Aufklärung darüber zu geben, wer Ersatzpflichtig ist in Bezug auf die Schäden, die bei den letzt- hin hier stattgefundenen Tumulten den Geschäftsin- habern zugefügt sind, desgleichen Aufklärung darüber zu geben, wie die betroffenen am schnellsten in die Lage versetzt werden, mit Hilfe der entschädigungs- pflichtigen Stellen die Schäden wieder auszuglei- chen.“

Stadtv. M e l z e r (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich glaube annehmen zu dürfen, daß niemand unter uns weiß, der diesen Geschäftsleu- ten, die neulich mehr oder weniger hart betroffen worden sind, sein Mitleid vorenthält. Es sind einige darunter, die nicht imstande sind, aus eigenen Mitteln die Fensterscheiben wieder einsetzen zu lassen, die ihnen zertrümmert worden sind, und im Interesse die- ser Geschäftsleute möchte ich die Bitte aussprechen,

daß

daß ihnen geholfen wird und ein Weg dafür gefunden wird, auf dem sich der Rat der Stadt mit dem Ministerium in Verbindung^hsetzt, damit diesen Leuten eine Vorentscheidung gezahlt wird. Ich habe besonders einen Kaufmann auf der Brabantstraße im Auge, der vollständig existenzunfähig gemacht worden ist. Es sind ihm bei den Tumulten nicht nur die Fensterscheiben, die zu ersetzen 1/4 Millionen Mark kosten wird, eingehauen, sondern auch noch für 3/4 Millionen Mark Waren gestohlen worden. Als zweiter kommt der Kaufmann Sieber^h auf der Sonnenstraße in Frage, bei dem 3 riesengroße Fensterscheiben zertrümmert sind, die 1 1/2 Millionen Mark kosten. Da der Rat der Stadt nach dem Aufr^hschädengesetz ersatzpflichtig ist, möchte ich dem Rat empfehlen, sich mit dem Ministerium in Verbindung zu setzen und den Geschäften einen Vorschuß zu zahlen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Jch darf im allgemeinen voraussetzen, daß die Bestimmungen unseres Reichsgesetzes über die Aufrurschäden den geehrten Herrschaften bekannt sind. Dieses Reichsgesetz ist anstelle der Stadt^e~~verordnungen~~^{ordnung} getreten und nach ihm ist das Reich haftpflichtig für solche Fälle, wo die im Gesetz angegebenen Voraussetzungen vorliegen. Auch daß der Staat und die Stadt zur Tragung eines Anteils an dem Schaden verpflichtet ~~ist~~, wird den Herrschaften bekannt sein. Jch darf den Geschädigten empfehlen, ^{an}~~den~~ Herrn Oberamtsrichter Reinking, der zum Vorsitzenden des Entschädigungsausschusses bestimmt ist, zu berichten. Es ist in Aussicht gestellt worden, daß die Sache mit möglichster Beschleunigung erledigt wird.

Ohne Besprechung. (Punkt 13).

14. Anfrage B ö h m über die Verwendung fremder Sipo in der Stadt Braunschweig.

Wortlaut der Anfrage: „Ist es wahr, daß zur Erhaltung der Ordnung in den letzten Tagen aus Hannover die Sipo geholt ist? Wenn es der Fall ist, hat der Rat der Stadt seine Einwilligung dazu gegeben?“

Stadtv. Frau B ö h m (zur Begründung): Meine verehrten Herrschaften! Diese Anfrage liegt an die vier Wochen zurück. Ich bin zu ihr gekommen, weil bei den Unruhen so viele Sipo-Leute beschäftigt wurden, die hier unbekannt sind. Ich war an dem Tage mit meinem Jungen in der Markthalle gewesen und wollte die Wilhelmstraße heruntergehen, da kamen 10 - 20 der Sipo-Mannschaften, furchtbar große Kerle, die ich hier noch nicht gesehen habe und von denen einige eine 21 auf der Schulter hatten, die sagten: „Auschwärmen“, und da mußte man wie wahnsinnig die enge Straße herunter rennen. Die Sipo-Leute schlugen, als wenn sie verrückt geworden wären, auf die jungen Leute ein, und man war gezwungen,

über

über die kaput~~t~~geschlagenen Fensterscheiben hinweg=
zu~~l~~aufen und sich die Stiefel dabei zu zerreißen.
Dann kamen auch von der anderen Seite Sipo-Leute
heran, und mein Sohn ist in großen Schrecken davon=
gelaufen, während ich allerdings ruhig meinen Weg
gegangen bin. Meine Herrschaften, Sie haben gehört,
wie ein Bauer aus Meine aus dem Geschäft von Frank
herausgekommen ist und daß er mit dem blanken Sä-
bel gestochen ist - vor einigen Tagen soll er im
Marienstift gestorben sein. Es ist mit einer uner-
hörten Rohheit vorgegangen. Ich glaube behaupten
zu können, daß es nicht unsere Sipo gewesen ist;
die hat sich denn bisher der Bevölkerung gegenüber
doch anständiger benommen. Ganz gleichgültig, auf
welche Weise die Bevölkerung zwischen den Tumulten
kam, zogen die Sipo-Leute blank, ohne zum ausein-
andergehen aufzufordern. Ich möchte deshalb die
Anfrage an den Rat stellen, ob unter den damals ver-
wandten Sipo-Leuten welche aus Hannover gewesen
sind.

sind. Jedenfalls haben diese Leute nicht das Recht, sich so an der Bevölkerung zu vergreifen, wie es in den Tagen geschehen ist. Ich möchte auch wissen, ob der Rat der Stadt bei solchen Gelegenheiten seine Einwilligung gibt, ^{daß} ~~die~~ Leute von außerhalb zugezogen werden.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Die von Frau Böhm in ihrer Anfrage besprochene
Angelegenheit ist nicht Sache des Rates der Stadt,
sondern der Polizeidirektion, aber zufällig bin
ich dadurch, daß ich an dem fraglichen Tage im
Ministerium zu einer Besprechung weilte, Zeuge davon
gewesen, daß Herr Minister Rönneburg aufs bestimmteste
erklärt hat, daß von auswärts keine Sicherheits-
polizei herangeholt worden sei, und zufällig habe
ich auch gehört, daß von Herrn Polizeip^{Präsidenten}~~äsidenten~~
Rittmeyer dieselbe Erklärung abgegeben worden ist.
Dem Rat selber ist von der Angelegenheit nichts
bekannt geworden, seine Ermächtigung zur Heranzie-
hung fremder Sicherheitspolizei ist auch nicht ein-
geholt. Es hätte aber seiner Ermächtigung dazu
gar nicht bedurft, wenn es die Polizeidirektion für
angebracht gehalten hätte, solche Kräfte heranzu-
ziehen. Nach Mitteilung der Worte, die ich von
Herrn Minister Rönneburg gehört habe, wird Frau
Böhm wohl auf weitere Aufklärung verzichten.

Ohne Besprechung.

(Punkt 14)

Die Anfrage F a y wegen der Mehlausgabe und die Anfrage S t u k e n b e r g , betreffend die Lohnverhältnisse bei der Straßenbahn, werden als erledigt bezeichnet.

15. Anfrage B ö h m, betreffend die Abgabe eines
Siedlungshauses an Flüchtlinge.

Wortlaut der Anfrage : „Kann der Rat der Stadt mir
Ankunft geben, warum die Leute an der Strombecker-
straße, die auf ein Siedlungshaus reflektierten,
dieses nicht bekommen, weil dieses Haus für Flücht-
linge bestimmt sein soll ?“

Stadtv. Frau B ö h m (zur Begründung) :

Die Mitteilung über diese Angelegenheit ist mir von
hiesigen Einwohnern gemacht, die sich ein Siedlungs-
haus auf der Strombeckerstraße erworben haben. Sie
haben im Juni 20 000 M angezahlt und kriegen nun im
September den Bescheid, sie möchten die 20 000 M
wieder abholen, weil das Haus für Flüchtlinge ein-
gerichtet werden sollte. Ich kann wohl verstehen,
daß die Flüchtlinge untergebracht werden müssen, aber
dann sollten sie in der Wohnung untergebracht wer-
den, die durch den Wegzug der Erwerber

122

des Siedlungshauses leer wird. Man muß berücksichtigen, daß die 20 000 M., die die Leute im Juni eingezahlt haben, jetzt bedeutend entwertet w sind, und bis jetzt hat der Mann sie auch noch nicht zurückbekommen. Wenn er sie erst im nächsten April kriegt, sind die 20 000 M. überhaupt nichts mehr wert. Vielleicht kann der Herr Stadtbaurat Lebensleben Aufklärung geben, wie es zugeht, daß so etwas vorkommen kann.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : In der letzten Sitzung des Wohnungsausschusses wurde von dieser Angelegenheit gesprochen. Es hat vor längerer Zeit im Ministerium eine Besprechung darüber stattgefunden, ob es nicht möglich wäre, die Flüchtlinge, anstatt sie in dem Gebäude in Holsts Garten unterzubringen, in die Siedlungshäuser an der Strombeckerstraße - also oben am Madamenwege - zu bringen. Der Wohnungsausschuß hat zu dieser Angelegenheit noch keine Stellung genommen, da die Verhandlungen bei der Regierung abgewartet werden sollen. Soweit mir bekannt ist, ist jetzt eine Niederschrift über die Verhandlungen eingegangen, und es wird nun der Wohnungsausschuß in seiner bald stattfindenden Sitzung über diese Sache zu befinden haben; denn es handelt sich um Häuser, die unter Inanspruchnahme von staatlichen und städtischen Geldern geschaffen sind in der Erwartung, daß sie der Allgemeinheit zugute kämen. Wenn jetzt seitens

des

des Ministeriums oder der Rote Kreuz-Flüchtlingsfürsorge gewünscht wird, daß diese Häuser anderen Zweckbestimmungen dienen, dann würde natürlich auch die Zuschußfrage auf ein anderes Gleis kommen. Es wird also diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Wohnungsausschusses besprochen werden.

Ohne Besprechung.

(Punkt 15.)

16. Anfrage Dr. Schnltze, betreffend Zahlung ausreichender Vorzuschüsse an die Hinterbliebenen städtischer Beamten und Lehrer.

Wortlaut der Anfrage: „Ist der Rat der Stadt bereit, den Hinterbliebenen der städtischen Beamten und Lehrer mit Rücksicht auf die zu erwartende Regelung ihrer Bezüge unverzüglich ausreichende monatliche Vorzuschüsse zu zahlen, um der Not abzuhelpen?“

Stadto. Dr. S c h n l t z e (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Es ist das dritte Mal, daß ich von diesem Platze aus versuche, der bekannten Notlage der Hinterbliebenen der städtischen Beamten und Lehrer abzuhelpen. Leider muß ich sagen, daß die beiden ersten Male mit einem ziemlich zweifelhaften Erfolge geendet haben. Vor ungefähr einem Jahre hatte ich den Antrag gestellt, daß den Hinterbliebenen der städtischen Beamten und Lehrer diejenigen Nachzahlungen geleistet werden möchten, mit denen sie hinter den staatlichen Beamten zurückgeblieben wären. Sie haben, wie Sie wissen, früher die vollen Bezüge bekommen, sind

aber

aber seit dem 1. April 1920 mit ihren Bezügen im Rückstande geblieben. Mein Antrag ist nicht angenommen worden, sondern ein Antrag des Herrn Dr. Jasper, wonach diese Nachzahlungen gleichzeitig mit denen für die alten Pensionäre stattfinden sollten. Es sollte also der Rat der Stadt darüber eine Vorlage machen, aber von einer solchen Vorlage habe ich nichts gehört, habe auch nicht gehört, daß der Rat der Stadt Stellung genommen hat, im Plenum ist darüber wenigstens nichts verhandelt. Dann kam die Regelung zum 1. Januar d. Js., und dabei sind die Sätze der Hinterbliebenen der städtischen Beamten und Lehrer stehen geblieben, wodurch die Betroffenen in eine große Notlage gekommen sind, denn sie beziehen teilweise ein Einkommen, das geringer ist als Armenunterstützung. Vor einiger Zeit hatte ich eine Anfrage an den Rat der Stadt gerichtet, ob er bereit sei, diesen Hinterbliebenen Vorschüsse zu geben, und das wurde bejaht. Ich hatte geglaubt, daß diese Vorschüsse spontan kommen würden, aber es ist bisher abgewartet worden, bis von den betreffenden ein

Antrag

Antrag gestellt worden ist, und teilweise ist es den Hinterbliebenen nicht bekannt geworden, daß sie einen Antrag auf Vorschuß stellen konnten. Der Staat ist jetzt bereit, die Beträge zu zahlen, die bis zum 1. Januar festgestellt worden sind. Es liegt nun zwischen dem Staat und der Stadt die Streitfrage vor: „Wer soll die Feuerungszulagen zahlen?“ und bisher ist es zu einer Einigung nicht gekommen. Wenn nun die Stadt sich auf den Standpunkt stellt, der Staat werde das noch unbedingt zahlen, so halte ich es für richtig, daß sie unsererseits schon jetzt diese Bezüge auszahlt. Ist sie nicht der eben angegebenen Ansicht, so muß sie eine andere Regelung treffen. Wie mir gesagt wurde - und ich glaube, daß mein Gewährsmann mir recht berichtet hat - ~~haben die Hinterbliebenen der Landes-Beamten~~ hat die Bezüge an die Hinterbliebenen ihrer Beamten so gezahlt, wie sie die staatlichen Beamten bekommen, während die Stadt Braunschweig allein in glänzender Isolierung dasteht. Diese Sache geht dann doch schließlich etwas über die private Unterhaltung hinaus, es muß sich die Stadtverordnetenversammlung

für

für die Sache interessieren, denn die Erbitterung in den betreffenden Kreisen ist groß, daß unsere Stadt allein nicht gezahlt hat. Der Rat hat uns in anderen Sachen so häufig um Rat gefragt, er hätte auch in dieser Sache einmal unsere Meinung einholen können. Ich möchte mir jetzt die folgenden Anfragen gestatten: Was ist aus dem Antrage des Herrn Br. Jasper geworden? Wie kommt es, daß die Stadt Braunschweig allein von den Städten im Lande diesen eigentlichen ^{ümlichen} Standpunkt gegenüber den Witwen und Waisen eingenommen haben? Und drittens: Kann nicht eine endgültige Klärung erfolgen darüber, ob der Rat der Stadt bereit ist, diese Hinterbliebenen so zu stellen wie die Hinterbliebenen der staatlichen Beamten?

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Es ist den Herrschaften bekannt, daß ^{wir} ~~ich~~ dem Plenum eine Vorlage haben zugehen lassen, zuzustimmen, daß die Erhöhungen der Bezüge der Hinterbliebenen der städtischen Beamten und Lehrer zur Hälfte von dem Staat und zur Hälfte von der Stadt aufgebracht werden sollen; ~~und~~ ^{habe} die Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. Von Landtage war dafür ein Betrag von 200 000 M ^{zur Verfügung} ~~in Aussicht~~ gestellt, aber bei der zunehmenden Teuerung war mit einem solchen Betrage nichts zu machen. Deshalb haben wir das Ministerium gefragt, ob es einverstanden sei, daß die weitere Erhöhung der fraglichen Bezüge in gleicher Weise zwischen Staat und Stadt geteilt werden sollten. Es ist uns darauf die Antwort zu teil geworden, daß in Landtage (oder dem Ausschusse des Landtages) eine diesbezügliche Vorlage zugehen solle, und es dürfe wohl angenommen werden, daß der Landtag seine Zustimmung erteilen würde. Ich habe darauf durch Fernsprecher angefragt, ob nicht etwas Sicheres in Aussicht

gestellt

gestellt werden könnte und darauf wurde erwidert, daß es wohl als sicher angenommen werden könne, daß der Landtag die Bewilligung aussprechen werde. Darauf hat der Rat verfügt, daß die vollen Beträge gezahlt werden. Sie sind gezahlt worden, und in sofern ist der Herr Anfragende nicht gut unterrichtet. (Zuruf: Wann?) Ich glaube, vorgestern, jedenfalls ist in diesen Tagen die Anweisung erteilt worden. Wir haben uns deswegen nicht erst an die Stadtverordneten gewandt, sondern geglaubt, ohne weiteres die Anweisung erteilen zu sollen, die ~~Stadtvorordneten~~ aus ~~der Stadt~~ zu ~~bezahlen~~ ^{zahlen}. Die Hinterbliebenen sollen natürlich mit jeder neuen Teuerungszulage weiter in die Höhe rücken, und das gibt gewaltige Summen. Deshalb kann man zweifelhaft sein, ob die Stadt in der Lage ist, die Zahlungen zu leisten, ohne daß im Landtage die Sache wieder zur Sprache gekommen ist. Wenn tatsächlich die Stadtverordnetenversammlung der Ansicht ist, daß die Stadt zahlen muß, einerlei, ob sie vom Landtag etwas bekommt oder nicht, dann bitte ich, das

zum

zum Ausdruck zu bringen. Jedenfalls liegt die Sache jetzt so, daß die Witwen und Waisen der städtischen Beamten augenblicklich nicht unerheblich mehr bekommen als manche pensionierten Beamten, über die die Stadtverordnetenversammlung beschlossen haben⁴, daß der höchste Satz 35 000 M betragen soll. Wir sind darüber hinausgegangen und haben einen Vorschuß nach dem anderen gezahlt. Geregelt ist die Sache noch nicht, und ich weiß auch nicht, wann unsere Besoldungsreform einmal genehmigt wird. Ehe das nicht geschehen ist, können wir beim besten Willen nicht weiter vorgehen. Ich habe den Gehaltsausschuß zu einer Sitzung nach Schluß der Stadtverordnetensitzung einberufen, um uns von ihm die Ermächtigung erteilen zu lassen, noch einmal eine große Vorschußzahlung, nämlich 100 %, zu leisten.

Stadtv. S a u e r b i e r beantragt Besprechung
der Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Handwritten signature or initials, possibly "K. Sauerbier".

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß meine Anfrage bereits vor vier Wochen gestellt wurde und damals die Regelung, von der der Herr Oberbürgermeister sprach, noch nicht erfolgt war. Es würde mich besonders interessieren, wie in anderen Städten die Sache geregelt ist. Soviel ich weiß, sind dort die vollen Beträge schon seit Monaten bezahlt, und diese Städte müssen doch auch die Hälfte vom Lande bekommen, - das denke ich mir wenigstens so. Diese Städte haben sich nicht auf einen fiskalischen Standpunkt gestellt, sondern haben sich gesagt: Die Leute sind in Not, und wir sehen es als berechtigt an, daß sie diese Bezüge bekommen. Es erscheint als eine kolossale Härte, wenn in einer und derselben Stadt die Hinterbliebenen staatlicher und städtischer Beamten von ganz gleichen Anstalten verschieden gestellt sind, wenn die Hinterbliebenen eines städtischen Beamten oder Lehrere weniger bekommen als die

eines

eines staatlichen, obgleich die beiden Verstorbenen dieselbe Tätigkeit ausgeübt haben. Ich erinnere z.B. an die Lehrerwitwen, deren Männer an den staatlichen oder städtischen höheren Schulen gewirkt haben. Ich habe mich übrigens gewundert, daß die Beamten selbst nicht für diese Hinterbliebenen eingetreten sind. Jedenfalls diesmal wenn die Bezüge der staatlichen Beamten erhöht werden, kommt ein Dringlichkeitsantrag des Inhalts, daß auch die Bezüge der städtischen Beamten erhöht werden sollen, aber für die Bezüge der Witwen wird kein Antrag gestellt. Ich habe mich gefreut, daß zu Anfang der vorigen Sitzung ein Schreiben des Beamtenbundes an die Regierung verlesen wurde, daß für die Hinterbliebenen eintritt. Daß nicht früher von den Beamten in dieser Weise für die Hinterbliebenen eingetreten ist, wundere mich um so mehr, als doch auch ihre Hinterbliebenen über kurz oder lang in die Lage kommen können, auf diese Bezüge angewiesen zu sein. Ich möchte mich dafür aussprechen, daß ähnlich,

wie

wie es in anderen braunschweigischen Städten geschieht, der Rat der Stadt die volle Auszahlung vornimmt, ohne die Bewilligung der Regierung abzuwarten. Die Hinterbliebenen sind so wie so schon lange genug im Rückstand geblieben, zwei Jahre lang haben sie nicht die vollen Bezüge bekommen und Nachzahlung ist nicht in vollen Maße geleistet. Sollen sie denn immer im Rückstande bleiben? Das würde ich für ungerecht halten.

in irgend einer Form zugute kommen muß. Nun ist die Frage entstanden: Ist der Staat nicht gesetzlich oder moralisch verpflichtet, das, was er ^{auf Grund des} als Gesetz übernommen hat, mit Rücksicht auf die eingetretene Teuerung zu erweitern. Der Staat hat zunächst gesagt: „Das erkennen wir nicht an.“ Darauf sind wir vorstellig geworden und haben gesagt, eine moralische Verpflichtung müßte er anerkennen, und dazu hat ^{das} das Ministerium erklärt: „Wir wollen die Sache im Landtage durch ein neues Gesetz regeln“. ^{Das} ~~Es~~ war nicht so schnell möglich, und deshalb ist uns vom Staat der Vorschlag unterbreitet, er wolle bestimmte Sätze zahlen und von jeder Teuerungszulage die Hälfte übernehmen. Darnach haben wir verfahren. ^{Obgleich} ~~Nachdem~~ die fragliche Vorlage dem Landtage ^{uns} jetzt noch nicht zugegangen ist, haben wir voll das gezahlt, was auch der Staat zahlt — mehr können wir nicht tun. Es ist das schon ein Entgegenkommen gegenüber dem Staat insofern, als zu befürchten ist, daß, wenn wir die Sache ganz übernehmen und jetzt schon voll zahlen, der Landtag sagen wird: „Die Ge-

Gemeinden haben das schon in Ordnung gebracht, also mögen sie es auch ferner besorgen; was sollen wir die Staatskasse damit belasten.“ Dann würde die Sache für uns sehr schlecht stehen.

Stadt v. S a u e r b i e r : Daß in den kleinen Städten zurzeit an die Hinterbliebenen der Beamten mehr gezahlt wird als bei uns in Braunschweig ist eine Tatsache. Sie ergibt sich daraus, daß die Gemeinden die große Not der Hinterbliebenen von Beamten rechtzeitig erkannten und ihnen daher Zuschüsse in der Höhe gewährten, wie sie die Hinterbliebenen von Staatsbeamten erhalten. Der Staat schrieb vor, die Gemeinden sollten in gleicher Weise verfahren wie der Staat, und darnach haben sie sich gerichtet. Die Stadt Braunschweig machte^A die einzige Ausnahme und sagte: Wir richten uns nach unserem Statut, und solange das nicht geändert ist, wollen wir daran nicht rütteln. Wir wollen abwarten, bis die Gehaltsordnung geregelt ist, dann kann alles im Wege der Nachzahlung geregelt werden. Wir zahlen unseren Pensionären unter Vorbehalt einen Teil der Beträge, den die Pensionäre des Staates erhalten. Die vollen Beträge zu zahlen, das ist in der Stadt Braunschweig noch nicht geschehen. Jetzt ist es so weit, daß die Revision der Gehaltsordnung in

hof-

Stadt v. S a u e r b i e r : Daß in den kleinen Städten zurzeit an die Hinterbliebenen der Beamten mehr gezahlt wird als bei uns in Braunschweig ist eine Tatsache. Sie ergibt sich daraus, daß die Gemeinden die große Not der Hinterbliebenen von Beamten rechtzeitig erkannten und ihnen daher Zuschüsse in der Höhe gewährten, wie sie die Hinterbliebenen von Staatsbeamten erhalten. Der Staat schrieb vor, die Gemeinden sollten in gleicher Weise verfahren wie der Staat, und darnach haben sie sich gerichtet. Die Stadt Braunschweig machte die einzige Ausnahme und sagte: Wir richten uns nach unserem Statut, und solange das nicht geändert ist, wollen wir daran nicht rütteln. Wir wollen abwarten, bis die Gehaltsordnung geregelt ist, dann kann alles in Wege der Nachzahlung geregelt werden. Wir zahlen unseren Pensionären unter Vorbehalt einen Teil der Beträge, den die Pensionäre des Staates erhalten. Die vollen Beträge zu zahlen, das ist in der Stadt Braunschweig noch nicht geschehen. Jetzt ist es so weit, daß die Revision der Gehaltsordnung in

hof-

hoffentlich kürzester Frist vom Staatsministerium genehmigt wird, und dann werden die Hinterbliebenen aus der großen Not heraus sein.

Daß in dieser Sache von den Beamten für die Hinterbliebenen nichts geschehen sei, ist nicht ganz richtig. Es sind wiederholt dergleichen Anträge gestellt, aber der Rat hat sich stets auf den Standpunkt gestellt: Ehe nicht von der Regierung die Revision der Gehaltsordnung in allem genehmigt ist, können wir Endgültiges nicht beschließen. Ähnlich steht es mit der städtischen Beamtenschaft. Mit nur geringen Ausnahmen ist sie bis auf den heutigen Tag nicht so eingruppiert, wie es nach ihrer Tätigkeit Reich und Staat vorschreiben. In der Stadt Braunschweig werden auch die Kinderzulagen nur bis zum 18. Lebensjahre gezahlt, während sie in den anderen Städten seit dem 1. April 1920 bis zum 21. Lebensjahre gezahlt werden. Was für eine Schädigung das bedeutet, davon kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß einige Beamte der Stadt Braunschweig noch

40 000

40 000 Mark an Kinderzulagen zu beanspruchen haben. Auch wenn sie diese noch bekommen sollten, so wäre es für die Beteiligten doch viel besser gewesen, wenn sie diese zur rechten Zeit bekommen hätten. Wie den Beamten solange vorzuenthalten, lagen keine Gründe vor, denn das Reich schreibt vor, daß die Länder und Gemeinden sich nach den Reichsbestimmungen richten sollen. Nach dem Statut, das 1920 angenommen wurde, brauchte der Rat der Stadt jedoch nur die Zulagen bis zum 18. Lebensjahre zu zahlen, und dabei ist es bis jetzt geblieben.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Meine Anfrage ist seit dem Tage erledigt, seitdem dieselben Bezüge an die Hinterbliebenen der städtischen Beamten ausbezahlt werden, die die Hinterbliebenen der staatlichen Beamten bekommen. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Stadt mehr zahlen soll als der Staat, sondern meine Meinung geht dahin: Da die Gehälter der staatlichen und städtischen Beamten gleich hoch sind, müssen auch die Hinterbliebenen von beiden ~~Arten~~ Arten Beamten in ihren Bezügen gleich ~~gesetzt~~ gesetzt werden. Der Gerechtigkeit wegen sollte man dieser Auffassung zustimmen.

V o r s i t z e n d e r: Die Zustimmung hierzu
kann ich nur annehmen.

(auf einen Auslassung der Herrn Harte Dr. Schulke für)
Punkt 16

Stadtv. S a u e r b i e r: Der Beschluß der Stadtverordneten geht bekanntlich dahin, daß unter allen Umständen die Gleichstellung der städtischen Beamten mit den Reichs- und Staatsbeamten erzielt werden soll. Da nun das Statut, wie schon vorhin von mir erwähnt wurde, demnächst hoffentlich vom Staatsministerium genehmigt werden wird, so würde dem Wunsche des Herrn Dr. Schultze entsprochen werden. Hoffentlich regelt sich dies alles recht bald, damit nicht noch größeres Elend und weitere Nöte unter den Beteiligten erwachsen.

V o r s i t z e n d e r : Es handelt sich bei diesem Punkte um eine Anfrage, und es genügt gewiß dem Rat der Stadt, wenn er von mehreren Stellen den Ausdruck dieser Anschauung erhalten hat.

(Zu Punkt 16)

17. Erhöhung der Vergütung für die Beisitzer des
Mieteinigungsamts, des Kaufmanns- und Gewerbegerichts

Stadtv. B u r g d o r f f: Das Staatsministerium verfügte am 29. Oktober 1917, daß den Beisitzern des Mieteinigungsamts dieselben Vergütungssätze zugestanden werden sollen, wie sie die Schöffen jeweils erhalten. Dementsprechend haben die Vorsitzenden und Beisitzer des Mieteinigungsamts am 6. Oktober beschlossen, die städtischen Behörden zu ersuchen, die Vergütung der Beisitzer für jeden Sitz mit Wirkung vom 1. September d. Js. ab auf 100 M festzusetzen. Bei diesem Satze ist man davon ausgegangen, daß den Schöffen für jede Stunde in der Regel der augenblicklich zulässige Höchstsatz von 45 M gezahlt wird, sodaß für eine Sitzung von 2 1/2 Stunden - so lange dauern die Sitzungen des Mieteinigungsamts meistens - eine Vergütung von über 100 M zu zahlen wäre. Nach diesem Antrage soll der neue Vergütungssatz auch denjenigen Beisitzern zugestanden werden, die an sich gesetzlich keinen Anspruch auf Vergütung haben, weil

weil sie festen Gehalt beziehen, also keinen Ausfall an Verdienst erfahren. Zur Begründung ^{wird} werden geltend gemacht, daß die Gerichte gegenüber den Schöffcn in gleicher Weise verfahren.

Die Möglichkeit, die Vergütung auf der bisherigen Höhe zu erhalten, war nur dann gegeben, wenn die Sitzungen des Mieteinigungsamts nicht mehr morgens, sondern in den Abendstunden abgehalten würden, in denen die Arbeit in den Betrieben ruht. Eine derartige Regelung müßte indessen unterbleiben, weil dagegen von den Vorsitzenden und Beisitzern des Mieteinigungsamts, sowie von den Beamten des Wohnungsamts, die häufig ^{zu} den Sitzungen des Mieteinigungsamts hinzugezogen werden, nicht unbedeutliche Bedenken geltend zu machen sind. Da andererseits eine Vergütung in Höhe von 100 M. angemessen erscheint, so befürwortet der Rat der Stadt die Erhöhung auf 100 M., aber erst vom 1. Oktober 1922 ab.

Gleichzeitig mit der Erhöhung der Vergütung für die Beisitzer des Mieteinigungsamts soll auch

eine

eine Erhöhung der Vergütung für die Beisitzer des Kaufmanns- und Gewerbegerichts stattfinden, da für diese die eben gehörten Erwägungen in gleicher Weise gelten.

Der Rat beantragt demnach, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß mit Wirkung vom 1. Oktober d. Js. ab die Beisitzer des Mieteinigungsamts, des Kaufmanns und Gewerbegerichts für jede Sitzung eine Vergütung in Höhe von 100 M erhalten. Ich habe namens des Finanzausschusses Ihnen vorzuschlagen, diesem Antrage des Rats zuzustimmen.

Der Ratsantrag wird von der Versammlung angenommen.

(Punkt 17).

18. Landwirtschaftliche Nutzung des brachliegenden
Flugplatzgeländes im kommenden Jahre.

Stadtverordneter J a h n s : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in der letzten Zeit sehr häufig mit der Luftverkehrsstelle zu beschäftigen gehabt und haben vor einigen Wochen ihr auch einen Zuschuß von 3 500 M. gewährt. Es wird Ihnen allen erinnerlich sein, daß die Meinungen über die Notwendigkeit des weiteren Fortbestehens dieser Stelle sehr verschieden waren und der Antrag ^{dahin:} gegangen ist, den Zuschuß nur bis zum Ende dieses Jahres zu zahlen. Es handelt sich bei der heutigen Vorlage um die Frage, ob das Flugplatzgelände am Broitzenerwege nicht in Zukunft der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung nutzbar gemacht werden soll, da der Luftverkehr im großen und ganzen darniederliegt und Schrebergärten in größerer Anzahl nötig sind. Es sind s.Z. bei der Behandlung der Frage der Unterstützung der Luftverkehrsstelle Eingesandts in den Zeitungen erschienen, ^{und} der Rat der Stadt hat sich ^{daraufhin} denn an die Luftverkehrsstelle gewandt, weil er der Meinung

nung

nung war, daß diese Eingesandts der Leitung der Luftverkehrsstelle nicht ganz ferngestanden haben. Es ist deshalb die Meinung der Luftverkehrsstelle eingeholt, wie sie sich zu dieser Sache stelle. Da in einem Eingesandt erwähnt ist, daß der Rat der Stadt der Luftverkehrsstelle sehr wenig Entgegenkommen gezeigt habe, ja ein Schreiben dieser Stelle garnicht beantwortet wäre, so hat der Rat der Stadt festgestellt, daß diese Behauptung nicht zutrifft, denn alle Schreiben, die an die Luftverkehrsstelle gegangen sind, sollten nach Angabe der Luftverkehrsstelle wieder an den Rat der Stadt beantwortet zurückgegangen sein. Es ist nun festgestellt, daß die Luftverkehrsstelle den Weg über das Ministerium gewählt hat, und so ist das Schriftstück beim Rat der Stadt nicht eingegangen. Ich glaube, daß ich diesen Umstand besonders betonen muß, damit es nicht heißen kann, der Rat der Stadt habe sich um die Luftverkehrsstelle überhaupt nicht gekümmert.

Wenn ich auf die heute vorliegende Frage ein-

gene

gehe, die im Rechtsausschuß vorberaten worden ist, so ist anerkannt, daß der Luftverkehr für Braunschweig ebenso notwendig ~~ist~~ ist, wie für jede andere Kommune und den Staat, daß aber zur Zeit, da der Luftverkehr beeinträchtigt oder lahmgelegt ist, es geraten ist, ein~~der~~artiges Gelände wie den Flugplatz am Broitzemerwege zur Bewirtschaftung durch Schrebergärten heranzuziehen. Es zeigt sich in großem Masse Landhunger und hier kann manch einem Gelegenheit gegeben werden, sich das bißchen Gemüse für seinen häuslichen Bedarf selbst zu ziehen. Wir waren im Rechtsausschuß der Meinung, daß es sehr wohl angängig wäre, dieses Gelände dem Schrebergartenbetriebe zuzuführen, aber doch nur in-soweit, daß es möglich wäre, dieses Gelände sofort wieder für den Luftverkehr freizumachen, wenn das als nötig ~~erachtet~~ erscheint. Es sollen deshalb gewisse Kautelen in die Pachtbedingungen hineingebracht werden, und zwar dahingehend, daß auf diesem Gelände nicht in irgend welcher Form gebaut werden soll und daß auch keine~~n~~hochwachsenden Bäume angepflanzt werden dürfen. Kleines Fruchto~~b~~st soll gestattet werden, sonst aber das Gelände nur dem landwirtschaftlichen

Betriebe, wie er in Schrebergärten zu finden ist, zugeführt werden.

Früher ist die Frage erörtert, ob es nicht angerbracht wäre, das ganze Gelände durch einen Motorpflug umpflügen zu lassen und so den Leuten die Arbeit abzunehmen, das festgetretene Gelände dem landwirtschaftlichen Betriebe nutzbar zu machen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß ^{große} ~~ganze~~ Teile dieses Geländes mit Bockasche befestigt worden sind und es nicht ratsam sei, diese Stellen umzurigolen, denn erstens wird auf diesem Terrain nichts wachsen und zweitens wäre dann das Gelände nur schwer für den Luftverkehr wieder herzustellen. Wir sind uns daher dahin einig geworden, vorzuschlagen, diese Stellen den Spielvereinigungen zu Spielplätzen hinzugeben. Dazu ist ein Platz, der derartig befestigt ist, am besten zu verwenden.

Wir würden mit solchen Maßnahmen dem Luftverkehr nicht im Wege stehen, indem jeden Augenblick das

Ge-

Gelände zu diesem Zweck wieder freigemacht werden könnte, zweitens würden einer großen Anzahl unserer Bewohner Ländereien zur landwirtschaftlichen Benutzung zur Verfügung stehen, und drittens würden wir den Sportvereinen entgegenkommen, indem wir ihnen für den Sport passende Plätze zur Verfügung stellen könnten. Der Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen, zu genehmigen, daß das Gelände in dieser Form zur Benutzung freigegeben wird.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Vorweg möchte ich bemerken, daß es sich heute nicht um einen Antrag des Rates der Stadt handelt, sondern daß lediglich eine gutachtliche Äußerung von den geehrten Damen und Herren erbeten worden ist; der Rat der Stadt selbst hat zu dieser Sache noch keine Stellung genommen. -- Sie haben eingangs der Sitzung vernommen, daß ein Schreiben des Staatsministeriums an uns gerichtet worden ist, worin das Ministerium darauf hinweist, daß bei der Behandlung der Frage der Verwendung des Flugplatzgeländes noch gewisse Momente Berücksichtigung finden müßten, die immerhin dazu führen könnten, einen Beschluß im negativen Sinne zu fassen.

Ich möchte zur Erwägung stellen, ob wir diese Sache nicht noch einmal zurückstellen und in der Sitzung des Rechtsausschusses sie vorher noch einmal eingehend besprechen wollen. Sie eilt ja nicht so sehr, denn vor dem Frühjahr wird mit der Bestellung

der

der unter Umständen freizugebenden Flächen nicht begonnen werden.

Im übrigen bin ich dem Herrn Referenten dankbar, daß er bei seinem Hinweis auf die Zeitungsnotizen den Rat der Stadt und insbesondere meine Person in Schutz genommen hat. Sie haben aus dem Munde des Herrn Referenten gehört, daß der Rat der Stadt — ich glaube, es war in der Landeszeitung — wegen seiner Stellung zum Luftverkehrswesen ~~häufig~~ ^{häufig} angegriffen wurde. Es wurde bemerkt, daß er für die Luftschiffahrt wenig Verständnis gezeigt hätte, daß er die wichtigsten Schreiben, die die Luftverkehrsstelle an uns gerichtet habe, nicht beantwortet hätte, auf Anregungen nicht eingegangen wäre. Der Herr Referent hat wohl schon darauf hingewiesen, daß wir seit Mai 1921, also seit nahezu 1 3/4 Jahren keine Schreiben von der Luftverkehrsstelle bekommen haben. Auf unsere Anfrage an die Luftverkehrsstelle wurde uns erwidert, sie hätte die für uns

bestimmten

bestimmten Schreiben samt und sonders zunächst an das Ministerium geschickt. Ob sie da liegen geblieben sind — die Vermutung liegt nahe —, darüber bin ich nicht unterrichtet, und das geht mich auch nichts an.

Ich wiederhole meine Bitte, die Angelegenheit in Rechtsausschuß noch einmal zur Beratung zu stellen.

**Die Versammlung ist mit der Rückverweisung
an den Rechtsausschuß einverstanden.**

(Punkt 18).

19. Änderung des Ortsbauplanes für das
Gelände zwischen Frankfurterstraße
und Landesbahn und Lutherschen Fabrik
und künftigen Eisenbahngelände.

Stadtv. R a s c h e : Es handelt sich um das Gelände zwischen der Frankfurterstraße und der Landesbahn einerseits und der Lutherschen Fabrik und dem künftigen Eisenbahngelände, ^{an welcher Stelle} für das ein neuer Teilortsbauplan aufgestellt ist. Es sind bei der ^{auf}Neufeststellung mehrere Querstraßen geplant, ~~und~~ ~~da sonst kein richtiger Zugang vorhanden sein würde.~~ Das ganze Gelände ~~wird~~ nicht als Wohn- sondern als Fabrikgelände benutzt werden. Der Plan ist dort ausgehängt.

Der Ortsbauplanausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt, ebenso der Bauausschuß. Beide Ausschüsse haben dem neuen Plan zugestimmt, und so bitte ich Sie namens des Bauausschusses, die Neuaufstellung genehmigen zu wollen.

**Der vorgelegte Teilortsbauplan wird von der
Versammlung genehmigt.**

(Punkt 19).

20. Änderung des Ortsbauplanes für die Kaland-
straße.

Stadt v. P i e p e r : Die Braunschweigische Baugenossenschaft will an der Kalandstraße, gegenüber der Virchowstraße eine Häusergruppe aufbauen. Für die Virchowstraße ist gegenüber deren Einmündung in die Kalandstraße ein Wendeplatz vorgesehen, was zur Folge hat, daß vor den mittleren drei Häusern der genannten Häusergruppe trotz Zurückspringens ihrer Front um 4 m keine Vorgärten angeordnet sind. Die Baugenossenschaft bittet deshalb, den Wendeplatz nicht auszuführen, sondern die Vorgartenfluchtlinie der Kalandstraße durchlaufend anzuordnen. Der Rat der Stadt empfiehlt der Versammlung, diesem Antrage zuzustimmen.

Der Ortsbauplanausschuß und der Bauausschuß, dem diese Sache zur Begutachtung vorgelegen hat, empfehlen gleichfalls Annahme der vorgeschlagenen Änderung des Teilortsbauplanes.

Die empfohlene Änderung des Ortsbauplanes
für die Kalandstraße wird von der Versammlung
genehmigt.

Punkt 20

21. Genehmigung eines Satzungsentwurfs zur
Abänderung des Statuts über den Schlacht-
hausbetrieb.

Stadt v. Dr. K a h l e r t : Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten folgendes Schreiben gerichtet: „Es hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, daß hiesige Schlachter Fleisch in großer Menge von auswärts einführen, ohne daß es der Nachuntersuchung im Städtischen Schlachthause zugeführt wird. Soweit es sich um Fleisch in rohem Zustande handelt, verstößt dieses Verfahren gegen § 38 des Schlachthausstatuts vom 3. August 1909. Da sich aber gezeigt hat, daß auch größere Mengen Fleisch in bereits zubereitetem Zustande in die Stadt hereingebracht und an die Verbraucher abgesetzt wird, obwohl es als nicht mehr einwandfrei anzusehen ist, so empfiehlt es sich im Interesse der Verbraucher ein derartiges Vorgehen seitens der Schlachter möglichst zu verhindern.“

Zu

Zu diesem Zwecke hat der Schlachthausdirektor in einem Berichte an den Rat der Stadt angeregt, dem § 38 eine neue Fassung zu geben, der zuzustimmen wir seitens des Rates gebeten werden.

Der neue Satzungsentwurf lautet folgendermaßen:
Artikel I. Der § 38 des Statuts über den Schlachthausbetrieb sowie die Schlachtvieh- und Fleischbeschau wird in Absatz 1 wie folgt abgeändert:

Das von außen in das Stadtgebiet eingeführte Fleisch im Sinne des § 4 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 im frischen oder zubereiteten Zustande (Wurst usw.) ist, bevor es hier feilgehalten wird oder sonst in den freien Verkehr übergeht, amtlich durch einen approbierten, vom Rat der Stadt im Einvernehmen mit der Polizeidirektion bestellten Tierarzt rücksichtlich seiner gesundheitlichen Beschaffenheit und Genußtauglichkeit zu untersuchen. Die Ausführung der Nachuntersuchung regelt sich nach den besonderen Bestimmungen des Rates der Stadt. Die

Die weitergehende reichs- und landesgesetzliche Befugnis der Polizeidirektion bleibt unberührt.

Artikel II. Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft."

Meine Damen und Herren! Nachdem von auswärts bereits bearbeitetes Fleisch in Form von Wurst und dergleichen Sachen eingeführt wird und ein Teil unserer Bevölkerung Schädigungen an Geld wie auch an Gesundheit erlitten hat dadurch, daß diese Fleischwaren in mangelhaftem oder gar verdorbenem Zustande gewesen sind, ohne daß es dem Publikum nachher möglich gewesen ist, sich bei dem Lieferanten schadlos zu halten, stellt sich diese Änderung des § 38 als notwendig heraus. Der Rechtsausschuß hat sich mit der Angelegenheit befaßt und ist einstimmig der Ansicht, daß die vorgeschlagene Änderung der Vollversammlung zur Annahme zu empfehlen ist. Es ist eigentlich an dem Artikel I nichts weiter geändert, als daß zwischen die Worte: „Im frischen

Zu-

Zustand" die beiden Worte „oder zubereiteten" eingefügt sind, so daß sämtliches Fleisch, das eingeführt wird, der Untersuchung in der Stadt unterworfen wird.

Ich empfehle die Annahme des Artikels.

**Die Versammlung stimmt der Änderung des
Statuts zu.**

/ Punkt 21 /

22. Bewilligung von Mitteln für die Schul-
entlassenen - Spende .

Stadtfr. Frau Götze: Die geehrte Versammlung wird sich erinnern, daß vor einiger Zeit Herr Stadtverordneter Stukenberg den Antrag einbrachte, die Stadtverordneten möchten beschließen, wie im vorigen Jahre auch in diesem Jahre wieder Geldmittel in angemessener Höhe für eine Schulentlassenenenspende zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen und ein Ausschuß gewählt, der gemeinsam mit Vertretern des Rates die Vorbereitung der Angelegenheit übernehmen sollte. Der Ausschuß hat inzwischen getagt und ist zu der Ansicht gelangt, daß die zur Verfügung zu stellende Summe natürlich in Anbetracht der heutzutage ^{besprechenden} unglaublichen Erhöhung aller Preise im Vergleich zum vorigen Jahr ganz erheblich erhöht werden müßte. Er beantragt deshalb bei den städtischen Behörden die Bewilligung einer Summe bis zu 500 000 Mark. Im vorigen Jahre hat man 100000 Mark verteilt, es sind 400 Kinder bedacht worden und die Beihilfen schwankten zwischen 100 und 450 Mark

Mark je nach der Bedürftigkeit. In diesen Jahre muß man natürlich mit ganz anderen Beträgen rechnen.

Der Rat vermag sich diesen Ausführungen nicht zu verschließen und gibt den Stadtverordneten anheim, einen Betrag bis zu 500 000 Mark für die Schulentlassenen-Spende zu bewilligen und den Ausschuß zur Verfügung zu stellen.

Die Finanzkommission hat sich an diesen Ersuchen des Rates vollkornen angeschlossen und gibt ebenfalls anheim die 500 000 Mark zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt dem Ratsantrage zu.

(Punkt 22)

23. Erhöhung der Müllabfuhrgebühren.

Stadt v. D i e t e r m a n n: Der laufende Voranschlag für den Marstall schließt in der Ausgabe mit 4 200 000 Mark und in der Einnahme mit 2 263 000 Mark ab, und zeigt somit einen Fehlbetrag von 1 937 000 Mark. Für die Müllabfuhr sind in den Einnahmen 700 000 Mark enthalten, nämlich 600 000 Mark für Abfuhr des Hausmülls und 100 000 Mark für Abfuhr gewerblicher Abfälle. Diese 700 000 Mark stellen annähernd ein Drittel der Gesamteinnahmen dar. Von den Ausgaben entfällt auf die Müllabfuhr ein Betrag von 1 800 000 Mark, oder $\frac{3}{7}$ der Gesamtsumme. Bei der kolossalen Geldentwertung ist ohne weiteres abzusehen, daß die Ausgaben sich noch gewaltig erhöhen werden. Die Stadthauptkasse hat darüber eine Zusammenstellung gemacht. Darnach ist gegenüber den Etat-Ansetzen Mitte November bereits eine Mehrausgabe zu verzeichnen von

148 892 Mark

148 892 Mark für Gehälter und Vergütungen,
1 932 531 Mark für Löhne,
4 586 357 Mark für Futter und Streu,

153 899 Mark für Unterhaltung der Müllwagen.

Angesichts dieser Zahlen ist zu erwarten, daß der Fehlbetrag am Schlusse des Jahres nicht, wie angenommen, 1 937 000 Mark, sondern mindestens 11 000 000 Mark betragen wird, von denen $\frac{3}{7}$, das sind 4 714 286 Mark auf die Müllabfuhr entfallen. Die Betriebskosten eines Müllwagens sollen nach dem Veranschlag sich auf täglich 300 Mark belaufen, während sie gegenwärtig auf mindestens 9 000 Mark anzunehmen sind.

Unter diesen Umständen wird von Räte der Stadt beantragt, die Stadterordneten möchten sich damit einverstanden erklären, daß für das letzte Vierteljahr eine Erhöhung der Müllabfuhrgebühren im 2fachen Betrage des zurzeit zur Hebung gelangenden Satzes festgesetzt wird. Nach der bislang geltenden Ausschreibung beträgt der auf das Vierteljahr entfallende

lende

lende Gebührenteil je nach dem Grundsteuermkapital
des Wohnhauses

5, 12,50, 16, 25,,,30, 37,50 , 50 Mark ;

bei Annahme des Antrages würden folgende Zahlen ein-
zusetzen sein

20, 50, 64, 100, 120, 150, 200 Mark.

Diese Gebühr bleibt weiter hinter den Werte der
städtischen Leistungen zurück, aber in Rücksicht
auf die allgemeine Notlage will der Rat der Stadt
zur Zeit keine weitergehenden Anträge stellen.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache be-
schäftigt, er erkennt an, daß es notwendig ist, den
Ratsantrage zuzustimmen, und so bitte ich Sie in
Namen des Ausschusses um Annahme des Ratsantrages.

**Die Versammlung stimmt dem Antrage des Rates
zu.**

(Punkt 23!)

24. Gewährung eines Zuschusses an den Verein
Volkslesehalle.

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren!
Die Volkslesehalle ist schon häufig hier Gegenstand der Beratungen gewesen und Zuwendungen sind ihr durch die städtischen Behörden schon mehrfach gemacht. Heute handelt es sich um Gewährung eines Zuschusses zur Deckung des im laufenden Jahre entstehenden Fehlbetrages der Volkslesehalle. Schon in dem Haushaltsplan der Volkslesehalle ist ein Fehlbetrag von 368 000 Mark für das Jahr 1922 - 23 vorgesehen, wovon nach den Abmachungen zwischen Staat und Stadt auf die letztere $\frac{2}{3}$, also rund 240 000 Mark entfallen. Dieser Betrag ist natürlich längst durch die fortgesetzt steigende Teuerung überholt worden. Es heißt in dem Ratsschreiben unter anderem: „Die Kosten für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften sind beispielsweise von 16 000 auf 120 000 Mark gestiegen, die Gehälter und Löhne von 182 000 Mark auf 1 200 000
Mark

Mark, und wenn auch eine Erhöhung der ^(Mitglieder-)Beträge von 32 000 Mark auf etwa 60 000 Mark erwartet wird, so wächst doch der Fehlbetrag bei 1 540 000 Mark Ausgabe und 90 000 Mark Einnahme aus dem Betrieb auf 1 450 000 Mark, von denen $\frac{2}{3}$ mit rund 967 000 Mark der Stadt zur Last fallen. Davon die schon bewilligten 240 000 Mark abgezogen, ergibt sich eine Nachbewilligung von 727 000 Mark, die heute zu bewilligen wäre. Damit ist leider die Entwicklung noch nicht abgeschlossen, denn die Eingabe des Vereins Volkslesehalle datiert vom 1. Oktober dieses Jahres, und inzwischen sind alle Preise wiederum gewaltig gestiegen, sodaß mit einem neuereintretenden Defizit gerechnet werden muß. Aber dafür liegt ein Antrag noch nicht vor.

Der Finanzausschuß hat sich bei seiner Besprechung der Vorlage des Rats auch mit einer Angelegenheit beschäftigt, die in der Presse wiederholt erwähnt worden ist. Bekanntlich haben die Gebrüder Winkelmann 1 Million Mark und der Vorsitzende des Vereins Volkslesehalle, Herr Dr. Bracke, $\frac{1}{2}$ Million gestiftet.

gestiftet. Es ist nun im Publikum vielerseits angenommen, nun sei die Volkslesehalle über alle Not hinweg und die staatlichen und städtischen Behörden brauchten ihr nun überhaupt nichts mehr zu bewilligen. Dem ist aber nicht so, sondern die genannten Zuwendungen sind gemacht worden, damit sie für Herstellung eines neuen Katalogs verwandt werden. Alle Bemühungen der Lesehalle, hierfür Mittel zu erhalten, waren bisher vergeblich gewesen, so nötig auch die Aufstellung eines neuen Kataloges war, denn alle die neuen Anschaffungen seit vielen Jahren waren nur notdürftig zusammengestellt. Jetzt endlich kann in dieser Sache Wandel geschaffen werden. Die eigentliche Not der Lesehalle inbezug auf die laufenden Ausgaben ist aber durch diese Stiftungen nicht behoben. Deshalb wendet sich auch der Finanzausschuß an alle vermögenden Bürger der Stadt, an die Industriellen und alle für die Lesehalle Interesse zeigenden Leute mit der Bitte, den Beispiel der Herren Gebrüder Winkelmann und Doktor Bracke zu folgen

folgen und des guten Zweckes wegen größere Zuwendungen
der Lesehalle zu machen.

In übrigen habe ich Namens des Finanzausschusses
die Versammlung zu bitten, die Nachverwilligung der
27 000 Mark zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt der Nachverwilligung zu.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

1922-23.

Nr. 17.

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 29. Dezember 1922.

Verhandlungsgegenstände:

1. Landwirtschaftliche Nutzung des brachliegenden Flugplatzgeländes im kommenden Jahre.
2. Antrag Burdorff auf Anbringung eines Briefkastens an dem eisernen Tore des Rathauses.
3. Antrag Burdorff, betreffend Beleuchtung der Eingänge zur Markthalle und Sicherung der Eingangstür vom Hagenmarkte aus.
4. Bewilligung von Mitteln für die Kleinrentnerhilfe.
5. Verpachtung des Kellers im Altstadtrathause.
6. Antrag Hessenius, betreffend eine Steuer auf Klaviere und Flügel, sowie Luxuspferde und -wagen.
7. Übernahme des Nachschutzesdienstes auf den Staat.
8. Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Kurse für Volksbildung.

Registrator.

2.

9. Erhöhung der Meßstandgelder.
 10. Erhöhung der Eindsicherungsgebühren sowie der Vergütung für Beleuchtung der Feuerbestattungshalle.
 11. Erhöhung der Gebühren für Benutzung des Stadtbades und der Volksbäder.
 12. Neuwahl von Beisitzern zum Mieteinigungsamte.
 13. Neuwahl von Beisitzern zum Rechtsfriedensamte.
 14. Antrag Marth, betreffend Neubildung der Wohnungsprüfungskommission und die Zeit der Sitzungen des Mieteinigungsamts.
 15. Gewährung eines Zuschusses an den Verein Volksschule aus der Jüdelstiftung.
-

An Ratstische die Herren

Oberbürgermeister Retemeyer, Bürgermeister Meier,
Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat Gebensleben,
Stadtrat Schaper, sowie die Stadträte Bartels,
Herbst, Pinnow, Ralfs.

Is

Es fehlen die Stadtverordneten Piers, Dr. Kahlert,
Dr. Jasper, Höll, Dr. Röpeke, Frau Schulze, und Stuken-
berg.

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die Sitzung.
Von den Eingängen habe ich folgendes zu erwähnen:

Zunächst ~~tot~~ in dreifacher Auflage eine Eingabe
der Lichtspieltheater. Es hat sich die Martin Dentler-
sche Filmzentrale der Eingabe angeschlossen, die die
vereinigten Lichtspieltheater und die Schauburg ein-
gesandt haben. Dem Inhalte nach wird dasselbe ge-
wünscht; sie bitten, daß von der bisherigen Vor-
schrift abgewichen wird, die darin gipfelt, daß eine
gestaffelte Steuer zur Erhebung kommt, sie wünschen
einen Einheitssatz. Ich frage den Rat, ob diese Ein-
gaben auch an ihn ergangen sind. (Wird bejaht)
Dann warten wir das Ergebnis der Beratung im Rat der
Stadt ab.

So-

Sodann hat der Arbeiter Friedrich Gifhorn sich an die Stadt gewandt mit dem Ersuchen, ihm eine Stelle in städtischen Dienste zu verschaffen. Ist eine solche Eingabe auch an den Rat der Stadt eingegangen? (Wird verneint.) Dann lese ich die Eingabe vor. (Geschieht.)

Also das Gesuch geht dahin, daß ihm eine Stelle in städtischen Dienste verliehen werden wird. Es scheint bei dem Bittsteller und seinem großen Familienbestande bittere Not zu herrschen. Ich gebe das Gesuch dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung.

Weiter hat Frau Rosonowski folgende Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet. (Wird vom Vorsitzenden verlesen.) Es handelt sich hier um den Erguß einer gepreßten Seele. Die Sache muß wohl einmal untersucht werden. Im ganzen kommt die Eingabe darauf hinaus, daß sich die Unterzeichnete darüber beklagt, daß die ihr vor längerer Zeit vom Wohnungsamte überwiesene Wohnung viele Mängel hat, insbesondere sehr feucht ist. Da der Rat keine schriftliche Eingabe in dieser Sache erhalten hat, gebe ich die hier vorliegende dem Rat zur weiteren Veranlassung.

Ano

*Andere Eingänge liegen nicht vor, Anträge aus
der Versammlung auch nicht.*

Stadtverordneter S t e g m a n n : In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß eine Menge von Eingängen hier verlesen worden sind, deren Kenntnisnahme zum großen Teil für die Stadtverordnetenversammlung keinen Zweck hat. Nach der Verlesung werden sie ad acta gelegt und sind damit erledigt. In den meisten Fällen wäre es wohl richtiger - und ich gebe das anheim - die Sachen dem Rat der Stadt oder dem betreffenden Ausschuß zu überweisen. In den Ausschüssen könnten die Sachen vorberaten werden und dann ihren vorschriftsmäßigen Weg weitergehen.

V o r s i t z e n d e r : Eine solche Behandlungsweise der Eingaben würde eine Änderung der Geschäftsordnung bedeuten, die wir hier so kurz wohl nicht beschließen können, und so haben wir uns nach der bisherigen Handhabung zu richten. Wenn der Rat der Stadt mit uns zu gleicher Zeit dieselbe Eingabe bekommen hat, dann ist es wohl richtig, zunächst die Stellungnahme des Rats abzuwarten. Wenn aber jemand, wie es heute geschehen ist, sich um eine Arbeiterstelle bewirbt, so können wir nicht wissen, wo und wie der Betreffende unterzubringen sein könnte, und dann ist es angebracht, die Sache dem Rat der Stadt zur weiteren Behandlung zu überlassen. Im übrigen kommt jede Eingabe zur Erledigung, wie Herr Stadtverordneter Stegmann als altes Mitglied der Versammlung wohl wissen wird. Wünschen Sie, Herr Stegmann, daß die Sachen sofort einem Ausschuß überwiesen werden sollen, so müßten Sie einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung einbringen und der müßte auch erst wieder dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen werden.

Nir

Wir treten in die Tagesordnung ein. Punkt 1:

Antrag des Stadtverordneten Dietermann, betreffend
Gewährung des jeweils doppelten Fahrpreises der
Straßenbahn an Stadtverordnete und ehrenamtlich tätige
Einwohner zu den Parlament- und Ausschusssitzungen."
(Zuruf: Zurückgestellt !!) Das ist richtig, aber es
könnte doch kurz gesagt werden, warum das geschehen
ist.

Die ganze Frage der Vergütung, ^{für} ehrenamtliche
Tätigkeit wird demnächst zur Regelung kommen und bis
dahin soll auch der Antrag des Herrn Dietermann
zurückgestellt werden.

1. Landwirtschaftliche Nutzung des brachliegenden
Flugplatzgeländes im kommenden Jahre.

Stadte. R a a s o h e (zur Geschäftsordnung): Ich bitte,
auch die Behandlung dieser Frage zu vertagen. Die
Notwendigkeit, heute zu einem Beschluß zu kommen,
liegt nicht vor, und es sind sich vielleicht manche
aus der Versammlung noch nicht darüber klar geworden,
welche Schäden für die Stadt entstehen könnten, wenn
man das Flugplatzgelände anderweitig benutzt als
zu dem Zwecke, zu welchem es eigentlich bestimmt ist.
Wenn wir die Beratung noch um 1 bis 2 Monate vertagen,
können wir noch früh genug zu einem Beschluß.

Bitte J^h ist nicht einget.
f. d. R. d.

Stadts. J a h n s (als Berichterstatter des
Rechtsausschusses): Meine verehrten Damen und Herren!
Wir haben uns schon in der letzten Stadtverordneten-
sitzung mit dieser Frage der Verpachtung des Flugplatz-
geländes zwecks landwirtschaftlicher Nutzung desselben
beschäftigt, haben auch sonst schon häufig mit dieser
Frage zu tun gehabt, so daß die Herrschaften in
reßen und ganzen schon über die Sache unterrichtet sind.
In der letzten Sitzung wurde mitgeteilt, daß ein
Schreiben des Ministers Könneburg eingegangen sei,
in dem die Stadt ersucht wurde, die Frage ernstlich
zu prüfen, ob es nicht ratsam sei, den Flugplatz für
seine ursprüngliche Zweckbestimmung im Interesse der
Zukunft der Stadt Braunschweig zu erhalten. Wir
haben uns in Rechtsausschuß noch einmal eingehend mit
dieser Frage beschäftigt und sind dabei zu der Über-
zeugung gekommen, daß wir einen anderen Standpunkt,
als der ist, über den ich schon in der vorigen Sitzung
berichtet habe, nicht einzunehmen vermöchten, nämlich
daß wir unter gewissen Kautelen für eine landwirt-
schaftliche Nutzung des Flugplatzes sind. Wir hatten
empfohlen

empfohlen, das Gelände unter der Voraussetzung zu
verpachten, daß keine Hochbauten und auch keine
kleineren Bauten dort vorgenommen werden, daß Hoch-
stämme und Sträucher dort nicht angepflanzt werden
und dass letzten Endes - und das war mit der das
Wichtigste - derjenige Teil des Geländes, der durch
Boockasche für den Flugverkehr befestigt worden ist,
in seiner jetzigen Gestalt bestehen bleiben sollte,
also nicht für den Gartenbaubetrieb benutzt werden
sollte, sondern freigegeben werden sollte für sport-
liche Veranstaltungen. Wir sind der Meinung, daß,
wenn alle diese Bedingungen an die Verpachtung ge-
knüpft werden, dann Gelegenheit gegeben ist, das
Gelände, wenn es nötig wird, sofort wieder in Benut-
zung durch den Flugverkehr zu nehmen. Wir haben nur
geglaubt, noch hinzufügen zu sollen, daß, wenn wir
uns einmal für die Verpachtung an Liebhaber von
Schrebergärten aussprechen sollten, wir ihnen minde-
stens zugestehen müssen, daß sie mindestens bis zum
15. Oktober in Besitze ihrer Pachtfläche bleiben, damit
nicht

nicht plötzlich die ganze Ernte in Frage gestellt wird. Mit unserer Meinung wollen wir durchaus nicht den Flugverkehr in Wege stehen, aber eine gewisse Stetigkeit auch unter den genannten Kautelen müssen wir den Pächtern zugestehen und deshalb wollen wir sagen, daß bis zum 15. Oktober als Schlußtermin die Pacht aufrecht erhalten bleibt. Sollte vielleicht schon im Frühjahr die Frage an uns herantreten, daß wir das ganze Flugfeld wieder freizugehen müssen, dann ist der Rat der Stadt ja in der Lage, die Bestellung noch zu verhindern, aber während der Nutzungszeit muß man den Pächtern doch ein gewisses Recht darauf einräumen, daß sie die Früchte ihrer Arbeit genießen können. Der Rechtsausschuß empfiehlt also, unter gewissen Bedingungen das Gelände, das sich für Schrebergärten eignet, zu verpachten und den übrigen Teil für Sportzwecke freizugeben.

Stadtv. R a s c h e : Der Herr Vorredner hat mit Recht gesagt, daß wir davon absehen müssen, die ganze Fläche zur landwirtschaftlichen Nutzung zu verpachten, aber auch gegen die Verpachtung des zu Schrebergärten geeigneten Teils dieses Geländes habe ich Bedenken. Es ist der Platz unter diesen Umständen, wenn er zu Ackerland umgearbeitet worden ist, nicht sofort wieder als Flugplatz zu gebrauchen, und dann ist Gefahr vorhanden, daß die Flieger in anderen Städten landen und der Stadt Braunschweig diese neue Verkehrsmöglichkeit genommen wird. Es ist sehr wichtig für alle Kreise der Bevölkerung unserer Stadt, daß wir für diesen Fall fortwährend bereit ^{sind} ~~seien~~, und das wäre am besten zu ermöglichen, wenn auf diesem Gelände eine Flugzeugfabrik aufgebaut würde, und es werden sich dazu Leute bereit finden, wenn wir sagen: Wir wollen den Flugplatz als solchen behalten, so daß jederzeit Landungen vorgenommen werden können. Die Errichtung einer ~~solchen Fabrik~~ ^{Flugzeugfabrik} würde für die Einwohner der Stadt mehr Nutzen schaffen als die ganzen Schrebergärten, die hier entstehen könnten.

V o r s i t z e n d e r : Ihr Antrag geht dahin,
die Verhandlung über diese Sache zu vertagen. (Zustim-
mung des Herrn Stadtverordneten Rasche)

Für den Antrag auf Vertagung melden sich 13
Stadtverordnete, gegen den Antrag 11. Die Vertagung
ist demnach angenommen.

2. Antrag Buradorff auf Anbringung eines Briefkastens an dem eisernen Tore des Rathauses.

Stadtv. F r a u t m a n n: Meine Damen und Herren !
Es betrifft dieser Punkt der Tagesordnung den Antrag
des Herrn Burgdorff, welcher besagt: „Die Stadtver-
ordneten wollen beschließen, daß an dem eisernen Tore
des Rathauses (Eingang Bankwardstraße) ein Briefkasten
angebracht wird zur Benutzung nach Schließung des
Rathauses.“ Der Bauausschuß hat sich mit der Beratung
dieses Antrages beschäftigt und schlägt der Stadtver-
ordnetenversammlung vor, zu beschließen, an beiden
Eingängen zum Rathause einen Briefkasten anzubringen
und es dem Rat der Stadt zu überlassen, zu bestimmen,
welche Stelle an den Toren am besten dafür geeignet
ist. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß ein
Briefkasten an dem eisernen Tore auf der Bankwardstra-
ße wegen der eisernen Schiebetüren nicht angebracht
werden kann. Der Bauausschuß bittet Sie durch mich,
diesen Antrage zuzustimmen und zu beschließen, daß so
verfahren wird, wie der Bauausschuß vorgeschlagen hat.

Stadtv. B u r g d o r f f : Ich bin mit den Vorschlä-
ge des Bauausschusses einverstanden. In meinem Antrage
hatte ich gesagt: „An dem eisernen Tore“ möchte der
Briefkasten angebracht werden, weil mir zunächst ein
anderer Platz nicht als geeignet erschien, aber ich
bin damit zufrieden, daß der Rat den Platz auswählt,
nur möchte ich zur Bedingung machen, daß der Brief-
kasten von außen zu erreichen ist. Ich glaube, es
wird den Wünsche einer ganzen Zahl unserer Einwohner
Rechnung getragen werden, wenn über meinen Antrag
hinausgehend zwei Briefkasten an den Toren des
Rathauses angebracht werden.

Der Antrag des Bauausschusses wird angenommen.

(Punkt 2)

3. Antrag Burgdorff, betreffend Beleuchtung der
Eingänge zur Markthalle und
Sicherung der Eingangstür vom Hagenmarkte aus.

Stadtver. G a r t u n g : Meine verehrten Damen
und Herren ! Der Antrag des Herrn Burgdorff:
„1/ Die Eingänge zur Markthalle mit elektrischer
Beleuchtung zu versehen, welche nötigenfalls sofort
in Betrieb gesetzt werden kann, und 2/ die nach dem
Hagenmarkte zu gelegene Eingangstür der Markthalle so
zu sichern, daß gewaltsames Eindringen in die Markthalle
verhindert und Diebstahl verhütet wird“, ist
in Bauausschuß eingehend beraten worden. Man ist
dabei einstimmig zu der Überzeugung gekommen, daß
durch Anlage einer elektrischen Beleuchtung der Ein-
gänge und einer Sicherung der Eingangstür vom Hagen-
markte nach der Markthalle eine Garantie zur Verhütung
von Gewalttätigkeiten und Diebstahl in der Markthalle
~~auch~~ dann noch nicht gegeben ist, ganz abgesehen von
den hohen Kosten, welche solche Anlage verursachen
würde. Es wird aber den geehrten Herrschaften von

Bau-

Bauausschuß empfohlen, den Rat zu ersuchen, die jetzt bestehende Beleuchtung mit Preßgas durch Anbringung von Fernzündern zu verbessern und den Eingang am Markennarkte die ganze Nacht hindurch zu erleuchten. In Namen des Bauausschusses möchte ich die Herrschaften bitten, sich diesen Beschluß anzuschließen.

Th. Gortz.

Die Versammlung nimmt den Antrag des Bauausschusses
an.

Prunkt 3

4. Bewilligung von Mitteln für die Kleinrentnerhilfe.

Stadt v. Frau G ö t z e : Der Rat der Stadt hat uns mitgeteilt, daß ihm vom Staatsministerium für Zwecke der Rentnerhilfe weitere Mittel überwiesen worden sind. Von den durch den Staat zur Verfügung gestellten Mitteln entfällt auf die Stadt der Betrag von 500 000 M. Die Regierung ist bereit, diesen Betrag der Stadt sofort überweisen zu lassen unter der Bedingung, daß sich der Rat der Stadt verpflichtet, aus städtischen Mitteln mindestens den gleichen Betrag für die Kleinrentnerfürsorge aufzubringen und nach den Bestimmungen für die Verwaltung der Rentnerhilfskasse zu verwenden. Der Rat der Stadt wendet sich deshalb an die Stadtverordneten mit der Bitte, zuzustimmen, daß auch stadtseitig fernere 500 000 M für die Kleinrentner-Nothilfe verausgabt werden. Mit diesen 500 000 M wird die Gesamtsumme, die für den genannten Zweck bereitgestellt ist, sich auf 7 120 000 M belaufen, wobei die Stadt mit 3 560 000 M beteiligt ist.

Es

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß wir uns dem Antrage des Rats anschließen müssen, wenn ich persönlich auch das Bedauern dabei nicht unterdrücken kann, daß die Regierung jedesmal an eine solche Bewilligung, die zumteil aus Reichsmitteln kommt, die Bedingung knüpft, daß die Stadt trotz ihrer schlechten Finanzlage immer den gleichen Betrag aufbringen muß. Nichtsdestoweniger bitte ich, zuzustimmen, daß der genannte Betrag für die neuerdings immer größer werdende Notlage der Kleinrentner bewilligt wird.

Die 500 000 M werden von der Versammlung bewilligt.

Küntes 4

5. Verpachtung des Kellers im Altstadtrathause.

Vorsitzender: Dieser Punkt soll vertraulich behandelt werden.

Stadtv. R e g e n e r (zur Geschäftsordnung):
Meine Damen und Herren! Ich bitte, davon abzusehen,
diesen Punkt vertraulich zu behandeln. Nachdem, was
vorausgegangen ist, sind meine Freunde der Meinung,
daß hier ein öffentliches Interesse vorliegt. Ich
bitte Sie also, der Anordnung des Herrn Stadtverord-
netenvorsteher~~er~~ nicht stattzugeben, sondern diesen
Punkt öffentlich zu behandeln.

V o r s i t z e n d e r: Die vertrauliche Behandlung dieses Punktes ist nicht von mir angeordnet worden, sondern es ist vom Rat der Wunsch danach ausgesprochen worden. —Die Versammlung möge entscheiden, ob der Punkt vertraulich behandelt werden soll oder nicht.

Der Antrag Regener auf öffentliche Behandlung wird von der Mehrheit angenommen.

Stadtv. S a u e r b i e r: Der Rat der Stadt hat den Stadtverordneten eine Vorlage überreicht, aus der hervorgeht, daß es im Interesse der Stadt erwünscht sei, den seit der Auflösung der Firma Rittmeyer & Co. leerstehenden Keller des Altstadt-rathauses wieder zu vermieten. Unter dem 26. Oktober d. Js. ist eine Ausschreibung der Vermietung erfolgt und daraufhin haben sich 10 Bewerber um den Keller gemeldet, aber nach Bekanntgabe der vom Rat der Stadt gestellten Bedingungen hat nur Herr Kalms, der Direktor des Kaffee Lück, die Bewerbung auf-rechterhalten, indem er den Keller als Lagerraum für Wein benutzen möchte. Das von Herrn Kalms abge-gabene Preisangebot hat der Rat der Stadt für an-gemessen gehalten und es ist darauf mit dem Bewer-ber, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverord-neten ein Mietvertrag abgeschlossen worden, der in einzelnen bestimmt, in welcher Form und unter welcher Bedingungen die Verpachtung stattfinden soll. Sie ist gedacht auf die Zeit von 16 Jahren -- die Ein-

zelheiten

zelheiten mitzuteilen, ist wohl hier nicht von Bedeutung. Der Keller muß zum Gebrauch neu hergerichtet werden, und dafür ist eine ziemliche erhebliche Ausgabe nötig, nämlich 8 - 900 000 M., die zu übernehmen Herr Kalms bereit ist. Außerdem zahlt er eine jährliche Pacht von 37 400 M. Außerdem ist in dem ~~Kauf~~ Vertrage vorgesehen, daß entsprechend den Zuschlägen, die sonst im nächsten Jahre auf die Wohnungsmieten kommen, die Pachtsumme erhöht werden soll.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Angelegenheit sehr eingehend beschäftigt, und zwar besonders um deswillen, weil außer dieser Bewerbung des Herrn Kalms um den Keller noch der Wunsch der hiesigen Künstlerschaft an den Rat der Stadt und an die Stadtverordneten heranzutreten ist, ihr den Keller zu übergeben. Der Finanzausschuß ist bei seinen Beratungen zu der Überzeugung gekommen, daß diese Kellerräume sich wohl dazu eignen, um Wein zu lagern, aber niemals dazu, dort ein Künstlerheim herzurichten, also Räume, in denen die Künstler gesellig verweilen

und

und vielleicht ein Glas Wein oder Bier dabei trinken. Ebenso wenig schien es dem Finanzausschuß glaubhaft, daß die Künstlerschaft, die heutzutage sehr unter der Not der Zeit zu leiden hat, imstande ist, die Erneuerung des Kellers in dem Maße vorzunehmen, wie es Herrn Direktor Kalms zu tun in dem Vertrage sich bereit erklärt hat. Die Künstlerschaft hat außerdem noch den Wunsch geäußert, Räumlichkeiten des Altstadtrathauses und nebenliegende Räume zu bekommen, in der Hauptsache deshalb, um dort Ausstellungen für ihre künstlerischen Zwecke zu veranstalten und ferner Räume zu haben, in denen sie sich versammeln, ihre Bestrebungen pflegen und auch arbeiten zu können. Die Finanzkommission war -- ich kann wohl sagen: einstimmig -- der Ansicht, daß die Kellerräume sich für solche Zwecke absolut nicht eignen, und die andern gewünschten Räume nur für eine gewisse Gesellschaft von Künstlern freizugeben, kann man in Rücksicht auf die Allgemeinheit nicht zugestehen. Insbesondere hat der Altstadtrathausaal für die Bevölkerung

rung

nung im allgemeinen eine größere Bedeutung gewonnen, weil in der jetzigen Zeit die Säle knapp sind. Da kann man nicht erwarten, daß solche Räumlichkeiten nur für eine besondere Klasse zur Verfügung gestellt bleiben. Selbstverständlich ist es zu verstehen, daß die Not der Künstlerschaft, geeignete Räume für ihre Zwecke zu erhalten, größer ist, und darum muß man nach Möglichkeit bestrebt sein, dazu beizutragen, daß der Künstlerschaft hierin geholfen wird. Diese Hilfe steht in Aussicht und es wird damit vielleicht das Ziel, das sich die Künstlerschaft gesteckt hat, zur Hälfte erreicht, indem die nördliche Seite des Altstadtrathauses unter Umständen für die Künstlerschaft dienstbar gemacht werden kann. Der Grund, daß den Künstlern dieses Gebäude für ihre Zwecke ganz besonders geeignet erschienen, konnte für die Finanzkommission nicht stimmhaltig sein, sondern sie ist der Meinung, daß dieses Gebäude aus der Patriazierzeit Braunschweigs allen unsern Bewohnern zugänglich bleiben muß und daß es schon deshalb nicht

möglich

möglich ist, die gesamten Räume der Künstlervereinigung zu vermieten. Ich darf annehmen, daß eine ganze Anzahl der Herrschaften ebenfalls zu dieser Ansicht gekommen ist. Ich hielt es für meine Pflicht, alles dieses bei meinem Berichte mit zur Sprache zu bringen, obgleich es nicht direkt mit zur Verpachtung des Kellers gehört, denn es ist in der Aussprache der Finanzkommission zu langen und ausgiebigen Debatten darüber gekommen.

Ich habe Ihnen namens der Finanzkommission zu empfehlen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Altstadttrathauskeller an Herrn Direktor Kalms verpachtet wird unter den Bedingungen, wie ich sie zum Teil angeführt habe und wie sie weiter in den 12 Paragraphen hier festgelegt sind, die zu verlesen ich mir aber wohl ersparen kann.

V o r s i t z e n d e r: Der zu verhandelnde Punkt heißt: Verpachtung des Kellers im Altstadt-rathause, aber es ist wohl allgemein Interesse daran vorhanden, auch über die Eingabe der Künstler zu hören, in wie weit ihr stattgegeben werden kann. Aufklärung darüber zu geben, müssen wir dem Rat überlassen; fertige Pläne bestehen aber noch nicht.

Stadtv. R e g e n e r: Meine Damen und Herren!
Herr Sauerbier sagte, daß im Finanzausschuß nahezu einstimmig der Beschluß gefaßt wäre, der von Herrn Direktor Kalms vertretenen Firma die Kellerräume, die früher von der Firma Rittmeyer & Co. benutzt wurden, zu vermieten. Ich war verwundert darüber, daß ich diesen Punkt auf der öffentlichen Tagesordnung vorfand, und sagte mir: Nach alledem, was vorgekommen ist, hat vielleicht der Rat der Stadt ein Interesse daran, daß diese Sache nun einmal öffentlich geklärt wird. Wenn hier über diesen Punkt verhandelt wird, müssen wir selbstverständlich auch darüber reden, wer zu diesen Bewerbern gehört und wie es gekommen ist, daß in einer harmlosen Finanzausschußsitzung Herr Kalms diese Kellerräumlichkeiten zu einem Mietpreise von 37 000 M zugesprochen erhalten hat. Ich erkläre namens meiner Freunde, daß sie ^{ledig-} ^{lich} zu dieser Zustimmung zu dem Ratsantrage dadurch verleitet wurden, weil sie die in der Eingabe geäu-

Berten

Berten Wünsche der Künstlerschaft nicht in vollem Umfange kannten. Die Herrschaften werden sich vielleicht noch daran erinnern, daß der Herr Vorsitzende in der Sitzung vom 14. d. Mts. sagte: „Hier ist noch eine Eingabe von der Künstlerschaft, die betrifft das Altstadtrathaus. Die Geschichte ist aber recht lang. Ich lege das Schriftstück hier zur Einsicht auf den Tisch des Hauses nieder.“ Es befindet sich der Aktenvermerk auf der Eingabe: „Nach Bekanntgabe in der heutigen Sitzung zu den Akten.“ Damit hatte die Eingabe eine natürliche Begräbnisstätte gefunden, und erst den Kommissionsmitgliedern war es möglich, einigermaßen etwas über sie zu erfahren. So ist es gekommen, daß meine Fraktion hinterher ihre Ansicht ^{revidiert} ~~evident~~ hat, weil ein Teil der hiesigen Künstlerschaft oder der wirtschaftlichen Organisation der Künstler an einen Teil meiner Freunde mit der Bitte herangetreten ist, dafür einzutreten, daß dieses monumentalste Bauwerk Braunschweigs oder vielleicht ganz Norddeutschlands

der

der hiesigen Künstlerschaft zur Benutzung überlassen würde. Meine Herrschaften, Sie wissen, daß seit geraumer ⁱⁿ Zeit die Künstlerschaft in bitterer Not sich befindet, nicht nur die Künstlerschaft, sondern auch die gesagte Kunst. Unsere schnelllebige, materialistische Zeit hat die Kunst und auch die Künstlerschaft zum großen Teil unter ihren Platzzfüßen erdrückt, und es ist nur zu verständlich, daß jetzt die Organisation der hiesigen Künstlerschaft sich vor dem völlig ^{mehr} Versinken ~~Wort~~, daß sie eine Verpflichtung des Staats und der Kommunen herleitet aus der Reichsverfassung und aus alle den ~~Verhältnissen~~ /// vielsagenden Versprechungen, die die Stadt Braunschweig und der Staat gegeben haben, der Künstlerschaft zu helfen. Nun kann man der Künstlerschaft nicht allein dadurch helfen, daß man einem verhungerten Künstler ein Pfund Graupen, Magnum bonum oder einen Kopf weißen Kohl in die Hand drückt, sondern dadurch, daß man dafür sorgt, daß die Künstlerschaft

schaft

schaft entsprechend ihrer Notdurft untergebracht werden, sodaß sie sich auch in unserer Stadt ~~Braunschweig~~ ~~Kultur~~ zu dem auswirken kann, was sie eigentlich sein soll. Es wird von der Künstlerschaft geplant, das Altstadtrathaus zu einer ^{geistigen} ~~hiesigen~~ Zentrale des hiesigen Kunstlebens zu machen, zugleich soll es auch einen wirtschaftlichen Stützpunkt der hiesigen Künstlerschaft darstellen. Die Herrschaften denken sich das so, daß sie das Altstadtrathaus nur zum Teil in Besitz bekommen, und zwar die unteren Kellerräume als Packräume, zur Unterbringung von Utensilien und als einen mit einer ~~Rest~~ ^{Re}staur^{ation} verbundenen Unterkunftsraum, der der Künstlerschaft und dem Publikum zugänglich ist. Der alte große Saal, der sich ^{nach} ~~auch~~ allseitig übereinstimmender Ansicht zu Ausstellungen nicht eignet, da er zu wenig Tageslicht hat, wird von der Künstlerschaft gar nicht reklamiert, sondern die Meinung der Künstlerschaft geht dahin, daß er in seiner Altertümlichkeit und seiner Zweckbestimmung erhalten bleiben soll. Sie denken gar nicht

nicht daran, der Bevölkerung diesen Raum, der sich zu Versammlungen ohne Trinkzwang wohl eignet, zu entziehen, aber in dem Nebenraum, der Oberlicht besitzt, will die Künstlerschaft ~~Tagtäglich~~ tagtäglich Gelegenheit haben, ihre Produkte auszustellen, um in Konnex_n mit dem kunstsinnigen Publikum zu bleiben und gleichzeitig der Künstlerschaft damit eine wirtschaftliche Hilfe zu bringen. Sie wollen also eine Stelle schaffen, von der der Kunstfreund oder der ~~Geldmann~~ weiß: Hier ist in Braunschweig Gelegenheit gegeben, Kunstgegenstände zu sehen und zu kaufen. So haben sich die Künstler diese Sache gedacht, und ich kann mir nicht vorstellen, daß dem Räte es gleichgültig sein kann, ob in den Kellerräumen des Altstadtrathauses Salzheringe oder Schmierseife verkauft wird, oder ob in dem monumentalen Bau die Künstlerschaft ein Heim bezieht, das in alle den angeführten Richtungen ihre_n Ansprüche_n entspricht.

Joh

Ich will Sie heute mit einer größeren Aufmachung nicht langweilen, betone aber nochmals, daß meine Parteifreunde auf dem Standpunkt stehen, diesen Antrag des Finanzausschusses ablehnen zu müssen. Wir ersuchen alle diejenigen Herrschaften, denen die Künstlerhilfe und die Hilfe für die Kunst nicht nur eine ~~Pr~~Frage ist, dem zuzustimmen, daß erst einmal der Antrag des Finanzausschusses abgelehnt wird, und zweitens die ganze Sache an den Finanzausschuß zurückverwiesen und der rat veranlaßt wird, mit der Künstlerschaft Fühlung zu nehmen, um rechtliche Festlegungen für die Benutzung der in Frage kommenden Räume von ihr zu erwirken.

V o r s i t z e n d e r: Nach den ersten Worten des Herrn Regener konnte es scheinen, als ob ich ein „Begräbnis“ dieser Eingabe der Künstler gewünscht oder veranlaßt hätte. Herr Regener hätte sagen müssen, daß die umfangreiche Eingabe hier erwähnt ist, daß gefragt worden ist, ob der Rat auch eine solche Eingabe erhalten hat, und als der Rat geantwortet hat, daß er eine gleichlautende Eingabe bekommen hat, ist nach dem bisherigen Brauch mit der Eingabe verfahren. Sie ^{war nicht möglich!} vorzulesen, da sie sehr umfangreich ist. Ich erkläre ausdrücklich gegen ^{=über} dieser mir vielleicht unbewußt untergelegten Absicht, daß ich wünsche, daß der Künstlerschaft, soweit es möglich ist, das Recht eingeräumt ~~wird~~, teilzunehmen an der Nutzung dieses schönen Bauwerks.

Bürgermeister M e y e r: Die Vorlage über die Verpachtung des Kellers des Altstadtrathauses ist den Stadtverordneten schon vor der letzten Sitzung zugegangen, sie ist derzeit schon im Finanzausschuß beraten, und zwar — soweit ich mich erinnern ~~vere~~ ziemlich eingehend. Es ist mir nicht bekannt, daß damals Einsprache gegen diese Ratsvorlage erhoben worden ist, auch nicht von den Freunden des Herrn Regener. Nachher ist ^{mir} ~~aber~~ in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten ^{die Ratsschrift zugegangen,} ~~gewünscht,~~ ^{beabsichtigt man es nicht,} ~~daß die Sache noch zur Beratung käme, sie möchte~~ ^{nicht} ~~noch einmal an die Kommission zurückverwiesen.~~ ⁱⁿ ~~werden.~~ Ein offizieller Beschluß ist darüber ^{indiffer} ~~nicht~~ gefaßt worden; die Tagesordnung für diese Sitzung war sehr

^{war} sehr umfangreich und soviel dieser Punkt, der nicht mit auf der Tagesordnung verzeichnet stand, an dem Tage unter den Tisch, obwohl er vorher beraten war. Dadurch, daß es zur Verhandlung über die Verpachtung des Ratskellers in der vorigen Sitzung nicht kam, ist der Wunsch, die Sache ^{noch einmal in der} ~~an die~~ Kommission ^{brachten} ~~zurückzuverweisen~~, von selbst erfüllt, ~~und so~~ ist tatsächlich über diese Sache in der Kommission zum zweitenmal verhandelt worden. Da schon in der ersten Sitzung die Eingabe der Künstler¹vorlage, ~~und selbstverständlich auch dann, als sie zum~~ ~~zweitenmal beraten wurde~~, so wäre für die Herrschaften, die sich dafür interessieren¹, ausreichende Zeit und Gelegenheit gewesen, ihre Meinung darüber in

in der Sitzung des Finanzausschusses zum Ausdruck zu bringen. Das ist aber nicht geschehen, im Gegenteil, ^{alle hinst auf} waren die Herren von der linken Seite der Ansicht, daß die Vorlage des Rats zu unterstützen sei, da sie eine durchaus solide wirtschaftliche Unterlage habe.

^{mu} Ich möchte zunächst noch kurz auf den Verdegang der Vorlage ~~noch etwas~~ eingehen. Vor einer längeren Reihe von Wochen meinte der Rat der Stadt, es wäre an der Zeit, daß die Kellerräume des Altstadtrathauses wieder wirtschaftlich ausgenutzt würden. Dieser Keller ist früher immer an Private verpachtet gewesen und so wurde er auch

auch jetzt wieder durch Bekanntmachung zur privaten Benutzung ^{öffentliche} zur Verfügung gestellt.

~~Damals haben sich keine Künstler um ihn beworben,~~

^{dagegen} ~~dagegen~~ ^{aber} 10 Personen ^{oder} Firmen aus der

^{hiesigen Stadt} ~~hiesigen Stadt~~, ^{Nachdem mit diesen über die Be-} ~~Nachdem mit diesen über die Be-~~

dingungen der Vermietung ^{gesprochen} ~~gesprochen~~ waren, ^{ist} ~~ist~~ ^{festgelegt} ~~festgelegt~~

^{festgelegt} ~~festgelegt~~ worden, ~~unter welchen Bedingungen~~

~~die Vermietung versiegehen sollte~~, ~~Es hat darauf~~

~~Von den 10 Personen~~ ^{hat dann} ~~nur noch einer an seiner~~

Bewerbung festgehalten, und ~~das ist~~ ^{zwar} der Direk-

tor Kalms, mit dem ~~nun nach Ansicht des Rats~~ ^{unter} ~~unter~~

den Vertrag ^{abgeschlossen} ~~abgeschlossen~~ ^{wenden soll} ~~wenden soll~~. Zwischen-

durch hatten sich die Künstler an den Rat gewandt,

infolge der Überlassung des öffentlichen Platzes

und

und ich erinnere mich an ^{sehr wohl} die ^{erste} ~~dieser~~ Verhandlungen ^{mit} die ⁱⁿ in meinem Zimmer ~~stattfinden~~,
wobei ^{ich} ~~sie~~ ^{war} (darauf aufmerksam machte, daß schon
Verhandlungen wegen Vermietung des Kellers im
~~Gange seien und daß eine öffentliche Aufforderung~~
~~deswegen schon in den Zeitungen ergangen sei~~.
^{nach Kaufanträgen darüber beschlagesetzt werden.}
Dahals war offenbar den Herren (von dem Keller
^{näher} nichts bekannt, wenigstens hatte ich den Eindruck,
als ob die Herren auf die ^{Vermietung} ~~Besetzung~~ des Kellers ~~keinen~~
^{keinen Wert legten, sondern nur wünschten, andere}
^{mit der Idee der Selbstverwaltung eines Hauses dieses}
^{zu befähigten Bauherren zu haben einzufragen.}
~~Räume des Altstadtrathhauses zu bekommen.~~ Ich
nehme heute noch an, daß es den Künstlern weniger
um den Keller als um das Erdgeschöß und das erste
Ober-

Obergeschoß des Altstadtrathauses zu tun ist.

Wenn die verehrten Herrschaften den Keller gesehen haben, dann werden Sie ~~mir ohne weiteres~~ recht geben, daß er für irgend eine Benutzung durch die Künstler sehr wenig geeignet ist, vor allen Dingen in seinem jetzigen Zustande, der ^{in seiner Unreinheit und Verfallendheit} haarsträubend ist, ~~so daß unter den heutigen Verhältnissen~~ wahrscheinlich die Aufwendung von einer Million Mark notwendig ist, ~~um den Keller zu reinigen, zu wünchen und soweit auszuschnücken, daß er einen ordnungsmäßigen Eindruck macht. Jedenfalls~~ ^{Man} hat mir keiner der Künstler gesagt, daß sie bereit wären,

wären, die Kosten der Reinigung und Instand-
setzung des Kellers zu tragen. *Ich habe mir*

hier Raffen zu übernehmen bereit sein lassen. Ob das getroffen
~~sagen lassen, daß die Künstler der Meinung~~

~~sind, daß die Stadt, wenn die den Künstlern~~

~~Räume des Altstadtrathauses überweisen würden,~~

das ab für *sagen haben*
~~auch die Mittel zuschießen würden, um die In-~~

~~standsetzung, soweit sie notwendig ist, aus-~~

~~zuführen. Ich weiß nicht, ob diese Meinung~~ *ist* *Muß aber muß ich, daß*

~~zutrifft und ob sie in Erfüllung gehen könnte.~~

in Herrn Kelm
~~Jetzt haben wir~~ *in Herrn Kelm* ~~einen zahlungsfähigen Mann gefunden,~~

bestimmen
~~der bereit ist, ohne Anrechnung der Instand-~~

~~setzungskosten auf den Mietpreis die verhält-~~

nismäßig

~~nicht~~ ^{übernehmen} sehr hohe Ausgabe für Instandsetzung
des Kellers zu leisten und als Gegenwert ~~er~~ ^{nicht}
~~kein~~ ^{aufbringen} verlangt, ~~daß~~ der Mietvertrag auf eine längeren
Reihe von Jahren ^{erhöhen willkürlich} abgeschlossen wird. Der Miet-
preis ist nach unserem Dafürhalten so hoch,
daß er kaum von jemand anders überboten werden
wird, ^M und ~~kann~~ von der Stadt bei ihrer wirt-
schaftlichen Notlage ^{jetzt} ~~nicht~~ gut entbeht werden. ~~+~~
~~nicht, daß~~ ^Q das Wohl und Wehe der Stadt jetzt
gänzlich ^{nicht} von den 37 000 M ^{ist} ~~abhängt~~, aber wir ~~müssen~~ doch ^{nicht}
^{in Anbetracht, daß das} ~~sagen~~, daß wir, ~~wenn wir einen~~ jährlichen Miet-
preis ^{zusätzlich} von 37 000 M festsetzen und ~~weiter in~~
den

~~den Mietvertrag~~ ^{der} die Bedingung ~~aufgenommen~~ ^{allgemein} ~~ist,~~ ^{Das Grundstück} daß bei einer Erhöhung der Zu-
^{im allgemeinen} schläge ~~sich auch~~ ^{für die Kellerräume} der Mietpreis ~~entsprechend~~ ^{erhöht,}
~~einen besseren Vertrag überhaupt nicht~~
~~bekommen können,~~ ^{für die Stadt äußerst günstig ist.}

Nun ist das ja sehr schön, was Herr
Regener sagt, ~~es ist bekannt~~ ^{aber} auf einem
ähnlichen Standpunkte steht der Rat ja auch.
Ich frage ^{aber}: Kann man den Künstlern dadurch
helfen, daß ^{man} ihnen diesen, auch nach Meinung
des Hochbauamts für ihre Zwecke ^{völlig} ~~unbrauchbaren~~
Keller überweist? Können Sie sich, wenn Sie ~~sie~~ ^{ihnen}

nun

~~man gerade~~ ^{loster} am Altstadtrathaus ^{hängen} ~~hängen~~, nicht

begnügen mit dem Erd- und Obergeschoß des ~~selben~~ ^{gebäude}?

~~Altstadtrathaus~~ Warum nun ^{müssen wir auf} gerade ~~den Keller~~ ^{gehen}

^{in der Vergangenheit} der niemals als Kneipe benutzt worden ist, denn

~~diese haben~~ - ich bin allerdings niemals

~~darin gewesen~~ ^{Erd-} ~~in anderen Geschos~~ gelegen.

Der Rat hat ~~die ganzen in Frage kommenden Räume~~

~~beabsichtigt~~, den Keller ^{befähigt und fällt in} ~~ist~~ (wegen seiner tiefen

^{und äußeren baulichen} Lage ~~wenig geeignet~~ ^{und bauliche} für eine Umwandlung ~~in dem~~

^{im Hinblick} Sinne zu ~~erfahren~~, daß er als Mittelpunkt

~~der Gesellschaft dienen könnte. Wenn man das~~

~~beabsichtigte, so müßte man neben der ersten~~

Million

~~Million, um den Keller zu säubern und zu tün-~~
chen, noch eine zweite Million aufwenden, um
die Räume wohnlich zu machen. Die Sache wäre
also mit so hohen Ausgaben verknüpft, daß,
wenn nicht sehr kräftige Finanzleute hinter
den Künstlern ständen, nichts aus ihr werden
könnte. Der Keller ist etwas, auf das nach
meiner Meinung die Künstler ohne weiteres
verzichten könnten, denn es hat praktisch für
~~die so gut wie keine Bedeutung.~~ Ich muß dabei
bleiben, daß es für die Stadt das Geratenste
ist, die Vermietung so vorzunehmen, wie es

in

in der Vorlage angegeben ist. Damit ist nicht *gefragt*,
~~ein Biegel vorgeschoben~~ *den Künstlern sonst nicht*
gepflogen werden sollte.
~~zu helfen.~~ Auch der Rat ist grundsätzlich
geneigt, die an sich berechtigt erscheinenden
Wünsche der Künstler zu unterstützen; und selbst
wenn es nicht das Altstadtrathaus sein würde *dann*
das ihnen überwiesen ^{*würde*}, so würden ^{*finden*} sich viel-
leicht Räume in den benachbarten Grundstücke *herausfinden*
das der Stadt gehören ^{*herausfinden*} ~~schaffen lassen~~, ~~wo~~
~~durch sachlich in höherem Maße den Interessen~~
~~der Künstler Rechnung getragen wird als durch~~
~~Überweisung des Kellers.~~ Ich ersuche Sie also,
der

der von Rate der Stadt vorgeschlagenen Vermietung des Kellers zuzustimmen.

Stadtverordneter Burgdorff: Bevor die Eingabe der Künstlerschaft erfolgt war, hatte ich von den Plänen gehört, wonach die Künstler Anspruch auf die Benutzung des Altstadtrathauses machen. Ich war sofort Feuer und Flamme dafür und wünschte, daß den Bestrebungen der Künstler, ein Heim zur Pflege der Kunst zu schaffen, Rechnung getragen würde. Bei der Beratung im Finanzausschuß ~~wurden~~ sind nun aber manche Für und Wider vorgetragen und erwogen worden und ich mußte mich überzeugen lassen, daß der Keller des Altstadtrathauses für die Künstler nicht unbedingt erforderlich sein würde. Es kommt bei der heutigen Beratung in erster Linie darauf an, wie wir der Stadt aus ihrer finanziellen Schwierigkeit heraushelfen, und in der Beziehung möchte ich allerdings ganz den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Meyer beipflichten. Wenn wir diesen Kellerraum in dermaßen günstiger Weise verpachten können, wie es in dem Vertrage vorgesehen ist, dann sollten wir nicht zögern,

gern,

gern, darauf einzugehen. Ich hätte mich wohl wegen Weggabe dieses Kellers noch besonnen, wenn nicht bei den Beratungen im Finanzausschuß darauf hingewiesen worden wäre, daß das Kurhaus Richmond seitens der Stadt erworben worden ist. Wie mir bekannt geworden ist, soll der dort angebaute Saal verwendet werden auf dem städtischen Grundstück Breitestraße 1. Dann würden allerdings Räume geschaffen werden können, die für die Künstler zweckmäßiger verwendet werden können als das Altstadtrathaus selbst. Es kommt in dieser Sache besonders die große Saalnot, die uns hier schon mehrfach beschäftigt hat, in Frage. Wir haben nicht viele große Säle in Braunschweig zur Verfügung, und werden Saal des Altstadtrathauses kennt, der wird sagen müssen, der er für Kunstausstellungen ganz und garnicht geeignet ist; er muß für Versammlungen offen gehalten werden. So muß man dazu kommen, zu sagen: Der Keller des Altstadtrathauses könnte sehr gut verpachtet werden. Ich glaube, daß der Rat Mittel und Wege finden wird, um den berechtigten Wünschen der Künstler Rechnung zu tragen und dadurch in gewisser Beziehung

Beziehung auch dem Gemeinwohl der städtischen Bevölkerung zu dienen. Ich möchte empfehlen, der Verpachtung des Kellers zuzustimmen, wie sie vom Rat der Stadt vorgeschlagen wird.

Stadtverordneter S t e i n e r t : Wenn meine Freunde sich im Finanzausschuß mit der Vorlage einverstanden erklärt und ihr zugestimmt haben, so lag dafür folgender Sachverhalt zugrunde: Es ist in der Aussprache verschiedentlich hervorgehoben worden, daß die Renovierungskosten des Altstadtrathauskellers eine ganz erhebliche Summe Geld verschlingen werden. Zum anderen ist über die Eingabe der Künstler gesagt worden, daß sie den Altstadtrathausaal und auch die Nebenräume beanspruchten. Es ist auch gesagt worden, daß sie in keiner Weise eine Andeutung darüber gemacht haben, wie sie sich evtl. die Bezahlung der Miete usw. dächten. Meine Freunde und auch ich, wir haben uns selbstverständlich von dem Standpunkt leiten lassen, daß für die Stadt die finanzielle Frage ausschlaggebend sein muß, und aus diesem Grunde haben wir der Ratsvorlage zugestimmt. Nun aber hat die Sache ein ganz anderes Aussehen bekommen, indem sich die Künstler bereit erklären, den Keller zu renovieren und auf den Saal zu verzichten, der nach unserer Meinung selbstverständlich nur für die Öffentlichkeit bestimmt bleiben kann, da wir in Braunschweig gerade

an einer Saalknappheit für Versammlungen leiden und wir die Hand nicht dazu bieten dürfen, daß der Saal des Altstadtrathauses nur einer Gruppe zur Verfügung gestellt wird. Als Drittes kommt hinzu, daß die Künstler auch Miete zahlen müssen. Nachdem wir das alles gehört haben, haben wir erklärt, daß wir unter solchen Bedingungen bereit sind, den Altstadtrathauskeller den Künstlern zur Verfügung zu stellen, viel lieber diesen als Herrn Kalms, weil wir wissen, dass wir eine solche durch Überlassung des Kellers und der anderen Räume, die die Künstler brauchen können, mit dazu beitragen könnten, die Kunst in Braunschweig zu fördern. Das sind die Gesichtspunkte gewesen, von denen wir uns haben leiten lassen und den Antrag zu stellen, die Sache nochmals zur Vorberatung an den Finanzausschuß zurück zu verweisen, denn es handelt sich um neue Momente, die in der Behandlung der Sache zu berücksichtigen sind. Wir konnten die Sache nicht im Hand-

um-

umdrehen erledigen, weil wir in der letzten Finanz-
ausschßsitzung von diesen neuen Gesichtspunkten
noch nichts wußten und uns gesagt worden war; Die
Künstler sind unter den heutigen Wirtschaftsverhält-
nissen in einer derartigen Notlage, daß sie nicht
imstande sind, die nötigen Summen aufzubringen.
Nachdem nun die Sache anders liegt, und nach den
Feststellungen, die die Künstler selbst gemacht ha-
ben, geben wir den Keller des Altstadtrathauses lie-
ber den Künstlern als Herrn Kalms.

Stadtverordneter Dr. Schultze: Ich glaube es ist keiner im Saale, der nicht der Künstlerschaft mit Wohlwollen gegenübersteht. Alle diejenigen, die die Eingabe der Künstlerschaft gelesen haben, waren anfangs von diesem Plan begeistert. Niemand ist unter uns, der dem Plane eines Künstlerkellers nicht zugestimmt hätte. Daß jetzt die Ansichten so auseinander-gehen, liegt nicht daran, daß der eine ~~und-der-andere-für~~^{mehr} die Anlage eines Weinkellers und der andere für die Pläne der Künstlerschaft schwärmt, sondern daran, daß der Plan der Künstlerschaft uns bisher nicht richtig dargestellt ist. Ich habe in der Eingabe der Künstler vermißt, daß irgendwie festgelegt ist, wie die Sache finanziert und durchgeführt werden soll, und diese Angaben sind notwendig, wenn man zu einem solchen Plan Stellung nehmen soll. Zu einem Luftgebilde kann man nicht endgültig Stellung nehmen. Zweitens scheint das Auseinandergehen der Meinungen daran zu liegen, daß viele von uns die Räume nicht kennen, und mir scheint es so, daß auch die Künstler die Räume nicht kennen.

Ich selbst kenne die Räume zum großen Teil, ~~ich~~ bin früher, als die Firma Rittmeyer die Keller im Besitz/
~~geh~~abt hat, wohl darin gewesen, aber ich habe sie mir nicht daraufhin angesehen, ob sie sich zu einem Künstlerkeller eignen, möchte also ohne weiteres kein entscheidendes Urteil fällen. Deshalb wäre ich auch an und für sich nicht dagegen, daß die Sache vertagt würde, aber dann wäre ich dafür, daß wir alle uns die Räume einmal ansehen. Ich halte es also für richtig, daß ein Lokaltermin angesetzt wird, ~~wo~~ wir mit den Künstlern zusammen wären und sie uns ihre Pläne darlegten. Dann würden wir klarer sehen als jetzt, wo wir über eine Sache verhandeln, die wir nicht genau kennen. Ich weiß nicht einmal, ob Herr Regener sich die Räume angesehen hat. Mit allgemeinen Phrasen und mit Behandlung der Sache vom grünen Tisch aus, kommen wir nicht darüber hinweg.

Ich

Ich stelle also den Antrag, die weitere Behandlung der Sache zu vertagen und erst nach einer Lokalbesichtigung sie zu entscheiden.

Bürgermeister M e y e r : Daß die Herrschaften
die Räume gern sehen möchten, finde ich begreiflich,
nur ^{ist} ~~ist~~ es mir leid, daß die Anregung dazu erst
jetzt gegeben wird ~~und nicht vielleicht vor vier~~
~~zehn Tagen oder aus dem Schoße der Finanzkommission.~~
Die durch die Besichtigung hervorgerufene weitere
Verzögerung der Erledigung dieser Angelegenheit
hat unzweifelhaft den Nachteil, daß die Kosten der
Instandsetzung ~~dadurch~~ größer werden. Sie sind
schon innerhalb der letzten vier Wochen bedeutend
gewachsen, und es ist zu befürchten, daß sie inner-
halb der nächsten vier Wochen noch weiter wachsen
werden.

werden. (Zuruf: Ich denke, Herr Kalms ist zahlungs-
fähig!) Es ist richtig, daß der Herr zahlungsfähig
ist, ob er aber jede Summe zahlen wird, das weiß ich
nicht. Ich äußere ~~ke~~ meine Bedenken deshalb, weil mir
Herr Kalms gesagt hat, er wünsche, um eine weitere
Steigerung der Unkosten zu verhüten, daß die Sache
bald zum Abschluß käme, und ^{falls} ~~wenn~~ eine Verzögerung ein-
tritt, so ist zu befürchten, daß das Interesse der
Stadt dadurch gefährdet wird, daß der Bewerber ab-
springt. Ich habe vorher schon gesagt, daß von den 10
Bewerbern nur noch einer vorhanden ist, ~~allerdings~~
~~ein sehr guter, der den Keller nötig hat.~~ Wenn aber
die Sache sich noch vier Wochen hinzögert, so hat er

am 2. März

~~viel~~

Einbedarf ausreicht gewählt.

~~vielleicht einen anderen Keller gefunden. Es ist~~
nicht gesagt, daß er gerade diesen Keller haben
muß. Die Stadt hat den Keller in öffentlicher Weise,
wie Sie alle wünschen, ausgebaut, es haben sich
10 Bewerber gefunden, aber von der Künstlerschaft
hat sich niemand um den Keller beworben, obgleich
~~sie ihre Bewerbung auch hätten einreichen können.~~

Ich muß hier betonen, daß der Antrag des Rates kei-
nesfalls zu Gunsten des Herrn Kalms eingebracht ist
- es schien mir so, als ob einige der Herrschaften
in dieser Hinsicht etwas gegen Herrn Kalms andeuten
wollten. Ich spreche nur zu Gunsten der Stadt.

Ob der Bewerber Herr Kalms ist oder ein anderer,

das

das ist mir gleichgültig. Wenn sich die Künstler-
schaft in gleicher Weise um den Keller beworben
hätte, würde ich auch für die Vergebung des Kel-
lers an sie eingetreten sein. Es liegt im Inter-
esse der Stadt, daß diese Hunderttausende ^{die nötig sind,} ausge-

~~geben werden, um den Keller in Ordnung zu brin-~~
~~gen. (Wer müßten denn sonst diese Kosten aufbrin-~~
nicht nur so leicht gelassen werden müssen.)

~~gen? Wenn Sie jetzt die Entscheidung verzögern,~~

dann kann mir das aus dem Grunde leid tun, weil

vielleicht die günstige Gelegenheit, den Keller

zu verpachten, hinfällig wird, da der Bewerber

~~nicht länger warten kann. Und daß in Zukunft ein~~

An-

Angebot kommt, daß ein annähernd günstiges Resultat für die Stadt bietet, das möchte ich bezweifeln.

Im übrigen möchte ich Herrn Steinert erwidern, daß es nicht richtig ist, wenn er sagt, es wären in der Sache neue Gesichtspunkte eingetreten. Daß der Saal von der Künstlerschaft während des größten Teiles des Jahres freigegeben werden soll, habe ich schon in der Sitzung der Finanzkommission gesagt. Die Künstler hatten ursprünglich den Wunsch, den Saal des Altstadtrathauses für ihre Zwecke zu bekommen, dem gegenüber habe ich darauf hingewiesen, daß der Saal als ~~Versammlungsraum~~ in den letzten

Jahren

Es ist mit der Befreiung von Hofkammer
~~Jahren immer~~ ^{be} freigegeben worden sei und ^{14/5} aus diesem
Art der Befreiung der Hofkammer
~~Grunde sei die alleinige Hergabe an die Künstler~~
wurde aufgegeben.
~~wohl nicht zu erreichen.~~ Es wurde mir erwidert:

„ Wir sind zufrieden, wenn der Saal seiner bisherigen Bestimmung überlassen bleibt, nur für einen Monat im Jahre möchten wir ihn zur speziellen Benutzung für Künstler haben.“ Das habe ich in der Sitzung des Finanzausschusses erwähnt. (Zuruf Steinert: Heute verzichten sie ganz auf den Saal.)
Das ist ^{manch mal} ~~an sich nichts Neues~~; die Künstler waren damals der Ansicht, den Saal ~~nur~~ für etwa 4 Wochen für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen, ^{2 1 sollen} für die übrige Zeit wollten sie es dabei lassen, wie es jetzt

jetzt ist.

Sodann sprach Herr Steinert davon, daß die Künstler den Keller renovieren wollten. Das ist mir neu; ^{- hat auf den anderen Ratmitglieder nicht bekannt sein,} ~~der Rat weiß bisher nichts davon, daß~~ tatsächlich bestimmte Mittel für die Renovation zur Verfügung gestellt werden, respektive, daß die Künstler dem Rat gegenüber sich zur Erneuerung ^{erboten hätten, abgesehen von der allgemeinen Begründung: Wenn das ganze Altstadtrathaus ihnen zur Verfügung gestellt würde, müßten sie natürlich dafür sorgen, daß es renoviert würde.}

~~Wenn die Beseitigung stattfinden soll, so~~

Da man nicht weiß, ob die Hofammlung möchte
bei bzm. nach der Befähigung befähigungsfähig ist, - (da aber schon
aufgeht, -

möchte ich bitten, sie morgen schon stattfinden zu lassen. Aber vielleicht würde dann die Versammlung nicht beschlußfähig und nicht mehr in der Lage sein, endgültig über die Vorlage zu befinden.

~~ich muß also~~ ^{unfähig} doch bitten, daß Sie heute schon endgültig Stellung nehmen.

V o r s i t z e n d e r : Wir könnten bei der weiteren Aussprache erwägen, ob wir nicht am nächsten Dienstag oder Mittwoch die Besichtigung vornehmen und dann gleich im Altstadtrathause unsere Versammlung abhalten, in der wir lediglich über diesen einen Punkt beschließen. Es steht uns zu, daß wir für dort eine Stadtverordnetensitzung ansetzen. Wir ^{hier} wissen bereits davon und so wären nur die heute Fehlenden noch zu benachrichtigen. Auf diese Weise würde keine Verzögerung um vierzehn Tage eintreten.

Bürgermeister M e y e r : Ich ~~wollte zur Anre-~~^{helfen vor falls aufpassen,}
~~gung bringen,~~ das gleich morgen zu machen, um die
Sache noch im alten Jahre zu Ende zu bringen.

Stadt v. R e g e n e r : Meine Herrschaften, lassen Sie sich nicht zu unüberlegten Beschlüssen hinreißen, ich möchte fast sagen: Nicht zu einer verdächtigen Eile. Auf alle Fälle müssen solche Dinge bedacht und in aller Ruhe beraten werden. Daß immer und immer wieder von den Stadtverordneten wie von dem Ratstische die Versicherung kommt, daß die Künstler irgend ^(wollen) etwas, wovon wir nichts wissen, kann ich nicht verstehen. Wenn ich mit meinem ~~un~~beschränkten Untertanverstande den Satz, den ich jetzt vorlesen will, richtig auffasse: „Die Kosten für die bauliche Erhaltung und erforderliche künstlerische Innenausgestaltung der Innenräume würde von dem Unterzeichneten Verbands übernommen und aufgebracht werden, sodaß die Stadt Braunschweig nur Nutzen und keine Kosten entstehen“, so ist das jedenfalls eine so klipp und klare Redewendung, daß es einem eingetragenen Verein gegenüber dem Rate sehr leicht hätte sein können, zu fragen: „Was habt ihr für Hintermänner? Bitte sehr, laßt sie herantreten und

wir

wir machen einen derartigen Vertrag! Wenn ihr aber den Beweis nicht beibringen könnt, ist das eine andere Sache." Wollen wir lieber 37 000 M Miete einziehen und dann vielleicht 500 000 an Armenunterstützung für ~~Arme~~ und verelendete Künstler ausgeben? Wir müssen nach wie vor auf dem Standpunkte verharren, daß ~~es~~ jedenfalls dieser ~~Probe~~ ^{Freige} der Nachprüfung bedarf. Ich habe nichts dagegen, daß wir uns am nächsten Dienstag oder Mittwoch zu einer Besichtigung zusammenfinden, um so ein klares Bild zu gewinnen und darnach Beschluß zu fassen, so daß die vom Rate befürchtete Verzögerung nicht allzulange dauert und Herr Kalms seine billigen Baumaterialien noch beschaffen kann.

V o r s i t z e n d e r : Es ist beantragt, die Weiterberatung für heute abzusetzen. Wir nehmen in Aussicht, am Dienstag, dem 2. Januar eine Besichtigung vorzunehmen und in der Saale dort Beschluß über diesen einen Punkt zu fassen.

Wer ist für die Absetzung? - Das ist allgemein genehmigt.

Dann wollen wir also den Dienstag für die Besichtigung festsetzen; es müßte dazu wohl noch hell sein, ich schlage 11 Uhr vor.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Wäre es nicht praktisch, daß ein Vertreter der Künstlerschaft gebeten würde, uns dort einen Vortrag zu halten, wie er sich die Einrichtung denkt?

Stadt v. L e h n e r t . Ob nun die Besichtigung morgens um 11 Uhr oder nachmittags um 4 Uhr stattfindet, Licht dazu muß doch herbeigeschafft werden. Um allen denjenigen Gelegenheit zu geben, die wegen ihrer produktiven Tätigkeit nicht jede Minute abkommen könne, an der Besichtigung teilzunehmen, möchte ich ersuchen, sie nachmittags um 1/2 5 Uhr vorzunehmen. Das ist eine jedem passende Zeit, und auch den Ratsmitgliedern wird dann Gelegenheit gegeben sich in größere Zahl an der Besichtigung zu beteiligen. Um 11 Uhr ist das einem großen Teile meiner Freunde nicht möglich, und doch haben wir an der Besichtigung Interesse.

V o r s i t z e n d e r : Ich weiß nicht, ob eine Beleuchtungseinrichtung vorhanden ist.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Eine Beleuchtungseinrichtung ist da, aber sie ist nicht intakt.

(Zuruf: Lampen!)

Die Versammlung stimmt der Besichtigung um 4 1/2 Uhr und der darauffolgenden Abhaltung einer Stadtverordnetensitzung zu.

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte Herrn Wehrmann, sich zu merken, wer heute fehlt. Die Anwesenden brauchen keine besondere Einladung zu erhalten. - Auch dem Künstlerbund wollen wir schreiben und bitten, einen Vertreter zu dieser Sitzung zu senden.

Bürgermeister M e y e r regt an, auch Herrn Kalms zu der Besichtigung hinzuzuziehen.

6. Antrag Messenius, betreffend eine Steuer auf Klaviere und Flügel, sowie Luxuspferde und -Wagen.

Stadtv. S t e g m a n n : Der Antrag des Herrn Messenius, der auch ^{einer} von meinen Freunden schon früher geäußerten Idee entspricht, besagt in seinem ersten Teile:

„Es wird eine Steuer auf Klaviere und Flügel erhoben, und zwar pro Stück ^{und jeder} 2 000 M. ~~pro Jahr mit der~~ ^{zufolge der} ~~Voraussetzung~~, daß alle zur Ausübung des Berufes benötigten frei sind, ebenso alle im Besitz von Personen, welche so wie so nicht zur Einkommensteuer veranlagt sind.

Und in seinem zweiten Teile:

„Alle Luxuspferde und -Wagen werden versteuert, und zwar jedes Pferd mit 20 000 M., jeder Wagen mit 10 000 M pro Jahr.“

Der Finanzausschuß, der sich mit der Sache befaßt hat, ist zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht angängig ist, ohne weiteres einen derartigen Antrag anzunehmen oder abzulehnen, sondern es müßten zunächst Unterlagen für einen Beschluß geschaffen werden. Z.B. kann es nicht angehen, daß man alles über einen Kamm schert, es müßten Unterschiede und Ausnahmen gemacht werden, wenn es sich um Klaviere handelt, die teilweise mit zum Erwerbe des Auskommens gebraucht werden oder wenn es sich um teure Flügel handelt, die eine Million Mark oder noch mehr kosten. Dazu ist eine eingehende Prüfung und Vorberatung der vorzuschlagenden Bestimmungen nötig. Dasselbe ist bei Reitpferden und Kutschwagen der Fall. Der Finanzausschuß ist außerdem der Meinung, daß ebenso nötig wie für diese Sachen eine Besteuerung der Luxusautos sei, wie sie bei Schiebern zu finden sind. Der Rat der Stadt hat sich bereit erklärt, eine derartige Vorlage den Stadtverordneten

in

in einer der nächsten Sitzungen zu unterbreiten.
Dafür will er vorher noch von auswärts Erkundigungen
einziehen, und deshalb ist die Beratung vorläufig
abgesetzt worden und eine Entscheidung durch die
Versammlung heute noch nicht nötig.

Oberbürgermeister R e t e n e ß e r : Herr Stegmann hat sich bei seiner Berichterstattung eben etwas geirrt: Der Rat hat bisher nicht erklärt, daß er eine derartige Vorlage einbringen wird. (Zuruf des Stadiverordneten Stegmann: Aber der Herr Oberbürgermeister hat es erklärt.) Der Rat hat in dieser Sache noch keinen Beschluß gefaßt. Der Antrag der Finanzkommission geht nicht dahin, die Beschlußfassung auszusetzen, sondern den Rat zu ersuchen, Erkundigungen einzuziehen und gegebenenfalls eine Vorlage einzubringen. Wir möchten Sie also bitten, daß Sie heute ^{nur} grundsätzlich über die Einbringung einer solchen Vorlage sich entscheiden.

Stadt v. S t e g m a n n : Dann ersuche ich Sie also, zuzustimmen, daß der Rat ersucht wird, möglichst schnell uns eine derartige Vorlage zu unterbreiten.

V o r s i t z e n d e r : Wer ist für den Beschluß der Kommission, den Rat zu ersuchen, die Angelegenheit zu prüfen und gegebenen Falles eine Vorlage auszuarbeiten? - Der Kommissionsantrag ist angenommen.

Pünke 6

7. Übernahme des Nachtschutzes auf den Staat.

Stadtp. R e g e n e r : Meine Damen und Herren!
Es handelt sich bei der jetzt zur Behandlung kommenden Ratsvorlage um die Übernahme des Nachtschutzes in der Stadt Braunschweig durch die Polizei des Staates. Seit längerer Zeit sind nach dieser Richtung hin Verhandlungen im Gange gewesen; einmal hat der Rat gesagt: „Die Regierung ist nicht geneigt zu einer Vereinbarung“, und das andere Mal hat dann die Regierung gesagt: „Der Rat ist nicht geneigt“. Endlich ist eine Verständigung zwischen dem Rat und dem Braunschweigischen Staatsministerium herbeigeführt worden. Man ist allgemein der Ansicht, daß diese Zwitterstellung des Nachtschutzes zwischen städtischer und staatlicher Polizei mancherlei ergeben hat, was nicht im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der Rechtslage^{zufolge} zu wünschen ist, so war z.B. die Verfolgung strafbarer Handlungen dadurch erschwert, ebenso die rechtzeiti-

ge

ge Vergütung und Entdeckung von Verbrechenⁿ oder Vergehen, sodaß sich durch diese Stellung des Nachschutzdienstes nachteilige Folgen für die Bevölkerung ergeben haben. Es ist nun vorgeschlagen worden unsere auf 96 Mann bezifferte Nachschutzmannschaft durch 87 Sipobeamte zu ersetzen, und für die Geldentschädigung dafür, die von der Stadt an den Staat zu zahlen ist hat man folgende Formel gefunden: Für jeden der in Aussicht genommenen Polizeibeamten ist auf Grund eingehender Untersuchungen die fünfte Stufe der Gruppe III der staatlichen Besoldungsordnung zu Grunde gelegt, wobei dann noch die Hälfte des Frauenzuschlages und der dritte Teil der Kinderbeihilfe für ein Kind unter 6 Jahren hinzugerechnet ist. Da weitere Aufwendungen für Bekleidung und Ausrüstung, für Belohnungen, für Ruheeinkommen, Witwen- und Waisengeld in Betracht zu ziehen sind, so wird dafür ein Zuschlag von 10 % vorgeschlagen. Nach dem Stande vom 1. November 1922 stellt sich die

stadt-

stadtseitig für jedes Jahr zu zahlende Entschädigungssumme auf 31 317 250 M. Diese Summe hat sich natürlich durch die Veränderungen in den Beamtenbezügen inzwischen erhöht, aber die schlüsselmäßig gewonnene Summe ist die, die ich eben mitgeteilt habe: 31,3 Millionen Mark. Der Rat der Stadt sagt hierzu selbst: „Wenn es auch eine sehr namhafte Summe ist, die stadtseitig bei Eingehen auf den Vorschlag auszugeben ist, so kommt doch vergleichend in Betracht, daß für die Löhne der Nachtschutzleute, für deren Bekleidung und Ausrüstung, Versicherung und Beaufsichtigung, für Aufenthaltsräume, Ruhe^{heute}löhne, Witwen- und Waisenbezüge/schon sehr bedeutende Summen aufgewendet werden müssen, die fortgesetzt im Steigen begriffen sind.“

Der Rat der Stadt legt uns nun den Entwurf eines Vertrages vor, der zwischen dem Staatsministerium und dem Rat der Stadt abgeschlossen werden soll. Die Durchführung des Abkommens ist

so gedacht, daß nicht mit dem Inkrafttreten des Vertrages zu einem bestimmten Termine die ganze städtische Schutzmannschaft als auf die Straße geworfen anzusehen ist und dafür die Sicherheitspolizei aufzieht, sondern daß nach den Wünschen, die hier laut geworden sind, die Auflösung der Nachtschutzmannschaft successive geschieht. Nach meinen Informationen sind es vorerst 2 Polizeibezirke - der 8. und der 9. -, ^{die} für diesen Zweck in Aussicht genommen sind, und es handelt sich dabei zunächst um 16 Nachtschutzleute, die durch Sicherheitspolizeibeamte ersetzt werden sollen. Es ist im Rechtsausschuß in dieser Hinsicht der Wunsch laut geworden, daß nun nicht blutjunge Leute aus der Sicherheitspolizei den Dienst der alten erfahrenen Wächter übernehmen, sondern daß bei der Polizeidirektion der Wunsch des Rates ausgedrückt werden soll, daß tunlichst die Übernahme dieses Dienstes durch verheiratete erprobte Leute erfolgen soll. Wir

gehen

gehen wohl darin überein, daß mit dem Publikum, das sich **Nachts** auf den **Straßen** bewegt, am besten gefahren wird, wenn nach der **Weise** des alten erfahrenen **Nachtschutzmannes** bei ihrer **Behandlung Ruhe** und ~~**Sicherheit**~~ ^{**Tatsächlichkeit**} herrscht, nicht aber, wenn der kantige, schnorrige **Militärton** in den **Straßenverkehr** hinein/tönt.

Die **Ziffer** von **31 Millionen Mark** wird nun aber nicht sofort in der ganzen **Summe** gezahlt, sondern die **Stadt** bezahlt nur den **Betrag** für die von der **Polizeidirektion** tatsächlich aufgewandten **Beamten** und nur in so weit, als nicht aus **Reichs-** oder **privaten Mitteln** ein **Betrag** gezahlt wird, also nur die tatsächlich aufgewandten **Kosten**.

Weiter hatte der **Rechtsausschuß** den **Wunsch** ausgesprochen, daß der **Rat der Stadt** für **Unterbringung** der bisherigen **Nachtschutzbeamten**, die demnächst überflüssig werden, **Sorge** trage. Zu-

nächst

nächst war der Rat der Meinung, daß die Beamten, die bis zu 10 oder 12 Jahren in städtischen Dienst als Nachtschutzbeamte gestanden haben, bei der Unterbringung in bevorzugter Weise zu behandeln sind, weil sie ein ~~mit=dieser=Maßnahme=der-~~artiges Alter erreicht haben, in dem es schwer ist, anderwärts Arbeit zu finden. Ich vertrat den Standpunkt, man möge mit dieser Maßnahme hinaufgehen bis zum 1. August 1914, also bis zum Kriegsbeginn, weil ich von der Ansicht ausging, die Leute, die bis dahin in ~~die~~ Nachtschutzmannschaft eingetreten sind, ~~das~~ nicht aus Zwang der Verhältnisse getan haben, sondern ^{daß sie} aus Lust und Liebe sich um diesen Posten beworben haben und deshalb eine größere moralische Verpflichtung der Stadt für ihre Unterbringung in andere städtische Stellen vorhanden ist. Der zuständige Dezernent hat ~~denn~~ auch zugesagt, dafür zu sorgen, daß auch ~~diese~~ Leute noch bevorzugt untergebracht werden,

natürlich

natürlich konnte er eine Verbindlichkeit im Namen des Rats nicht eingehen. Augenblicklich ist diese Sache nicht so sehr schwierig, weil die Zahl der Nachtschutzmansschaften nicht mehr auf der etatlichen Stärke steht, sodaß, wenn am 1. April die Bezirke 8 und 9 durch die Sipo übernommen werden, die dadurch frei werdenden Nachtschutzleute an die Partierie der Stadt gezogen werden können, wo noch Mangel an Bewachung herrscht.

Ich habe nun noch die geehrten Herrschaften kurz bekannt zu machen mit dem Abkommen zwischen dem Staat und der Stadt. (Zuruf: Es liegt jedem in Vervielfältigung vor!) So, dann kann ich mir das ersparen.

Der offen gelassene Termin ist auszufüllen in § 1 mit „1. April 1929“ für den Beginn, und das setzt sich in den übrigen Paragraphen fort, wo das Datum fortgelassen ist (§ 4).

Der Rechtsausschuß hat in seiner verflorenen

Schluss

Sitzung den Vertragsentwurf zugestimmt. Es steht dafür noch aus die Entscheidung des braunschweigischen Landtags. Der Rechtsausschuß bittet Sie durch mich, zu dem Abschluß dieses Vertrages/die Zustimmung auszusprechen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Hanses
des Rats der Stadt kann ich erklären, daß er alles,
was in seinen Kräften steht, anbietet, an den-
jenigen älteren Nachschutzeleuten, die durch diese
Veränderung ihre bisherige Stellung einbüßen, zur
Erlangung von neuen Stellen behilflich zu sein.
Ich habe deshalb in der Sitzung des Rechtsausschus-
ses gern die Erklärung abgegeben, daß selbst für
diejenigen Nachschutzeleute, die zwischen dem Ende
des Jahres 1910 und dem 1. August 1914, also bis
zum Kriegeausbruch, als städtische Nachschutzeleute
eingestellt worden sind, eine derartige Möglichkeit
vielleicht noch eröffnet würde. Ich habe aus den
Akten gesehen, daß die Zahl der hierfür in Betracht
kommenden nicht so groß ist, wie ich anfänglich
befürchtet hatte, und um so leichter wird es werden,
diese Sache, soweit es irgend in unserer Kraft
steht, zufriedenstellend zu erledigen. Einen Rechts-
anspruch darauf werden wir allerdings nicht anerken-
nen können. Wenn es den Beteiligten möglich ist,

in anderer Weise, z.B. in der Industrie, passend unter zu kommen, dann wird es nicht unzweckmäßig sein, wenn sie diese Gelegenheit benutzen. Ich habe inzwischen Anordnung getroffen, daß noch weitere 10 Nachschutzeleute für den Sanitätsdienst ^{sie} ausgebildet werden sollen, soweit ~~es~~ dafür geeignet sind. 6 von den Nachschutzeleuten treten bereits am 1. Januar in den Sanitätsdienst über. Es trifft sich günstig, daß sich diese Umschaltung aus dem Feuerwehrdienst in den Sanitätsdienst gerade jetzt vollzieht. Ich habe weiter mit dem Herrn Stadtbürodirektor darüber verhandelt, in wie weit es möglich ist, ältere Nachschutzeleute in den städtischen Dienst unterzubringen. Der Rat hat weiter gestern gebilligt, daß in einem Rundschreiben an die einzelnen Betriebsverwaltungen der Hansch ausgesprochen wird, daß bei jeder neuen Stellenbesetzung, wenn Nachschutzeleute dafür vorhanden sind, zunächst an diese die Stellen verliehen werden, und die verehrten Herrschaften würden uns zu Dank verpflichtet.

pflichten.

pfllichten, wenn sie bei Besetzung von Stellen, soweit sie zuständig sind, in der nächsten Zeit auch nach diesem Grundsatz verfahren würden. Sie würden uns dadurch sehr unsere Bedreben erleichtern, einen anschaulichen Teil von städtischen Beschäftigten eine neue Unterkunftsmöglichkeit zu gewähren. Ich hoffe, daß sich auf diese Weise die Durchführung dieser ganzen Maßnahmen ohne nennenswerte Schwierigkeiten bewerkstelligen lassen wird.

V o r s i t z e n d e r : Die Kommission hat keine Abänderungsvorschläge zu machen, auch aus der Versammlung sind keine vorgetragen. Ich nehme also an, daß der Vertrag im allgemeinen die Billigung der Versammlung findet. Trotzdem will ich aber doch über den Vertrag abstimmen lassen, und zwar gleich im ganzen.

Die Versammlung stimmt dem Abschlusse des Vertrages zu.

8. Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Kurse für Volksbildung.

Stadtv. S t e g m a n n : Es ist den geehrten Herrschaften bekannt, daß seit dem Herbst 1919 in hiesiger Stadt Kurse für Volksbildung ins Leben gerufen sind. Die Leitung dieser Kurse lagen bekanntlich in den Händen eines Ausschusses, und der Geschäftsführer desselben ist Herr Dr. Kurt Heinemann. Staat und Stadt hatte in den letzten Jahren einen Zuschuß von jährlich 10 000 M gewährt, und derselbe Betrag ist auch in den laufenden Haushaltsplan eingestellt worden. Im April d. Js. hat der Ausschuß für die Kurse für Volksbildung einen Voranschlag für das Jahr 1922 - 23 eingereicht. Das Defizit war infolge der allgemeinen Teuerung wesentlich gestiegen und die Gesamtausgabe schloß mit 116 000 M ab. Von der Fehlsomme sollten der Rat der Stadt und die Regierung je die Hälfte mit 45 000 M tragen. Der Rat hat darauf mitgeteilt,

daß

daß er wohl geneigt sei, eine erhöhte Summe zu bewilligen, daß er aber wünschen müsse, daß die Geschäftsleitung verbilligt würde, denn der für den Geschäftsführer eingestellte Betrag erscheine zu hoch. Die Regierung hat sich auch zur Zahlung eines erhöhten Zuschusses bereit erklärt, hatte aber an dieser Summe von 50 000 M für die Geschäftsführung nichts zu monieren.

Zu Anfang Oktober ist nun aber ein neuer Voranschlag für das Jahr 1922 - 23 beim Rat der Stadt eingereicht, der die gestiegenen Ausgaben berücksichtigt, und nach dem von Staat und Stadt je ein Zuschuß von 115 000 M erbeten wird. Es handelt sich also für die Stadt um einen ~~weiteren~~ Zuschuß - außer dem in den Haushaltsplan eingestellten - von 105 000 M. Angesichts der großen Finanznot der Stadt, hat der Rat beschlossen, nur noch 55 000 M zu bewilligen, außerdem aber den Vorstand der Jüdelstiftung gebeten, die weiteren 50 000 M

ZU

zu tragen. Der Rat der Stadt bemerkt noch, daß es bei Zahlung dieser Summe von 10 000 + 55 000 M seitens der Stadt sein Bewenden haben müsse, darüber hinaus könne von seiten der Stadt nichts bewilligt werden. Ob nun die Herrschaften im weiteren Verlauf des Jahres damit auskommen werden, ist eine zweite Frage.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt und ersucht Sie durch mich, der Bewilligung der weiteren 55 000 M aus städtischen Mitteln zuzustimmen.

Wie ich schon erwähnt habe, hat sich der Rat der Stadt zwecks Bewilligung der noch gewünschten 50 000 M aus Abteilung III der Jüdelstiftung an den Vorstand dieser Stiftung gewandt. Die Sache ist bereits durch Umlauf erledigt, der Vorstand hat sich zu der Bewilligung bereit ~~erklärt~~.

Auch hierzu müssen die städtischen Behörden ihre Zustimmung geben, wenn es auch nur eine Formalität

ist.

*ist. Ich bitte Sie, diesen Zuschuß von 50 000 M
aus der Jüdelstiftung gleichfalls zu bewilligen.*

Die Versammlung erteilt zu beiden Bewilligungen ihre Zustimmung.

(Punkt 8)

9. Erhöhung der Meßstand-Gelder.

Stadtv. B u r g d o r f f : In der Zeit vom 27. Januar bis zum 5. Februar soll die nächstjährige Wintermesse hier abgehalten werden, und für den 5. Februar ist ein Pferde- und Schweinemarkt vorgesehen.

Nun entstehen unter Zugrundelegung der heutigen Teuerungsverhältnisse hierfür Gesamtausgaben in Höhe von 93 725 M., und diesen würden nach den jetzigen Gebührensätzen und bei gleicher Besetzung der Messe wie im Vorjahre nur rund 32 000 M an Einnahmen gegenüberstehen, sodaß ~~1~~ ohne Hinzurechnung weiterer Steigerungen der Ausgaben ein Fehlbetrag von 61 725 M zu befürchten stände. Dieser Fehlsomme wäre evtl. noch der Betrag für die nächtliche Bewachung des Meßplatzes in Höhe von 60 000 M hinzuzurechnen ~~sein~~, der in den letzten Jahren durch Übernahme dieser

Leistung

Leistung durch die Meßaussteller zu Gunsten der Stadt ausfallen konnte. Es wird deshalb gebeten, zu beschließen, daß der voraussichtliche Fehlbetrag durch eine entsprechende Erhöhung der Platzgebühren aufgebracht werden soll, oder daß von der Abhaltung der Messen bis zum Wiedereintritt günstigerer Verhältnisse abgesehen werden soll. Die Topfmesse könnte evtl. doch bestehen bleiben. In einigen anderen Städten Deutschlands, in welchen gleichfalls Messen von kürzerer oder längerer Dauer vorgesehen sind, will man unter Berücksichtigung der für Behörden und Aussteller höchst ungünstig liegenden Zustände die nächstfolgenden Messen ausfallen lassen. Nach Ansicht der ortsansässigen Meßaussteller wird die Besetzung der diesjährigen Wintermesse reichlich um die Hälfte hinter dem vorjährigen Bestande zurückbleiben. Schaustellungen aller Art, Karussells und Trinkzelte werden wohl überhaupt nicht zu erwarten sein. Um nun bei einer geringen Besetzung die Möglichkeit eines Ausgleichs
der

der Einnahmen und Ausgaben zu schaffen, wird mindestens eine sechsfache Erhöhung der jetzigen Gebührensätze erforderlich werden. Damit würde dann die bisherige Gebührenordnung als außer kraft stehend zu erklären sein.

Die neuen Gebühren sollen für die Gesamtdauer der Messe nicht mehr tageweise erhoben werden. Es werden folgende Gebührensätze vorgeschlagen :

(Redner verliest die neuen vorgeschlagenen Gebührensätze.)

Nachdem sich der Marktausschuss als erste Instanz mit dieser neuen Gebührenaufstellung beschäftigt und ihr zugestimmt hat, gibt der Rat der Stadt den Stadtverordneten anheim, zu der Standgelderhöhung für die Messen und Viehmärkte, wie ich sie eben verlesen habe, die Zustimmung zu erteilen. Da nun auch der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe der reisenden Gewerbetreibenden Deutschlands die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung

anerkannt und gegen die sofortige Einführung derselben Einwendungen nicht erhoben sind, man andererseits aber bestrebt sein muß, die Einnahmen und Ausgaben der Städte für die Messen und Viehmärkte einander anzupassen, so habe ich auch im Namen des Finanzausschusses zu empfehlen, daß die ~~gg~~ geehrte Versammlung der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung gleichfalls ihre Zustimmung erteilt.

Die Versammlung genehmigt die beantragte
Erhöhung der Meßstandgelder.

(Punkt 9)

10. Erhöhung der Einäscherungsgebühren,

sowie

der Vergütung für Beleuchtung der Feuerbestattungshalle.

Stadtv. S a u e r b i e r : Infolge des Steigens der Kohlenpreise und der Löhne genügt die zuletzt festgesetzte Gebühr für Einäscherung von Leichen, die bekanntlich 700 M für Einheimische und 1500 M für Auswärtige beträgt, längst nicht mehr zur Deckung der Betriebsausgaben. Es ist festgestellt, daß in einer am 22. November vorgenommenen Einäscherung von 5 Leichen hiesiger Einwohner ein Fehlbetrag von 8613 M sich ergeben hat, während bei einer am 26. November vorgenommenen Verbrennung von 4 einheimischen und 2 fremden Leichen 5816 M zuge-
setzt wurden. Dabei ist aber der verbrauchte Koks nur mit 850 M in Ansatz gebracht. Darnach berechnet sich der durchschnittliche Fehlbetrag für jede Einäscherung auf rund 1350 M, und da wir annehmen
können

können, daß jährlich 400 Einäscherungen stattfinden, so würde dafür ein städtischer Zuschuß von annähernd 540 000 M erforderlich sein, der sich aber in Wirklichkeit noch erheblich höher stellen wird, da erfahrungsgemäß immer nach Verbrennung von 200 Leichen der Ofen neu ausgemauert werden muß. Das Feuerbestattungsamt hält deshalb eine Steigerung der Einäscherungsgebühr für erforderlich und empfiehlt, daß diese auf 2000 M für Einheimische und 4000 M für Auswärtige erhöht werden soll. Weiter hat das Feuerbestattungsamt in Rücksicht darauf, daß die Preise für elektrischen Strom wesentlich erhöht worden sind, es für nötig erachtet, für die mit der Feuerbestattung verbundene kleine Beleuchtung nunmehr den Betrag auf 150 M und für große Beleuchtung auf 500 M festzusetzen.

Da die durch den Betrieb der Feuerbestattungs-
halle erwachsenden Ausgaben seit der am 8. Dezember erfolgten Beschlußfassung des Feuerbestattungs-

amts

amts noch gewaltig gestiegen sind, so reichen für die augenblicklichen Zeitverhältnisse die in Vorschlag gebrachten Sätze auch nicht annähernd aus. Z.B. ist ein Kokspreis von 850 M zugrunde gelegt, während er jetzt 1900 M beträgt, wozu noch die Kosten für Anfuhr kommen. Würde man diesen Kokspreis zugrunde legen, so würden, ohne daß die inzwischen eingetretenen Lohnerhöhungen dabei berücksichtigt würden, die Kosten für Einäscherung von 5 Leichen die Summe von 22 773 M ergeben und somit sich die Einäscherung jeder Leiche auf rund 4500 M stellen. Der Rat der Stadt ist der Ansicht, daß dieser Betrag unbedingt für Einäscherung von Leichen gefordert werden muß und beantragt deshalb bei den Stadtverordneten Zustimmung dazu,

daß die Einäscherungsgebühr auf 4500 M für Einheimische und auf 10 000 M für Auswärtige festgesetzt wird und

die

die Vergütung für Beleuchtung der Halle auf 150 M für kleine und auf 500 M für große Beleuchtung.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt Ihnen, zuzustimmen, daß der Betrag für die Einsäherung der Leichen Einheimischer und Auswärtiger in dem vom Rat der Stadt beantragten Betrage festgesetzt ~~w~~ wird, dagegen aber bei der Deckenbeleuchtung, die mehr oder weniger einen Luxus , ein Dekorum darstellt, noch eine Erhöhung eintreten zu lassen und festzusetzen

für kleine Beleuchtung 300 M.

" große " 700 M.

Ich habe Ihnen namens des Finanzausschusses die Annahme dieser Anträge zu empfehlen.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Ich will nicht gegen die Erhöhung der Einäscherungsgebühren sprechen; sie scheint mir nach Lage der Sache berechtigt zu sein, zumal die eigentlich erwachsenden Kosten noch höher sind, als angenommen wird. Ich wollte bei dieser Gelegenheit nur noch darauf hinweisen, daß diese Kosten eigentlich nur ein kleiner Teil der Bestattungskosten sind, weil auch noch für den Sarg und anderes hohe Beträge ausgegeben werden müssen. Ich habe Gelegenheit genommen, mir die Särgе und die Übersärgе anzusehen, die neuerdings von einigen Firmen geliefert werden. Es handelt sich dabei um eine Art Holzkiste, über die der Übersarg gedeckt wird. Das Ganze sieht würdig aus und kann in keiner Weise die Feier stören. Auch für die Feuerbestattung werden Särgе angefertigt, die mehr als offene Särgе anzusehen sind. Trotzdem kostet ein solcher Sarg für die Feuerbestattung mit Übersarg und einschließlich der

der Transportkosten 15 000 M., für die Beerdigung
wird der billigste Sarg mit Übersarg und Transport-
kosten zu 27 000 M

berechnet. Für die Beerdigung
kommen dann an Kosten noch hinzu:

das Abheben mit	1 200 M.,
die Hinführung zum Grabe	3 000 M.,
das Ausheben <i>des Grabes.</i>	3 000 M.,
die Grabstelle	9 000 M.,
die Nummer	300 M
und schließlich <i>Leitung d. Beerdigung</i>	<u>250 M.,</u>

sodaß für die billigste Beerdigung 43 750 M
ausgegeben werden müssen.

Für die Einäscherung würden die Beträge die
folgenden sein :

Sarg und Übersarg mit Transport . . .	15 000 M.,
Abheben	1 200 M
Aufheben	1 200 M

Übertrag 17 400 M

Übertrag	17 400 M
Einäscherung	4 500 M
Blechkapsel	<u>200 M</u>
das sind zusammen	22 100 M.

Es betragen also die Kosten der Einäscherung nur etwas über die Hälfte der Kosten für die Beerdigungen, und ich möchte deswegen nochmals einen ~~Appell~~ Appell an die Bevölkerung richten, möglichst von der Feuerbestattung Gebrauch zu machen.

Unter den Kosten scheinen übrigens noch einige zu sein, die gespart werden könnten, und nach Rücksprache mit dem Herrn Friedhofsinspektor glaube ich, daß das möglich ist. Als Sondergebühr für Abheben des Sarges ist 1200 M eingesetzt. Wenn der Sarg mit dem Toten von den Beerdigungsinstituten eingeliefert wird, wird er von 3 Leuten in die Halle gesetzt, und das kostet 1200 M. Das Aufsetzen auf den Aufzug kostet nachher wieder

1200 M

1200 M. Diese Arbeiten würden die Beerdigungs-
institute auch ausführen können und nicht jedesmal
1200 M dafür fordern, weil es sich dabei nur um
die Arbeit von ein paar Minuten handelt und die
Leute sowieso schon zur Stelle sind. Nach Feier-
abend sind die Friedhofsarbeiter nicht auf dem
Friedhofe und dann müssen die Leute aus den
Beerdigungsinstituten oder die Angehörigen die
Arbeit selber machen, und das kostet überhaupt
nichts. Die Angehörigen würden ganz gewiß sehr
gern mitanfassen und sich so die Kosten sparen.
Der Herr Friedhofsinspektor hat mir gesagt, daß
eine solche Regelung sehr gut möglich wäre; es
würde nur auf eine Verabredung ankommen, daß diese
2400 M gespart werden. Daß diese Gebühr über-
haupt erhoben wird, liegt daran, daß die Stadt
keine besonderen Angestellten zu diesen Diensten
in der Feuerbestattungshalle hat, sondern daß sie

durch

durch die Friedhofsarbeiter mit ausgeführt werden und auf diese Weise durch die ziemlich hohen Gebühren für diese nur ein paar Minuten dauernde Arbeit die Löhne der Friedhofsarbeiter mit bezahlt werden. Dadurch, daß die Angehörigen oder die Beerdigungsinstitute diese kleine Mühe übernehmen, würde ganz entschieden die Einäscherung für die ärmeren Leute - und auf diese kommt es hierbei hauptsächlich an - ~~ni~~ noch verbilligt werden können. Ich möchte die Anregung geben, daß nach dieser Richtung hin vorgegangen wird.

In der Abstimmung werden, entsprechend dem Vorschlage des Finanzausschusses, die Ratsanträge betreffend die Kosten der Einäscherung mit 4500 und 10 000 M., angenommen.

Bei der Abstimmung über die Kosten für kleine Beleuchtung melden sich für den Antrag des Finanzausschusses (300 M.) 11 Stadtverordnete, für den Antrag des Rates (150 M.) 12 Stadtverordnete. Der letztere Antrag ist somit angenommen.

Für den Antrag des Finanzausschusses, die große Beleuchtung mit 700 M. zu berechnen, melden sich 12 Stadtverordnete, für den Antrag des Rates (500 M.) ebenfalls 12 Stadtverordnete.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe hier den Ausschlag zu geben. Ich muß mir sagen : Man muß konsequent sein; da für die kleine Beleuchtung 150 M. angenommen ist, würde der Sprung auf 700 M. für

für große Beleuchtung zu groß sein. Ich entschei-
de mich für 500 M.

11. Erhöhung der Gebühren für Benutzung
des Stadtbades und der Volksbäder.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren! Wiederum macht es sich notwendig, die Gebühren für die Benutzung des Stadtbades und der Volksbadeanstalten zu erhöhen. Der Rat der Stadt legt seiner Vorlage wegen Erhöhung dieser Gebühren die monatliche Einnahme und Ausgabe auf Grund der ersten Hälfte dieses Monats zugrunde.

Die Einnahme des Stadtbades beträgt darnach 200 000 M,

Die Ausgabe setzt sich aus folgenden Posten zusammen:

1) für Personal	224 000 M,
2) " Wasser	68 000 M,
3) elektrischen Strom	50 000 M,
4) Brennstoffe	800 000 M,
5) Unterhaltung	15 000 M,

so daß sich eine Gesamtausgabe von 1 157 000 M und

ein

ein Fehlbetrag von 957 000 M ergibt.

Für die Volksbäder ist die Einnahme mit 100 000 M angegeben, und die Ausgabe verzeichnet:

1) für Personal	210 000 M,
2) für Wasser	149 000 M,
3) für Gas	47 000 M,
4) für Brennstoffe	1 260 000 M,
5) für Unterhaltung	20 000 M,
zusammen	1 686 000 M,

also eine Mehrausgabe von 1 585 500 M.

Die Baddeputation bringt in Vorschlag die Preise beim Stadtbad so zu erhöhen, daß bei gleichbleibenden Verhältnissen ein Ausgleich zwischen Einnahme und Betriebsausgabe erwartet werden kann und deshalb die Preise in folgender Weise zu erhöhen:

für ein Mannenbad von	45 M	auf	250 M,
" " aufsteigendes			
Vollbad von	55 M	"	300 M,
" " Sitzbad von	20 M	"	100 M,

für

für ein Dampfbad etc. von 75 M auf 400 M,

Dasselbe mit 10 Minuten
Massage von 100 M " 500 M,

für ein elektrisches

Kastenbad oder ein elek-

trisches Wechselstrombad von 110 M " 600 M,

für elektrische Bestrah-

lungen von 50 M " 300 M,

Ganzmassage von 90 M " 200 M,

Teilmassage von 50 M " 100 M,

(Redner verliest noch die übrigen entsprechend erhöhten Gebühren).

In betreff der Volksbäder beantragt die Baddeputation, die von der Stadt zu zahlende Fehlsomme dadurch zu mindern, daß der Preis für das Wannenbad von 10 M auf 50 M und der für das Brausebad von 3 M auf 10 M erhöht wird.

Da die Zahl der Wannenbäder und der Brausebäder monatlich etwa je 6700 beträgt, so wird bei Annahme der vorgeschlagenen Sätze und gleichbleibendem Besuch eine

eine Mehreinnahme von 268 000 M durch die Wannenbäder und von 46 900 M durch die Brausebäder erwachsen, das sind zusammen 314 900 M, und dadurch das monatliche Defizit von 1 585 000 / auf 1 270 100 Mark herabsinken.

Der Rat der Stadt ersucht nun die Stadtverordneten, den für das Stadtbad vorgeschlagenen Preisen zuzustimmen, ist aber mit den ~~abgegebenen~~ Vorschlägen der Baddeputation in betreff der Volksbäder noch nicht einverstanden, sondern ist der Meinung, daß dort der Preis noch mehr erhöht werden müßte. Er beantragt deshalb,

die Gebühr für ein Wannenbad auf 100 M

und die für ein Brausebad auf 20 M

festzusetzen.

Der Finanzausschuß, der sich mit diesen Anträgen beschäftigt hat, ist dem Antrage des Rates in betreff der Gebührensätze für das Stadtbad beigetreten, ebenso auch dem Ratsantrage, betreffend die Erhöhung der Gebühr für ein Wannenbad im Volksbade auf

auf 100 M, doch stellt der Ausschuß in bezug auf die Gebühr für ein Brausebad einen Vermittlungsantrag, in dem er vorschlägt, die Gebühr auf 15 M festzusetzen. Es würde durch diese Erhöhung der Preise in den Volksbädern eine Mehreinnahme von insgesamt 770 550 M erzielt werden, so daß für den Betrieb der Volksbäder noch die Summe 915 500 M zu decken wäre.

Ich habe die geehrte Versammlung namens des Finanzausschusses zu bitten, der Erhöhung der Gebührensätze in der von ihr vorgeschlagenen Weise zuzustimmen.

Stadt v. D i e t e r m a n n : Die Baddeputation sowohl wie auch der Finanzausschuß haben diese Stellung, wie sie der Herr Vorredner wünscht, in betreff des Stadtbades eingenommen. Bei diesem Bade werden sich die Einnahmen mit den Ausgaben decken, aber bei dem Volksbade liegt die Sache denn doch anders. Die Stadt hat von jeher zum Betriebe der Volksbäder Zuschüsse geleistet, und so kann man besonders unter den heutigen Verhältnissen nicht verlangen, daß diese Maßnahme geändert wird und die ärmere Bevölkerung noch mehr zahlt als 100 M für ein Wannenbad und 15 M für ein Brausebad. Man darf nicht vergessen, daß der größte Prozentsatz der Besucher des Volksbades den ärmeren Volksklassen angehört. Die besitzenden Klassen haben ihre Bäder in ihren Wohnungen und haben es nicht nötig, ein Volksbad aufzusuchen. Deshalb haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß auch ferner noch Zuschüsse zu den Volksbädern geleistet werden sollen, aber doch nicht in der Höhe, wie sie sich nach der vorhin zuerst vorgetragenen

vorgetragenen Berechnung ergeben. Deshalb ist auch der Vorschlag des Finanzausschusses für die zu erhebende Gebühr für die Brausebäder höher gegangen als der Vorschlag der Baddeputation. Durch den Vorschlag des Finanzausschusses ist allen billigen Wünschen Rechnung getragen worden, und so möchte ich Sie bitten, den Anträgen des Finanzausschusses Ihre Zustimmung zu geben.

V o r s i t z e n d e r : Die Sätze für das Stadtbad kann ich als bewilligt ansehen, da sich dagegen keine Stimme erhoben hat. Für die Volksbäder beantragt der Rat: 100 M für die Wannenbäder, 20 M für die Brausebäder. Der Finanzausschuß beantragt: 100 M für die Wannenbäder, 15 M für die Brausebäder. (Zuruf vom Ratstische aus) Der Rat hat seinen Antrag zu gunsten des Antrages des Finanzausschusses zurückgezogen. Wer für diesen Antrag des Finanzausschusses ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht). Der Antrag ist angenommen.

Stadt v. S t e g m a n n übernimmt den Vorsitz.

12. Neuwahl von Beisitzern zum Mieteinigungsamt.

Stadt v. J a h n e : Meine verehrten Damen und Herren! Die Amtszeit der Beisitzer des Mieteinigungsamts läuft mit Ende dieses Jahres ab, so daß die Beisitzer neu gewählt werden müssen. Die bisherigen Beisitzer aus dem Kreise der Vermieter waren Herr Kaufmann Dr. Heinen, Kaufmann Rudolph Lühr, Architekt Wilhelm Bartels, Maurermeister Louis Eicke und Rentner Fritz Pape, und die Vertreter der Mieter waren die Herren Geschäftsführer Reinhold Schnerbach, Geschäftsführer Karl Dietermann, Gastwirt Gustav Renger, Oberpostsekretär W. Godelmann und Arbeiter Karl Aßmann.

In Rechtsausschuß haben wir bei Vorberatung dieses Punktes der Tagesordnung beschlossen, eine Nominierung derjenigen Herren, die zur Wahl vorgeschlagen werden sollen, nicht vorzunehmen, da die Fraktionen noch keine Stellung genommen hatten.

Nir

Wir wollten es also den Fraktionen überlassen, am heutigen Tage Vorschläge zu machen. Es war früher üblich, daß von der rechten Seite des Hauses die Vertreter der Vermieter namhaft gemacht wurden und von der linken Seite die Vertreter der Mieter. Bei der letzten Wahl ist man davon abgegangen, indem die verehrten Damen und Herren von der linken Seite der Versammlung andere Vorschläge für die Wahl der Vermieter unterbreitet haben. Da nach dem Mieterschutzgesetze die Organisationen der Vermieter und Mieter bei der Wahl berücksichtigt werden sollen, wäre es zweckmäßig, wenn man die Vorschläge der betreffenden Organisationen berücksichtigte, und deshalb möchte ich vorschlagen, daß wir die Sache wieder ebenso wie früher erledigten: Daß also die Vermieter-Vertreter von der einen Organisation genannt und von der Versammlung hier gutgeheißen werden und die Mietervertreter von der anderen Seite.

Als Vermietersvertreter sind wir zur Nennwahl

vorgeschlagen von der Organisation der Vermieter die Herren Rentner Pape, Maurermeister Macke, Giese, Inspektor Ulrich und Maurermeister Meyer (Amalienplatz).

Seitens der Mieter ist kein Vorschlag an mich gekommen, aber die Herren von jener Seite haben — entgegen der Abmachung, wie ich sie empfehlen möchte — Vorschläge gemacht in den Personen der Herren Macke, Dr. Heinen, Stöter, Paulmann und Hunte.

Als Mietervertreter werden von der linken Seite des Hauses vorgeschlagen die Herren Vorarbeiter Asmann, Godelmann, Brecht, Dietermann und Müllerstein.

Für den Fall, daß die verehrten Damen und Herren von der anderen Seite nicht mit den Vorschlägen einverstanden sind, die von seiten der Vermieter als Vermietervertreter in Mieteinigungsamt vorgeschlagen sind, so würde die Organisation der Vermieter noch

den Vorschlag machen, als Mietvertreter ins Mit-
einigungsamt zu wählen die Herren Schmerbach,
Riechers, Hestner, Godelmann und Dietermann.

Es würde jetzt zu entscheiden sein, ob wir
uns in der Besetzung der Vermietervertreter und
Mietervertreter teilen oder ob alle die vorgeschla-
genen Personen zur Wahl gestellt werden sollen und
als gewählt gelten sollen, wer die meisten Stimmen
erhält.

Stadt v. F r e d e : Meine Damen und Herren!
Ich habe nicht auf dieser Stelle im Saale Platz
genommen, um mich für die Wahl zu empfehlen. Sie
wissen, daß Sie mich damals abgesägt haben, und ich
kann dazu nur sagen, daß Sie mir damit leiblich
einen *gütli* großen Dienst geleistet haben. Sie können
sich darauf verlassen, wenn ich sage, daß es eine
gehörige Anstrengung bedeutet, nach dem Lokal des
Mieteinigungsamtes hinzulaufen und dort stundenlang
zu sitzen und den Rechtsstreitigkeiten dort beizu-
wohnen, und das um so mehr bei den bösen Umständen,
die heute in dieser Wohnungsnot herrschen. Der
Herr Vorredner hat schon gesagt, daß das Mieter-
schutzgesetz vorsieht, daß die Organisationen der
Vermieter und der Mieter ihre Vorschläge machen sol-
len und daß diese zu berücksichtigen seien. Das ist
mit gutem Vorbedacht geschehen. Es soll eine Ver-
ständigung zwischen den Mietervertretern und der
Mieterschaft einerseits und den Vermietervertretern
und

und der Vermieterschaft andererseits angebahnt werden. Im Mieteinigungsamt soll eine Vertretung dieser beiden Gruppen zu erkennen sein, das ist schon in den Verordnungen von 1914 und 1918 gefordert. Aber diese paritätische Besetzung des Mieteinigungsamts ist faktisch gar nicht vorhanden. Sie wissen, daß die Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes den Mieterkreisen angehören, und daß das schon ungünstig für die Vermieter ist, läßt sich nicht leugnen. Wir wollen alles Vertrauen zu der Sachlichkeit dieser Herren haben, aber sie haben doch nicht die Erfahrungen und die sachliche Kenntnis von den Vermieter-sachen, die sie haben würden, wenn sie selbst Vermieter wären. Eigentlich müßte sich die Parität auch auf die Vorsitzenden erstrecken, aber das wäre selbstverständlich mit großen Schwierigkeiten verbunden. Wir müssen uns nach dem Angebot richten, das wir aus Juristenkreisen haben, und das ist kein sehr großes.

Es

Es ist auch schwer gewesen, geeignete Bewerber für den Posten eines Vermieter-Beisitzers beim Mieteinigungsamte zu finden. Wir haben unsere Listen verschiedentlich ändern müssen, weil wir Absagen bekamen. Es ist keine Kleinigkeit, stundenlang angestrengt den Verhandlungen des Mieteinigungsamtes zu folgen, und die Arbeitgeber, die ein solches Amt annehmen, würden durch die Gebundenheit an die Sitzungszeit ihren Beruf schädigen. Wir haben also alle Veranlassung, wenn brauchbare Vertreter der Vermieter im Amte sind, sie im Amte zu behalten. Ich kann ^{mich} ~~zu~~ nicht begreifen, warum die Herren von der Gegenseite nicht das bisherige Mitglied des Mieteinigungsamtes Herrn Pape zur Wiederwahl aufgestellt haben. Ich weiß, daß er seine Pflicht und Schuldigkeit tut und daß er bei seinen Beurteilungen stets objektiv bleibt. Wir präsentieren deshalb den Herrn wieder und möchten recht herzlich bitten, daß das ^{zusammenfassende} ~~frühere~~ Verständnis wiederhergestellt wird, das früher

her zwischen Herrn Tostmann und mir sich gebildet hatte. Ich bitte Sie, nicht an unseren Vorschlägen zu rütteln, wir mischen uns ^{ja} doch auch in Ihre Vorschläge nicht hinein. Es ist am besten so, daß wir die Vertreter für die Vermieter vorschlagen und Sie die für die Mieter. Eine Änderung dieses Modus ist erst eingetreten, als es sich vor zwei Jahren um meine Person handelte. Warum Sie von meiner Niederwahl abgesehen haben, müssen Sie am besten wissen, und wie gesagt: Ich nehme es Ihnen nicht übel, meine Gesundheit gedeiht dabei viel besser.

Nir präsentieren weiter Herrn Macke zur Wahl, und den haben Sie ja auch vorgeschlagen. Weiter wird von uns Herr Giese, Herr Ulrich und Herr Meyer vorgeschlagen. Der letztere ist Maurermeister und eignet sich auch deshalb für das Amt, weil wir dort Sachverständige haben müssen.

Also ich bitte Sie, ~~heft~~ geben Sie unserer Liste nach, wir respektieren die Ihre ebenfalls. Warum wollen

wollen Sie uns durch Ihre besonderen Vorschläge zwingen, unsererseits auch Vorschläge zur Wahl der Mietervertreter zu machen; das liegt uns gar nicht. Aber wenn Sie auf Ihren Vorschlägen bestehen, dann schlagen wir auch unsererseits Mietervertreter vor. Ich verstehe übrigens nicht, warum denn der ruhig und sachlich denkende Herr Schmerbach und Herr Riechers ausgemerzt werden sollen; sie vertreten doch die Interessen der Mieter unter allen Umständen! Wir werden sie deshalb auf unsere Vorschlagsliste setzen, wenn Sie nicht die Erklärung abgeben, daß Sie unsere Vermietervertreterliste akzeptieren.

Stadt v. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
Ich will anschließen an das, was Herr Frede gesagt hat, nur in einem anderen Tone werde ich reden. Ich muß ihm entgegen: Bange machen gilt nicht! Herr Frede meint, wir sollten für die Mieter unsere Listen aufstellen, und sie würden ihre Listen für die Vermieter aufstellen, dann brauche keine Antipathie zu Tage zu treten. Ja, Herr Frede, Sie sind als Lehrer doch nicht so ganz kurz von Gedanken, daß Sie nicht wissen sollten, woher es gekommen ist, daß wir eine andere Stellung einnehmen müssen. Weil Herr Dr. Meinen nicht scharf genug gegen die Mieter vorgegangen ist, deshalb ist er aus der Liste der Vermietervertreter gestrichen. Das ist doch selbst einem großen Teil der bürgerlichen Gesellschaft zu viel. Man kann doch nicht abläugnen, daß Herr Dr. Meinen mit aller Gewalt im Grundbesitzerverein ein Mißtrauensvotum ausgestellt worden ist, weil er noch etwas als Mensch denkt und fühlt. Weiter aber ist ihm nichts vorgeworfen. Ich meine, in den Bestimmungen, auf
Grund

Grund deren die Beisitzer zum Mieteinigungsamt gewählt werden sollen, ist doch nicht von rechts und links gesprochen, sondern es steht da, das Mieteinigungsamt solle paritätisch zusammengesetzt werden; Vermieter und Mieter sollen Vermietervertreter wählen. Wenn in Braunschweig die Gegensätze sich so scharf zugespitzt haben, so glaube ich bestimmt, daß die treibende Idee dafür im Grundbesitzerverein zu suchen ist und daß dieser daran einen großen Teil der Schuld trägt. Ich erkläre frei und offen: Wenn beide Institute auf gleicher Grundlage sich bereit erklärt hätten, im Interesse der Mieter und Vermieter zu arbeiten, so würden wir ein besseres Verständnis zu verzeichnen haben. Nachdem man aber von dort erklärt hat „Ihr habt nur diese Herrschaften zu wählen“, erklären wir: „Wir wählen die Leute, zu denen wir Vertrauen haben, und nicht die, die auf das Schema des Grundbesitzervereins schwören müssen und nicht davon abgehen dürfen.“ Wenn jene Herren nicht mindestens 3000 $\text{\$}$ für den Grundbesitz herauszuschlagen sich bemühen,

nühen, dann werden sie aus Ihren internen Kreise heraus bugsiert. Da soll man auch hier von jener Seite aus ~~freie~~ Farbe bekennen. Man hat gegen einzelne Personen vom Grundbesitzerberein mobil gemacht und sie herausgewählt; das läßt sich ein großer Teil der Bevölkerung nicht gefallen von den Grundbesitzern. Sie sind doch weiter nichts als Hausknechte der Hypothekenbesitzer, von Hunderten sind doch nicht einmal 5 eigentliche Grundbesitzer, sondern nur Verwalter der Hypothekeninhaber. Man sollte sich doch nicht mit fremden Federn schmücken, sondern in dieser Sache ehrlich sein. Wir wählen nur Leute, zu denen wir Vertrauen haben.

Stadtv. **D i e t e r m a n n**: Auch ich muß sagen:
Wir wählen nur solche Leute, zu denen wir Vertrauen
haben. Wenn Herr Frede/fragt, warum Herr Pape nicht
wieder von uns aufgestellt ist, so möchte ich die
Gegenfrage an ihn richten: Warum haben Sie Herrn Dr.
Meinen nicht wieder aufgestellt? Im Mieteinigungs-
amt, das werden Sie wissen, kann man nur objektiv ur-
teilen und nicht subjektiv. Es wäre vielleicht mög-
lich gewesen, uns mit Ihnen zu verständigen, wenn wir
Ihnen Herrn Eicke präsentiert hätten, mit dem nie
auszukommen gewesen ist. Wo aber wählen wir unsere
Leute, die uns genehm sind. Sie berufen sich auf das
Mieterschutzgesetz, in dem es ausgesprochen sei, daß
die Organisationen Vorschläge für die Wahlen zum
Mieteinigungsamt machen sollen. Noch haben wir dieses
Gesetz nicht und können aus eigener Initiative Vor-
schläge machen. Herr Schmerbach hat auf eine Nieder-
wahl verzichtet und von Herrn Riechers werden Sie
wissen, daß er ein halber Hauswirt ist und nicht als
Mietervertreter fungieren darf. Wenn er auch selber
nicht

nicht Hausbesitzer ist, so ist es doch seine Frau, und deshalb wäre es ein Unsinn, wenn er als Mietervertreter fungieren soll. Wenn er auch seiner Pflicht bisher genügt hat, so können wir ihn doch aus den angegebenen Gründe nicht wieder zur Wahl verschlagen. Deshalb präsentieren wir die Kandidaten, die Ihnen hier genannt sind, und bitten Sie, danach zu wählen.

Stadts. F r e d e : Wenn ich so antworten wollte, wie Herr Lehnert gesprochen hat, dann würde die Sache sehr ungenützlich werden. Er hat unter anderen eine ^{Belohnung} ~~Belohnung~~ über den Begriff „Hausbesitzer“, gegeben. Ich will darauf verzichten, in der gleichen Art zu antworten. Wenn er die Hausbesitzer als Hausknechte ansieht, dann hat er allerdings in einer Beziehung recht. Die Hausbesitzer sind ^{frucht} ~~sozusagen~~ entrechtet und in-so-welt sind sie weiter nichts als Knechte. Aber Herr Lehnert hat mit seinen Vergleich etwas anderes sagen wollen, doch trotz seiner Ausführungen bleiben sie Hauseigentümer.

Nun haben Sie von der Gegenseite die Person des Herrn Dr. Heinen in die Debatte gezogen. Das betrifft eine Sache, die hier nicht zu ^{fr} ~~behandeln~~ ist, aber so gut es geht, will ich Auskunft geben.

Herr Nestner ist von Ihrer Seite nicht wiedergewählt, weil Herr Marth behauptet hatte, er vertrete mehr die Interessen der Vermieter. Ich habe Herrn Marth nachher gesagt, daß er damit ein Unrecht begangen habe, denn es ist nicht so, wie Herr Marth behauptet

behauptet hat. Die Vermieter haben allerdings Herrn Dr. Heinen den Vorwurf gemacht, daß er die Mieter da vertritt, wo sie nicht zu vertreten sind, und daß er nicht ein Vertreter der gerechten Interessen der Hausbesitzer sei. Darum hat ihn die Organisation in ihren Verein ein Mißtrauensvotum ausgestellt. Wenn jemand von Ihrer Seite entsprechend so handeln würde, wie Herr Dr. Heinen es uns gegenüber getan hat, dann würden Sie genau so handeln wie wir. Eine Organisation, die einer Person ein Mißtrauensvotum gibt, das begründet werden ist von verschiedenen Personen, kann unmöglich dazu kommen, die so behandelte Person wieder für das Mieteinigungsamt vorzuschlagen. (Zuruf: Auf wessen Betreiben ist das Mißtrauensvotum erteilt?) Dazu ~~ist~~ ^{bedürft} kein Betreiben nötig, und diejenigen, die über die Vorgänge beim Mieteinigungsamt orientiert sind, wissen davon Bescheid. Persönliche Gründe liegen nicht vor -- mein Wort darauf.

Da nun die Absage von drüben erfolgt ist, haben

wir

**wir uns damit abzufinden, und wissen, was wir zu
zun haben.**

Stadt v. B u r g d o r f: Ich muß mich über die Ausführungen des Herrn Lehnert wundern, denn in seiner Brust müssen doch zwei Seelen wohnen: Einmal ist er als Geschäftsführer der Baugenossenschaft verpflichtet, Hausbesitzerinteressen zu vertreten -- die Genossenschaft ist doch mehrfach Hausbesitzer --, und weiter ist er auch Mieter in dieser Genossenschaft. Herr Lehnert müßte doch als Baufachmann wissen, daß mit dem, was bisher für Instandhaltung der Häuser beilligt worden ist, überhaupt nichts mehr zu machen ist, und wenn die Hausbesitzer lediglich um das kämpfen, was sie in der heutigen schlimmen Zeit haben müssen, dann sollte man es ihnen nicht verübeln. Herr Lehnert sagt: Wenn die Leute nicht für 3000 % kämpfen, dann werden sie aus der Organisation der Hausbesitzer herausgeworfen. Herr Lehnert weiß aber sehr wohl, daß mit 3000% heutzutage garnicht auszukommen ist, sondern daß 6000 % nötig sind, und daß es dann noch nicht einmal möglich ist, das Haus instand zu erhalten. Aber die Sachlage ist die: Die Mieter-
schaft

schaft kann einen derartigen Prozentsatz garnicht tragen und darum hat man sich mit dem begnügen müssen, wie es bisher gewesen ist. Aber Herr Lehnert möge nicht vergessen, was heute das Bauen, das Reparieren usw. kostet und seine Worte danach einrichten.

Stadt v. S c h m e r b a c h: Ich kann nicht unterlassen, hier öffentlich zu erklären, daß ich auf die Wiederwahl in das Miteinigungsamt freiwillig verzichtet habe. Es ist nicht richtig, daß ich es aus dem Grunde getan habe, weil ich keine Zeit dazu hätte, aber ich habe keine Lust, es zu ertragen, daß angezweifelt wird, ob ich nach bestem Wissen und Gewissen meine Schuldigkeit getan habe. Das ist der Grund, warum ich zurückgetreten bin, und ich wünsche den Herren, ob sie nun von der einen oder anderen Seite sind, daß sie ihre Schuldigkeit tun, daß sie unparteiisch und so handeln, wie es ihnen richtig erscheint, wie auch ich es zu tun versucht habe.

Stadt. L e h n e r t: Herr Burgdorff meinte, in meiner Brust wohnten zwei Seelen. Ich weiß nicht, Herr Burgdorff, ob Sie schon Gelegenheit gehabt haben, die Sitzungen der Braunschweiger Baugenossenschaft durchzu-lesen. Wenn Sie das einmal tun würden, dann würden Sie sich nicht zu einer solchen Äußerung entschwingen, daß zwei Seelen in meiner Brust wohnen sollen. Ich habe die Verpflichtung, als Vorstandsmitglied der Genossenschaft sie nach außen hin und den Mitgliedern gegenüber zu vertreten; somit bin ich Mitglied wie jedes andere und habe aber nicht die erste Stufe des als Grundeigentümer erreicht. Ich habe schon zehnmal gesagt: Ein Grundbesitzer, der einigermaßen versteht, mit seinen Mietern zu leben, ist nicht gezwungen, nach dem Mieteinigungsamt zu gehen. Wir sind mit unseren annähernd 1000 Wohnungen der größte Grundbesitzer in der Stadt, und Herr Frede wird mir bestätigen können, mit welchen Widerwillen ich als Vertreter der Genossenschaft nach dem Mieteinigungsamt gegangen bin, als wir gezwungen waren, dort

dort zu erreichen, daß einen Mieter, mit dem nicht auszukommen war, gekündigt wurde. Auf Grund der Antipathie, die man im bürgerlichen Lager gegen die hat, die etwas Menschlichkeitsgefühl in der Brust haben, hat man ihnen ein Mißtrauensvotum ausgestellt. (Zuruf: Stimmt nicht!) Wenn es nicht stimmt, dann wird es von Ihnen stimmend gemacht. Ich habe stets auf dem Standpunkt gestanden, und Herr Frede wird so liebenswürdig sein, das zu bestätigen: Wenn wir beide zusammen gearbeitet haben, dann haben wir beide unsern Standpunkt vertreten, wie wir es mußten, und dann haben wir uns dem Beschlusse des Vorsitzenden gefügt. Wenn aber Herr Burgdorff meint, ich habe die erste Stufe des Grundbesitzers erreicht, dann nehme er noch ein paar Nachhilfestunden und lese unser Statut durch.

Stadt v. B u r g d o r f f: Herr Lehnert hat mich jedenfalls falsch verstanden, denn als Vorstandsmitglied der Baugenossenschaft können Sie nicht anders, als in gewisser Beziehung Vermietervertreter sein.

Wenn Sie sagen, Sie wollten nur Personen wählen, die Ihr Vertrauen haben, dann müssen Sie auch zugeben, daß eine große Interessenvertretung nicht eine Person in das Mieteinigungsamt hineinbringen kann, die das Vertrauen des großen Grundbesitzervereins nicht hat. Die Sache liegt in Wirklichkeit etwas anders, als sie von der Gegenseite dargestellt wird.

Stadt v. M u n t e: Es ist mir zwar eine Ehre gewesen, zu hören, daß ich mit zu denen gehören soll, die Sie in dieses Mietergericht wählen wollen, aber ich muß doch sagen: Es wäre doch richtiger gewesen, wenn Sie mich vorher davon in Kenntnis gesetzt hätten, daß Sie mir eine Weihnachtsfreude damit machen wollten. Die Silvester-Zeitung habe ich schon durchgelesen, aber darin stand es nicht. Meine verehrten Herrschaften, so kann es doch nicht gehen. Sie wissen, vielleicht nicht, daß ich recht viel zu tun habe. Daß ich mich sehr gern für die allgemeinen Interessen betätige, davon habe ich schon Beispiele gegeben, aber schließlich findet alles seine Grenzen. Bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen bin ich gezwungen, mich meinem Geschäfte mehr zu widmen, als ich es vor längerer Zeit tun mußte. Ich gehe mit dem Gedanken um, in jeder Beziehung abzubauen, und kann kein Amt mehr annehmen, vor allen Dingen kann solches wie das, von dem wir eben gehört haben, daß eine lange Zeit des Vormittags zu seiner Ausübung gehört. Ich
möchte

würde Sie also bitten, einen anderen Herren für
mich in Ihre Liste aufzunehmen — vielleicht geht
das noch.

Es findet Zettelwahl statt. Die Herren Stadtverordneter Jahns und Sievers sind Stimmenzähler.

Bei der Wahl der Vermieter erhalten die hierunter verzeichneten Personen die angeführte Stimmenzahl:

Macke 29	Meyer 17
Dr. Heinen 14	Pape 16
Stöter 13	Giese 15
Paulmann 12	Ulrich 15
Munte 7	

Darnach sind als Vermietervertreter gewählt die Herren

Macke, Meyer, Pape, Giese, Ulrich.

Die Wahl der Mietervertreter ergibt folgendes Resultat:

Godelmann 21	Hestner 15
Müllerstein 18	Dietermann 15
Riechers 17	Aßmann 14
Sehnerbach 15	Brecht 14

Der

Der Vorsitzende S t e g m a n n verkündet, daß die Herren Godelmann, Müllerstein und Riechers gewählt sind und daß wegen der zwei noch zu bestimmenden Mietervertreter eine Stichwahl vorgenommen werden muß.

Herr Stadtverordneter S c h n e r b a c h erklärt nochmals, daß er auf seine Wahl verzichtet und das Amt unter keinen Umständen annehmen werde.

Vorsitzender S t e g m a n n: Dann kommt also Herr Schnerbach in Wegfall, es kommen nur noch die Herren Hestner und Dietermann in Frage. Sie sind damit gewählt und eine Stichwahl ist nicht mehr nötig.

13. Neuwahl von Beisitzern zum Rechtsfriedens-
amte.

Stadt v. G r ä f: Die Amtsdauer der für das Rechtsfriedensamt als Schiedsrichter gewählten Beisitzer ist satzungsgemäß auf die Dauer von 3 Jahren festgelegt. Das Rechtsfriedensamt ist am 1. Januar 1920 in Tätigkeit getreten, somit läuft mit dem 31. Dezember dieses Jahres die Amtsdauer der gewählten Beisitzer ab und es haben Neuwahlen stattzufinden. Die ursprüngliche Anzahl der Beisitzer hat sich im Laufe der Zeit als unzureichend herausgestellt und ist durch Beschluß der Stadtverordneten vom 30. Oktober 1920 auf 24 erhöht worden, wobei den bis dahin nicht vertreten|gewesenen kaufmännischen Vereinigungen 4 Sitze eingeräumt sind.

Der Rat der Stadt überreicht der Stadtverordnetenversammlung eine Beisitzerliste, die nach den Vorschlägen der Berufsvertreter aufgestellt ist, und zwar hat die Handwerkskammer und die Handelskammer je 6 Beisitzer benannt, der Gewerkschaftsbund der Angestellten

Angestellten und der Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband je einen, der Zentralverband der Angestellten 2 und das Gewerkschaftskartell 8. Die Namen der Vorgeschlagenen sind die folgenden:

a) Handwerkskammer :

Schneiderobermeister Blume,
Malermmeister H. Flöhe,
Schlossermeister Karl Knopp
Maurermeister W. Krause,
Schuhmachermeister H. Rinke,
Bäckermeister Th. Gartung.

b) Handelskammer :

Kaufmann Karl Ohns,
Kaufmann Karl Wenning,
Stadtrat A. Ralfs,
Fabrikant Ernst Weber,
Fabrikant Karl Oppermann,
Kommerzienrat M. Gutkind.

c) Gewerkschaftsbund der Angestellten:

Kaufmann Willi Cleve,

d) **Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband:**

Kaufmann Heinrich Stukenberg,

e) **Zentralverband der Angestellten:**

Kaufmann Willi Borchers,

Lagerhalter Erich Asmus,

f) **Gewerkschaftskartell:**

Gewerkschaftsbeamter W. Voß,

Kolonialwarenhändler K. Löhr,

Dreher A. Borchers,

Gewerkschaftssekretär Grötenohl,

Geschäftsführer Matthäus Rejnowski,

Geschäftsführer Heinrich Bärsch,

Gewerkschaftsaufsichtsbeamter Henri Bren-
necke,

Schlosser Otto Fischer.

Die Genannten haben sich im Falle ihrer Bestätigung durch die städtischen Behörden zur Übernahme des Amtes für die folgenden 3 Jahre bereit erklärt, und der Rat der Stadt richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, die Wahl der bezeichneten Beisitzer für die Zeit von 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1925 zu bestätigen

bestätigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß auch den Beisitzern des Rechtsfriedensamtes, und zwar bereits von 1. Oktober vorigen Jahres an, die für die Stadtverordneten und deren Kommissionen gewährte Vergütung beziehungsweise Aufwandsentschädigung gezahlt wird.

Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Vorlage des Rates beschäftigt und bittet Sie, Ihre Zustimmung zu den Anträgen des Rates aussprechen zu wollen.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu
den in der Ratsvorlage enthaltenen Anträgen aus.

(Lehr. Rudolf Frick)

22. Bewilligung von Mitteln für die Schul-
entlassenen - Spende .

Stadtfr. Frau Götze: Die geehrte Versammlung wird sich erinnern, daß vor einiger Zeit Herr Stadtverordneter Stukenberg den Antrag einbrachte, die Stadtverordneten möchten beschließen, wie im vorigen Jahre auch in diesem Jahre wieder Geldmittel in angemessener Höhe für eine Schulentlassenenenspende zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen und ein Ausschuß gewählt, der gemeinsam mit Vertretern des Rates die Vorbereitung der Angelegenheit übernehmen sollte. Der Ausschuß hat inzwischen getagt und ist zu der Ansicht gelangt, daß die zur Verfügung zu stellende Summe natürlich in Anbetracht der heutzutage^{bestehenden} unglaublichen Erhöhung aller Preise im Vergleich zum vorigen Jahr ganz erheblich erhöht werden müßte. Er beantragt deshalb bei den städtischen Behörden die Bewilligung einer Summe bis zu 500 000 Mark. Im vorigen Jahre hat man 100 000 Mark verteilt, es sind 400 Kinder bedacht worden und die Beihilfen schwankten zwischen 100 und 450 Mark

Mark je nach der Bedürftigkeit. In diesem Jahre muß man natürlich mit ganz anderen Beträgen rechnen.

Der Rat vermag sich diesen Ausführungen nicht zu verschließen und gibt den Stadtverordneten anheim, einen Betrag bis zu 500 000 Mark für die Schulentlassenen-Spende zu bewilligen und dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen.

Die Finanzkommission hat sich ~~an~~ diesem Ersuchen des Rates vollkommen angeschlossen und gibt ebenfalls anheim die 500 000 Mark zu bewilligen.

Auch wegen des zweiten Punktes in dem Antrage des Herrn Kollegen Marth konnte in der Beratung des Rechtsausschusses kein endgültiger Beschluß erzielt werden. Es wurde bei der Besprechung hervorgehoben, daß es wünschenswert wäre, die Nachmittage für die Sitzungen des Mieteinigungsamts heranzuziehen, damit die Persönlichkeiten, die zu einer Mietstreitigkeit erscheinen müssen, nicht immer gezwungen sind, Arbeitsstunden zu versäumen und dadurch Schaden in ihrer Einnahme zu erleiden. Jetzt besteht vielfach die Praxis, daß die Betreffenden als Vertretung für sich ihre Frauen zu den Terminen schicken und es ist erklärlich, daß diese sich nicht so über den Streitfall auslassen können, den der Mieter und der Hauswirt miteinander persönlich gehabt haben. Ferner kommt in Betracht, daß am Morgen auch die Zeugen schwerer abkömmlich sind, denn sehr oft wird von diesen gesagt, daß sie keine Neigung haben, vor dem Mieteinigungsamt zu erschei-

nen

nen, weil sie durch Arbeitsversäumnis eine erhebliche Schädigung an Verdienst erleiden, aber seitens des Mieteinigungsamts / keine Entschädigung bekommen. Auch das wäre ein Grund dafür, die Nachmittage für die Sitzungen des Mieteinigungsamts in Anspruch zu nehmen. Der hiergegen angeführte Grund, daß zu dieser Zeit Räume im Rathause nur sehr schwer frei zu machen sein werden, ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Solche Schwierigkeiten werden in der Tat vorkommen; denken wir z.B. an die Zeit, in denen die Sitzungen der Stadtverordneten und ihrer Kommissionen stattfinden, wodurch mehrere Räume besetzt werden, so ist in dieser Zeit kein Raum für die Beratungen des Mieteinigungsamts frei. Der Rechtsausschuß wurde sich deshalb wegen des Punktes 2 in dem Antrage des Herrn Marth dahin schlüssig, den Rat der Stadt zu ersuchen, den Antrag zu prüfen und den Stadtverordneten Vorschläge zu machen, ob und wie es einzurichten geht, die Sitzungen des Mieteinigungsamts auf die Nachmittage zu verlegen.

Hand

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren!
Mit dem ersten Antrage, den ich gestellt habe,
werden wir uns in dem Wohnungsausschuß weiter be-
schäftigen müssen. Der zweite Antrag, die Sitzun-
gen der Mieteinigungsämter auf die Nachmittage zu
verlegen, erscheint mir nun so wichtig, daß ich
nicht umhin kann, heute noch einmal dafür einzu-
treten. Der Herr Berichterstatter hat schon ange-
führt, welche Gründe dafür sprechen, dennoch möch-
te ich nochmals hervorheben, wie dringend nötig
es ist, daß dem rechtsuchenden Publikum Gelegen-
heit geboten sein muß, ihre Angelegenheit auch
außerhalb der Arbeitszeit im Mieteinigungsamte
vertreten zu können. Wenn die Sitzungen des Miet-
einigungsamts am Vormittage stattfinden, wo derje-
nige, der seine Sache selbst vertreten will, genö-
tigt ist, seine Tagesarbeit zu versäumen und es
weiter ihm sehr schwer wird, einen Zeugen herbei-
zubekommen, der auch seine Arbeit versäumen muß

und

*geführt in einem
anderen Gesetzg.
Rhd*

lende Gebührenteil je nach dem Grundsteuerkapital
des Wohnhauses

5, 12,50, 16, 25,,,30, 37,50 , 50 Mark ;

bei Annahme des Antrages würden folgende Zahlen ein-
zusetzen sein

20, 50, 64, 100, 120, 150, 200 Mark.

Diese Gebühr bleibt weiter hinter dem Werte der
städtischen Leistungen zurück, aber in Rücksicht
auf die allgemeine Notlage will der Rat der Stadt
zur Zeit keine weitergehenden Anträge stellen.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache be-
schäftigt, er erkennt an, daß es notwendig ist, dem
Ratsantrage zuzustimmen, und so bitte ich Sie im
Namen des Ausschusses um Annahme des Ratsantrages.

Schließlich kommt noch etwas in Frage, was bei unserer Finanzlage von Wichtigkeit ist. Es wird auf die Dauer nicht möglich sein, daß die Beisitzer mit der ihnen gewährten Entschädigung auskommen; wir werden dahinkommen, daß wir sie voll entschädigen müssen, daß wir ihren Verlust an Arbeitsverdienst ersetzen und Aufwandsentschädigung zahlen müssen, wenn die Sitzungen weiter an den Vormittagen stattfinden. Anders ist die Sache, wenn die Sitzungen des Mieteinigungsamts in die Nachmittagsstunden verlegt werden, wo die Beisitzer~~n~~ sogut wie die Kläger und Verklagten nichts von ihrem Arbeitsverdienst verlieren und man sich bei den Beisitzern nur mit einer Aufwandsentschädigung abfinden kann.

Es sind also der Hauptsache nach 2 Gründe, die mich zu dem Antrage gebracht haben: Dem rechtsuchenden Publikum muß entgegen~~ge~~kommen werden, damit es sein Recht vertreten kann, und sodann ein Sparsamkeitsgrund, daß man nicht den Beisitzern die hohen Entschädigungskosten zahlen muß für das, was sie an Arbeitszeit versäumen.

Jch

*Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.
Daß der Rechtsausschuß nicht meinem Antrage in seiner Gesamtheit zustimmte, liegt nur an den Bedenken wegen der Räumlichkeit, aber der Rat sollte nach der Ansicht des Rechtsausschusses beauftragt werden, geeignete Vorschläge wegen der Räumlichkeiten zu machen. Grundsätzlich stand der Rechtsausschuß auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, diese Sitzungen des Mieteinigungsamts auf die Nachmittage zu verlegen.*

**Die Versammlung stimmt den Anträgen des Rechts-
ausschusses zu.**

(Antrag Marth.)

15. Gewährung eines Zuschusses an den Verein Volkslesehalle aus der Jüdelstiftung.

Stadt v. M u n t e : Der Verein Volkslesehalle hat sich wieder einmal mit einem Schreiben um Gewährung eines Zuschusses an den Vorstand der Jüdelstiftung gewandt. Die geehrten Herrschaften wissen wohl, daß Herr Kommerzienrat Jüdel die Volkslesehalle zum großen Teil durch seine Zuwendungen mit eingerichtet hat und sie bei seinen Lebzeiten reichlich unterstützt hat. Der Vorstand des Vereins Volkslesehalle beruft sich hierauf, und möchte, trotzdem vom Landtage und uns die Übernahme der Unterbilanz der Volkslesehalle übernommen worden ist, nicht ganz auf die Zuschüsse aus der Jüdelstiftung verzichten, weil dieses Beispiel der Unterstützung der Volkslesehalle anregend auch auf die übrigen Bewohner der Stadt und des Landes wirken soll, sodaß deren Gebefreudigkeit gegenüber der Lesehalle nicht eingekullt wird. Der Vorstand der

Jüdelstiftung

Jüdelstiftung hat die erbetene Beihilfe von 25 000 M für das laufende Jahr bereits bewilligt, und da nach dem Testamente des Herrn Jüdel zu diesen Bewilligungen aus Abteilung III der Jüdelstiftung die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung notwendig ist, ersucht uns der Rat der Stadt, diese Zustimmung zu erteilen. Der Finanzausschuß hat einstimmig beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, ihre Genehmigung zu der Bewilligung dieser 25 000 M auszusprechen.

**Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu der
Gewährung des Zuschusses an die Volkslesehalle aus
Abteilung III der Jüdelstiftung aus.**

**Der Vorsitzende schließt die öffentliche
Sitzung.**

Schluß der Sitzung 7 1/4 Uhr.

N i e d e r s c h r i f t

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Dienstag, den
2. Januar 1923 im Altstadtrathause.

=====

Gegenwärtig

die Stadtverordneten ohne die entschuldigten Herren
D i e t e r m a n n , G r ä f , J a h n s , Dr.
J a s p e r , S c h m e r b a c h , D i e r s und
Fräulein W o l t e r s .

=====

Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine Be-
sichtigung des Kellers im Altstadtrathause statt.
An Hand von Plänen gab Stadtbaurat O s t e r l o h
einen Überblick über die Erbauung und bisherige Be-
nutzung der Kellerräume und führte dabei aus, daß
die Kellerräume, wenn sie wieder in Gebrauch genom-
men werden sollten, zuvor instandgesetzt werden
müßten.

Registrator.

Die

Die Pilzbildung an den Säulen und Decken müßte entfernt und die Ausbesserung der Fußböden müßte vorgenommen werden. An eine Kanalisierung der Kellerräume sei nicht zu denken, da der in Frage kommende Kanal viel höher läge als der Keller.

Nachdem dann noch der Vertreter der Künstlerschaft, Braunschweigs, der Kunstmaler Lilien in längeren Ausführungen seine Pläne über die Bestrebung der Künstlerschaft Braunschweig zur Erwerbung eines Künstlerheims im Altstadtrathause der Versammlung dargelegt hatte, wobei er die Behandlung einer Eingabe der Künstler im Rat und in der letzten Stadtverordnetenversammlung in einer Weise kritisiert, die der Vorsitzende als „mindestens unangemessen“ bezeichnete, trat man in die Tagesordnung ein.

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Frede eröffnete die Sitzung um 6 Uhr nachmittags und leitete die Verhandlungen.

Ir

Er begrüßte zunächst die Versammlung und wünschte der Versammlung im kommenden Jahre alles Gute.

Zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Verpachtung des Kellers im Altstadtrathause

führte der Vorsitzende aus, daß die Versammlung einen Überblick über die Kellerräume des Altstadtrathauses erhalten und die Ausführungen des Kunstmalers Lilien gehört habe, es sei jetzt Sache der Versammlung, sich über die Verpachtung der Kellerräume schlüssig zu werden.

Stadtv. Stegmann ersuchte den Rat, sich darüber zu äußern, ob der vom Rate gestellte Antrag nach aufrecht erhalten werden solle.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß der Rat sofort keine Erklärung abgeben könne und es würde sich vielleicht empfehlen, den Antrag nochmals an eine Kommission (Rechts-, Bau- oder Finanzausschuß) zurückzuverweisen.

Stadtv.

Stadtv. M a r t h führte aus, daß man heute nicht imstande sei, sich ein abschließendes Urteil zu bilden und beantragte, zur Beratung des Antrages einen besonderen Ausschuß einzusetzen.

Für den Antrag Marth sprachen dann noch die Stadtv. Lehnert, Dr. Röpke, Melzer und Nöll.

Zur Besprechung in den Fraktionen ließ hierauf der Vorsitzende eine Pause von 5 Minuten eintreten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurden von den einzelnen Fraktionen folgende Herren für den Ausschuß in Vorschlag gebracht

Stadtv. Frede, Dr. Schultze, Rasche, Dr. Röpke, Sauerbier, Sievers, Regener und Lehnert.

Dieser Ausschuß soll den Antrag beraten und dann der Versammlung Bericht erstatten.

Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Dr. Röpke gewählt.

Zum Schluß widerlegten die Stadtv. Dr. Schultze und Sauerbier die Ausführungen des Kunstmalers

Lilien

Lilien, daß weder „die Rechte“ noch „die Mitte“ zum Antrage wegen der Verpachtung des Kellers gesprochen hätten.

Schluß der Sitzung 6²⁵ Uhr.

gez: Gustav Frede,
Vorsitzender.

gez: C. Wehrmann,
stellv. Schriftführer.

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den 18. Januar 1923, nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig

**die Stadtverordneten ohne
die entschuldigten Herren
Drews, Gräf, Dr. Jasper, Dr. Röpcke
und Frau Götze.**

Der Vorsitzende, Stadtr. Frede, eröffnete die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Folgende Eingänge wurden bekanntgegeben:

- 1) Eingabe mehrerer städtischer Ruhegehaltsempfänger um Auszahlung der ihnen zustehenden Feuerungszulagen bzw. Gewährung von angemessenen Vorschüssen.**

(Kenntnis gegeben).

- 2) Eingabe des Rangierers Hans Diekmann hier, Hopfengarten 4, um Eintragung in die Dringlichkeitsliste des**

Moh-

Rangierers

Wohnungsamtes. (Die Eingabe wurde dem Rat zur weiteren Veranlassung überwiesen)

- 3) Eingabe des Hilfslehrers Rudolf Winkler, hier, Paulikirche 1, um Übernahme in den Schuldienst der Stadt Braunschweig. (Die Eingabe wurde dem Rat überwiesen).

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Oberbürgermeister Retemeyer gab anheim, den Punkt 10 der Tagesordnung - seiner Dringlichkeit wegen - zuerst zu beraten.

1) Rückzahlung einer Anleihe.

Der Berichterstatte des Finanzausschusses Stadtv. Stegmann teilte mit, daß nach der Vorlage des Rats vom 5. Januar 1923 Nr. 9635 bei der Braunschw. Staatsbank eine Anleihe von 19 139 934,80 M (für gezahlte Familien Unterstützungen) aufgenommen sei. Das Reich ist jetzt

be-

bereit, diese Anleihe der Braunschw. Staatsbank zurückzuzahlen, verlangt jedoch die Abgabe folgender Erklärung „ daß nach erfolgter Barzahlung der festgestellten Forderung bezw. des noch nicht getilgten Restes weder aus dieser Forderung noch aus der durch Aufnahme der Anleihe der Stadt erwachsenen Verpflichtungen dieser noch irgend welche Ansprüche auf Grund des § 59 des Landessteuergesetzes den Reiche gegenüber zustehen werden“.

Der Rat ersuche die Versammlung, ihn zur Abgabe der vorstehenden Erklärung zu ermächtigen. Namens des Finanzausschusses ersuchte der Stadtv. Stegmann die Versammlung, dem Antrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

2) Antrag des Stadtv. Burgdorff:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß der Rat eine Vorlage einbringt, durch welche die Wertzuwachssteuersatzung Nr. 83 den jetzigen Zeitverhältnissen

sen

sen angepaßt wird, um bei der vorgeschrittenen Geldentwertung Härten zu vermeiden.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Kahler über den Antrag. Er führte aus, daß, wenn die Wertzuwachssteuer auch den augenblicklichen Verhältnissen nicht mehr angepaßt sei, so könne zurzeit doch nicht an einen Abbau derselben gedacht werden. Auf alle Fälle müsse man der Spekulation mit Grundstücken - insbesondere dem Verkaufe von Grund und Boden an Ausländer - energisch entgegentreten. Im Rechtsausschuß sei man dahin übereingekommen, der Versammlung die Ablehnung des Antrages anheimzugeben.

Zu dem Antrage sprechen dann noch die Stadtverordneten Marth, Möll, Lehnert und Dr. Schultze. Die ersten drei Stadtverordneten begründeten die Ablehnung des Antrages, während Dr. Schultze auf Härten im Statut hinwies.

Stadtv. Burgdorff erwiderte, sein Antrag sei von

einkl-

einigen Stadtverordneten falsch verstanden, es solle nicht ein Abbau der Wertzuwachssteuer sein, sondern nur gewisse Härten sollen beseitigt werden, auch er wäre dafür, zu verhindern, daß Grund und Boden an das Ausland verkauft werden.

Stadtrat von Frankenberg teilte mit, daß schon Verhandlungen wegen Änderung der Wertzuwachssteuer in die Wege geleitet seien, sobald die vom Deutschen Städtetage in Berlin angeforderten Unterlagen eingegangen seien, würde der Rat den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurde der Ab-
Antrag abgelehnt.

3) Verpachtung des Kellers im Altstadtrathause.

Die Beschlußfassung wurde abgesetzt, da der Ausschuß
seine Beratungen noch nicht abgeschlossen hat.

Hierauf teilte der Stadtv. Sauerbier der Versammlung
mit,

mit, daß der Inhaber der Kleinkunsthöhne Viktoria Luise - Marschka - die aus einer Wohltätigkeitsveranstaltung erzielte Brutto-Einnahme von 33 015 M dem städtischen Wohlfahrtsamte zur Unterstützung von Kleinrentnern überwiesen habe und überreichte dem Vorsitzenden diesen Betrag in einem verschlossenen Pakete.

Der Vorsitzende sprach die Befriedigung der Versammlung aus und gab den Wünsche Ausdruck, daß diesen Beispiel noch andere folgen möchten.

Der Betrag wurde dem Rat der Stadt überwiesen.

4/ Genehmigung eines Satzungsentwurfs, betr. Erhebung einer Schankerlaubnisabgabe.

Berichterstatter über den den Stadtverordneten vom Rat vorgelegten Satzungsentwurf war Frau Stadtverordnete Schulze. Die einzelnen Paragraphen wurden der Versammlung zur Kenntnis gebracht und wurde der Versammlung namens des Rechtsausschusses die Zustimmung zum Satzungsentwurf empfohlen.

Bei |

Bei dieser Gelegenheit regten die Stadtverordneten Harth und Stegmann an, die sogenannten „Schlennerlokale“ – Likörstuben und dergl. – ganz besonders zur Steuer heranzuziehen, ebenso die in den geschlossenen Gesellschaften – Privathaushaltungen – stattfindenden Bälle, Kostümfeste, Tees usw.

Stadtrat von Frankenberg erwiderte der Versammlung, daß sich auch der Rat schon mit der Heranziehung der „Schlennerlokale“ zur Steuer befaßt habe, es aber bislang schwer gewesen sei, einen Unterschied zwischen einem Schlenner- und einem anderen Lokale zu machen. In letzter Zeit erst hätte sich der Unterschied deutlich erkennbar gemacht und es sollen demnächst der Versammlung Vorschläge über die Versteuerung der „Schlennerlokale“ unterbreitet werden.

Es folgte alsdann die Abstimmung über den Satzungsentwurf.

Die Versammlung stimmte zu.

5) Gewährung einer Beihilfe an den Deutschen Verein
für öffentliche und private Fürsorge.

Über die Vorlage des Rats berichtete Stadtverordneter Munte (Finanz-Ausschuß). Er führte aus, daß der Rat anheimgegeben habe, neben dem Jahresbeitrage von 1500 M den betr. Vereine einen außerordentlichen Betrag von 3000 M - für dieses Jahr - zu bewilligen.

Namens des Finanzausschusses wurde die Bewilligung der Mittel empfohlen.

Beschluß: 3000 M wurden bewilligt.

6) Genehmigung eines Satzungsentwurfs über die Unter-
haltung einer Handwerker- und Kunstgewerbeschule.

Für den Schulausschuß berichtete Stadtv. Stukenberg über den den Stadtverordneten vom Rat vorgelegten Satzungs-entwurf. Er empfahl der Versammlung, den Entwurfe mit den vom Schulausschusse gemachten Änderungen zuzu-
stimmen.

Die einzelnen Paragraphen wurden der Versammlung

vor-

vorgelesen und stimmte hierauf die Versammlung den Entwürfe und den Änderungen zu.

Gleichzeitig wurde der Rat ermächtigt, den Tag des Inkrafttretens dieser Satzung zu bestimmen.

Eine Anfrage des Stadtv.Stegmann, ob eine Bevorzugung der Kunstgewerbeabteilung gegenüber der Handwerkerabteilung stattfände, wurde vom Stadtrat Schaper im verneinenden Sinne beantwortet.

7) Gewährung einer Beihilfe an den Verein für Gesundheitspflege.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv.Steinert über die Ratsvorlage.

Er führte aus, daß nach einer Mitteilung des Staatsministeriums dem Verein für Gesundheitspflege zur Deckung seines Fehlbetrages von 90 000 M von Staate 40 000 M bzw. 15 000 M bewilligt werden sollen, wenn stadtseitig ein gleicher Zuschuß geleistet würde.

Der Rat habe anheimgabegeben für die Tuberkulosenfürsorgestelle 40 000 M und für den Verein selbst 15 000 M zu bewilligen und empfahl - namens des Finanz-
aus-

ausschusses die Mittel zu bewilligen.

Bei der Beratung dieses Punktes entspann sich eine längere lebhafte Debatte, an der sich die Stadtverordneten Marth, Steinert, Dr. Schulze, Lehnert und Maaß beteiligten. In der Hauptsache handelte es sich um eine bessere Unterbringung der Tuberkulosenfürsorgestelle sowie um einen weiteren Ausbau derselben.

Genau wie den Kleinrentnern und anderen Hilfsbedürftigen müsse man auch den Tuberkuloseerkrankten die nötigen Mittel zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit zur Verfügung stellen, sei es in Geld oder Lebensmitteln. Stadtrat von Frankenberg teilte der Versammlung mit, daß es bislang dem Rate noch nicht gelungen sei, geeignete Räume für die Tuberkulosenfürsorgestelle zu finden, der Rat werde aber weiterhin bemüht sein, für eine bessere Unterbringung zu sorgen.

Stadtrat Schaper teilte mit, daß die Räume in Krukenbergsehen Hause an neuen Petritore nicht in Frage kommen könnten, da dort schon vormittags in 4 Räumen Fortbildungsschulunterricht erteilt würde.

Bei

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurden die beantragten Mittel bewilligt.

8) Verkauf einer Fläche an der Wolfenbüttelerstraße.

Der Antrag war im Ausschuß nicht genügend vorberaten und wurde daher von der Tagesordnung abgesetzt.

9) Bewilligung von Mitteln zur Herbeiführung einer verbesserten Abfederung in den 3 Krankentransportwagen.

Stadts.Gartung berichtete über die Ratsvorlage namens des Bau-Ausschusses.

Zu einer besseren Abfederung der Krankenwagen seien 22 832 M + 36 416 M = 59 248 M erforderlich, deren Bewilligung er der Versammlung anheimgab.

Die Mittel wurden bewilligt.

10) Erhöhung der Vergütung für die Schwestern und Lehrschwestern von Roten Kreuz.

Stadts.Nunte - als Berichterstatter des Finanzausschusses-

schusses - gab der Versammlung anheim, der vom Rat beantragten Erhöhung der Vergütung für die Schwestern von 1250 M auf 6000 M und für die Lehrschwestern von 500 M auf 2000 M jährlich - nicht monatlich - zuzustimmen.

Stadt v. Steinert führte aus, die Krankenpflege in der Stadt Braunschweig müsse noch weiter ausgebaut werden, sie läge augenblicklich arg darnieder; es fehlte hier gänzlich an einer „Privatkrankenpflege“, an Pflegerinnen, die neben der eigentlichen Krankenpflege auch in den Familien, wo es notwendig sei, die häuslichen Arbeiten mit übernehmen würden.

Der Arbeiter-Samariterbund habe es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Gedanken zu verwirklichen, was ihm aber - da ihm die erforderlichen Mittel fehlten - noch nicht gelungen sei.

Stadtrat von Frankenberg sagte zu, den Ausbau der Krankenpflege in der vom Stadtverordneten Steinert geschilderten Weise näher zu treten und gab anheim, entsprechende Anträge des Arbeiter-Samariterbundes dem Rate zu unterbreiten.

Der

Der Erhöhung der Vergütung in beantragter Höhe wurde zugestimmt.

11) Neuwahl von Beisitzern zum Mieteinigungsamt.

Stadtv. Dr. Kahlert führte als Berichterstatter des Rechtsausschusses aus, daß für die am 29. Dezember 1922 zu Beisitzern des Mieteinigungsamts gewählten Herren Godelmann, Giese und Müllerstein Neuwahlen vorzunehmen seien, da sie ihre Wahl abgelehnt hätten.

Vom Rechtsausschuß wurden folgende Personen in Vorschlag gebracht:

von den „Linksparteien“:

Assmann, Helmstedterstraße 3,

Schmerbach, Sehornhorststraße 14

(Mieter-Beisitzer)

Dr. Meinen, Sonnenstraße 6

(Vermieter-Beisitzer)

von den „Rechtsparteien“:

Elfroth, Campestraße 26,

(Vermieter-Beisitzer)

He-

Hering, Riddagshäuserweg 7,
von Aschen, Wolfenbüttlerstr. 40
(Mieter-Beisitzer).

Die daraufhin vorgenommene Wahl durch Stimmzettel
hatte folgendes Ergebnis:

Elfroth	12	Stimmen
Dr. Heinen	18	"
v. Aschen	16	"
Hering	15	"
Schmerbach	16	"
Aßmann	15	"

Gewählt sind somit Dr. Heinen, Schmerbach und
von Aschen.

12) Erhöhung der Müllabfuhrgebühren.

Die Vorlage ist vervielfältigt.

Über die Vorlage berichtete namens des Finanzausschusses
Stadtv. Dietermann.

Er

Er empfahl der Versammlung der Vorlage zuzustimmen und zwar mit der Maßgabe, daß in der zu erlassenden Satzung ein Paragraph aufgenommen werden solle, durch den Härten vermieden werden könnten.

Stadtv. Stegmann stellte den Antrag, die Vorlage abzulehnen bezw. sie an den Ausschuß zur nochmaligen Durchberatung zurückzuverweisen. Die Erhöhung der Gebühren um das 666-fache sei für viele Familien - Kleinrentner, Kriegsinvaliden usw. - zu hoch.

In der zu erlassenden Satzung müßte ein Paragraph aufgenommen werden, nach welchem Familien - bis zu einem gewissen Einkommen - von den Gebühren frei bleiben.

Vielleicht sei es möglich, die durch die Gebühren nicht gedeckten Unkosten durch andere Betriebe zu decken, ~~auf~~ eine bessere Ausnutzung des Pferdenaterials müsse auch bedacht genommen werden.

Bürgermeister Meyer führte aus, daß die Vorlage des Rats erkennen lassen sollte, welche Gebühren erhoben werden müßten, um die Unkosten zu decken. Er

gäbe

gabe anheim, die Vorlage nicht glatt abzulehnen, vielmehr die Vorschläge des Stadtv. Stegmann bei der Beratung zu verwerten.

Eine bessere Ausnutzung des Pferdematerials sei nicht möglich, da dann wieder Arbeitskräfte eingestellt werden müßten.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrage des Stadtv. Stegmann entsprechend die Vorlage zur nochmaligen Durchberatung an den Ausschuß zurückverwiesen.

13) Einführung der Wolfenbütteler-Linie der Straßenbahn in die Stadtmitte.

Stadtv. Pieper berichtete über die Vorlage des Rats. Nach einem Schreiben der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft solle die Endstation der Linie Wolfenbüttel - Braunschweig vom Augusttore nach dem Hagenmarkt verlegt werden.

Die Wagen würden dann vom Augusttor über Bruch-
tor

torwall - Hauptbahnhof - Friedrich Wilhelmstraße - Münzstraße - Casparistraße zum Hagenmarkt fahren und zurück über Bohlweg - Stobenstraße - Auguststraße zum Augusttore.

Namens des Bauausschusses gab Stadtv. Pieper der Versammlung anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Eine Anfrage des Stadtv. Sauerbier, ob auch die „großen Wagen“ auf der geplanten Strecke fahren könnten, wurde bejahend vom Stadtbaurat Gebensleben beantwortet.

Der Vorlage wurde darauf zugestimmt.

14) Anfrage des Stadtverordneten Burgdorff:

Der Rat wird um Auskunft ersucht, weshalb den städt. Beamten und Angestellten noch nicht die Teuerungszulagen für Dezember voll ausgezahlt sind, während den Reichs- und Staatsbeamten bereits die Zuschläge für Januar ausgezahlt wurden. Bei der enormen Geldentwertung ist schnellste Auszahlung dringend erforderlich.

Die Anfrage wurde in vertraulicher Sitzung behandelt.

15) Anfrage des Stadtverordneten Regener:

Den städtischen Beamten ist bis zum 6 heutigen Tage die für Dezember zu zahlende Teuerungszulage noch nicht überwiesen worden; dieses bedeutet bei dem ständig sinkenden Geldwert eine empfindliche Schädigung der Beamten

Ist der Rat der Stadt bereit und in der Lage schleunigst die Mittel zu beschaffen, um die Verpflichtungen der Stadt zu erfüllen ?

AB.! Das Gleiche gilt für die Arbeiter soweit die Januarzuschläge in Frage kommen.

Die Anfrage wurde in vertraulicher Sitzung behandelt.

16) Anfrage des Stadtverordneten Messenius:

Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, daß die Lohnzahlungen an unsere Arbeiter, welche wir vertraglich zu zahlen haben, auch pünktlich erfolgen.

Die Anfrage wurde in vertraulicher Sitzung behandelt.

17) Anfrage der Frau Stadtv. B ö h m :

Möchte wir an den Rat der Stadt die Anfrage erlauben, ob die städtischen Bekanntmachungen nicht in alle hiesigen Tageszeitungen aufgegeben werden.

Bürgermeister Meyer beantwortete die Anfrage dahin, daß die Bekanntmachungen des Rats in allen in der Stadt Braunschweig erscheinenden Zeitungen bekanntgegeben würden, nicht aber in auswärtigen.

18) Anfrage des Stadtverordneten Bietermann:

Was gedenkt der Rat der Stadt zu dem Vorgehen des Lichtwerks zu tun, betr. Einführung einer Pauschalzahlung des Lichtverbrauchs.

Stadtv. Bietermann führte aus, daß die ab 1. Januar d.J. vom Lichtwerk eingeführte „Grundgebühr“ viel zu hoch sei, sie bedeute für viele Familien eine zu große finanzielle Belastung, da diese Gebühr unabhängig vom

Strom-

Stromverbrauch jeden Monat gezahlt werden müßte.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß das Lichtwerk eine „Grundgebühr“ eingeführt habe, um die zur Unterhaltung der Maschinen pp. nötigen Mittel zur Verfügung zu haben. Je höher der Stromverbrauch – desto besser stände man sich.

Die Grundgebühr betrage z.B. zurzeit

für eine 2 Zimmer-Wohnung . . 750 M

3 „ „ . . 1000 M

4 „ „ . . 1250 M usw.

Stadtv. Stegmann bezeichnet die Einführung der Grundgebühr als ein ganz raffiniertes System, um noch mehr herauszuholen.

Auch Stadtv. Dr. Schultze sprach sich gegen die Grundgebühr aus und erklärte sie für ungerecht.

Oberbürgermeister Retemeyer sagte der Versammlung zu, daß diese Frage in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrats der Straßeneisenbahn nochmals erörtert werden solle.

Schluß 7²⁰ H.

gez: Gust. Frede.

Vorsitzender.

gez: C. Mehrmann,

stellv. Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den 8. Februar
1923, nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten ohne die
entschuldigten Herren Dr. Jasper,
Maaß und Drews.

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Frede eröffnete die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Geh. Baurats Winter, der vor einiger Zeit seinen 80. Geburtstag begehen konnte, es wurde beschlossen, ihm ein Glückwunschsreiben zu übersenden. (Jst am 9. Februar c. geschehen.) Hierauf wurden folgende Eingänge bekannt gegeben.

1.) Schreiben des Staatsministeriums (Br. Wirtschaftsminister) betr. Erhaltung des Flugplatzes für die Zwecke des Luftverkehrs.

Registrierung

(Kennt-

(Kenntnis gegeben.)

2.) Eingabe des Verbandes des braunschw. Großhandels betr. Neubesetzung der Preisprüfungsstellen.

(Kenntnis gegeben.)

3.) Desgleichen der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels

(Kenntnis gegeben.)

4.) Eingabe mehrerer Inhaber von Luxuswarengeschäften wegen Verkauf von kunstgewerblichen Gegenständen in den Räumen des Altstadtrathauses - bei Verpachtung der Räume an den Künstlerbund Braunschweig.

(Kenntnis gegeben.)

5.) Eingabe des Reichsbundes Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler E.V. Sitz Frankfurt a/M., Ortsgruppe Braunschweig betr. den Verkauf von Gegenständen ihres Geschäftsbetriebes im Altstadtrathause.

(Kenntnis gegeben.)

6.) a) Eingabe der Beamten und Angestellten der Deutschen Bank, Filiale Braunschweig,

b) des Patentanwalts Arndt, Kaiser Wilhelmstr. 1a,

c)

- c) des Regierungsrats Schwetge, Blücherstraße 3,
- d) des Vorstandes des Ortsvereins Braunschweig
der Deutsch- demokratischen Partei,
- e) der Beamten und Angestellten der Braunsch.
Staatsbank wegen der Einführung einer Grund-
gebühr beim Lichtwerk (Elektrizitätswerk).

(Kenntnis gegeben,

die Eingaben sind mit dem vom Stadtverordneten Stegmann gestellten Dringlichkeitsantrage dem Rat der Stadt übersandt).

7.) Dankschreiben des Künstlerbundes Niedersachsen wegen der Umgestaltung des Altstadtrathauses in ein Künstlerhaus.

8.) Desgleichen des Zehnerbundes bildender Künstler Braunschweigs,

9.) Desgleichen der Musikgruppe Braunschweig E.V.

(Kenntnis gegeben.)

10.) Ein Schreiben der Kleinpächter-Vereinigung „Brodweg“ betr. Verteilung beigelegter Abschriften an die einzelnen Fraktionen - Verpachtung der Länd-

. reien

reien am Brodweg an die Kleinpächter-Vereinigung in Generalpacht.

(Die Abschriften wurden auf den Tisch des Hauses gelegt)

11.) Eingabe des Braunschw. Reit- und Fahrvereins E.V. hier wegen der Besteuerung von Reit- und Kutschpferden.

(Kenntnis gegeben.)

12.) Eingabe der Mittelschullehrkräfte der Stadt Braunschweig wegen Auszahlung rückständiger Teuerungzuschläge.

(Die Eingabe wurde dem Finanzausschuß zur Vorbera-
tung überwiesen.)

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung.

Anträge:

Beschlüsse:

- 1.) Verpachtung des Kellers
im Altstadtrathause.

Stadtverordneter S i e v e r s berichtete namens
des für die Verpachtung des Altstadtrathauskellers

ein-

eingesetzten Ausschusses. Er teilte mit, daß der betr. Ausschuß 2mal getagt habe und führte aus, wie sich die Künstlerschaft die Ausstattung bzw. Benutzung der einzelnen Räume des Altstadtrathauses gedacht hätte. Die geplanten Projekte ließen sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ausführen. Die Künstler werden einen Vertragsentwurf beim Rat einreichen und mit diesem verhandeln. Vom Rat sei dann eine Vorlage zu erwarten.

Der betr. Ausschuß gebe der Versammlung anheim, den Rat zu ersuchen, möglichst bald eine Vorlage wegen der Umgestaltung des Altstadtrathauses in ein Künstlerhaus einzubringen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Antrage des Ausschusses ohne Aussprache zu.

2. Verkauf einer Fläche an der Wolfenbüttlerstraße.

Der Rat gibt anheim, eine 991 qm große Fläche des städtischen Grundstücks an der Wolfenbüttelerstraße,-

Par-

Parzelle 21 a Feldmark Altewiek
Blatt VI.- zum Preise von 90 M
pro qm an den Diplom-Ingenieur
Frühling zu verkaufen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtverordneter
G a r t u n g, der der Versammlung anheimgab, dem
Verkaufe der fraglichen Fläche zum Preise von
120 M pro qm unter der Bedingung zuzustimmen, daß
der Diplom-Ingenieur Frühling sofort mit dem Er-
weiterungsbau seines Grundstückes zu beginnen habe,
die Stadtverordneten Sauerbier, Marth und Rasche
sprachen sich ebenfalls für den Verkauf der Fläche
unter den vom Bau-Ausschuß gestellten Bedingungen
aus.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Verkauf der
Fläche unter den vom Bauausschuß gestell-
ten Bedingungen zu.

3. Erhöhung der Müllabfuhrgebühren.

(Die Vorlage ist vervielfältigt.)

Der Berichterstatter Stadtverordneter D i e t e r-

M a n n

m a n n teilte mit, daß im Finanzausschusse beschlossen sei,

- 1.) den Rat zu ersuchen, eine Vorlage (Satzung) auszu-
arbeiten, die die zwangsweise stadtseitige Fort-
schaffung des Hausmülls regele - zur Vermeidung von
Härten müsse ein dementsprechender Paragraph auf-
genommen werden - ,
- 2.) zuzustimmen, daß grundsätzlich die Unkosten des Mar-
stalls durch die Müllabfuhrgebühren gedeckt werden.
Stadtverordneter Jahns regte bei dieser Gelegenheit
an, dafür zu sorgen, daß das Personal der Müllab-
fuhr mit den Müllgefäßen etwas sorgfältiger umginge,
die Beschaffung neuer Gefäße kostete heute viel Geld.
Bürgermeister Meyer gab zu, daß es vorgekommen sei,
daß Müllgefäße beschädigt seien. Das Personal wäre
schon mehrmals darauf hingewiesen, sorgfältiger mit
den Gefäßen umzugehen, es seien auch schon Verweise
erteilt. Stadtverordneter Stegmann regte an, in
nächster Umgebung B^aunschweigs Müllgruben zu schaffen,
damit die Fuhrwerke nicht so weit fahren müßten und

somit besser ausgenützt werden könnten. Auch gab er anheim, mal durch Sachverständige eine bessere Ausnutzung des Pferdebestandes des Marstalls zu prüfen. Eine vom Stadtverordneten Dietermann gestellte Anfrage wegen der Einführung eines Zweischichtsystems wurde vom Bürgermeister Meyer dahin beantwortet, daß eine solche Anordnung bislang nicht getroffen sei.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Vorschlage des Finanzausschusses zu.

4.) Unterhaltung der Turmuhren.

Der Rat gibt anheim, die Unterhaltung der Turmuhren auch fernerhin der Firma Vasterling & Loof zu übertragen, da es sich herausgestellt habe, daß städtische Beamte hierzu nicht zur Verfügung ständen.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv. B ü r g d o r f f gab der Versammlung anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Ohne Aussprache wurde der Ratsvorlage zugestimmt.

5.) Erhöhung der Gebühren für Aufbewahrung der Aschenreste auf dem Hauptfriedhofe.

Der Rat gibt anheim, die Gebühren, die bis jetzt für jede Woche 1,50 M betragen hätten, auf 10 M für jede Woche zu erhöhen.

Für den Finanzausschuß erstattete Stadtverordneter S t e g m a n n den Bericht, er gab der Versammlung anheim, der Vorlage des Rats zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde ohne Aussprache erteilt.

6.) Erhöhung der Hundesteuer.

Die Vorlage ist vervielfältigt.

(s. Anlage)

Namens des Finanzausschusses berichtete Stadtverordneter S t e i n e r t. Er führte aus, daß die in der Ratsvorlage vorgesehenen Steuerbeträge viel zu gering seien, trotz Erhöhung der Steuer gegenüber den Vorjahren, wäre die Zahl der Hunde bedeutend gestiegen.

Jm

Im Finanzausschuß sei man dahin übereingekommen, folgende Steuersätze der Versammlung vorzuschlagen:

für einen Hund	5 000 M.,
für jeden weiteren Hund	20 000 M.,
für Zwingerhunde	45 000 M.

Im übrigen sollte den vom Rat der Stadt in der Vorlage enthaltenen Änderungen zugestimmt werden.

Bei der Beratung dieses Punktes entspann sich eine längere lebhafte Aussprache. Stadtverordneter Jahns gab anheim, die Hundesteuer nicht zu hoch zu schrauben, nicht jeder Hund könne als Luxushund angesehen werden, viele Einwohner gebrauchten den Hund als Wachhund, zum Schutze ihres Eigentums. Stadtverordneter S a u e r b i e r wünschte dagegen eine Erhöhung der Hundesteuer auf 12 000 M für den Hund; „wer eben einen Hund haben wollte, der müßte dafür auch monatlich 1000 M übrig haben, gerade die Hundesteuer sei noch eine Quelle für den Rat um seine Finanzen zu bessern,“ so führte der Redner aus.

Stadt-

Stadtverordneter R e g e n e r konnte sich mit dem Antrage des Stadtverordneten S a u e r b i e nicht einverstanden erklären und gab die Ablehnung anheim. Hierbei kam er auf die Befestigung der Marke zu sprechen und gab dem Wunsche Ausdruck, die Öse so anzubringen, daß ein „Durchscheuern“ oder Abbrechen nicht möglich sei. *oder so fest anzuheften, daß so leicht möglich ist* Stadtverordneter Steinert spricht sich für die vom Ausschuß vorgeschlagene Höhe aus, diejenigen, die den Hund als Wachhund nötig hätten, bekämen auch den Hund als Wachhund frei, wer eben die Steuer nicht bezahlen könne, der müsse den Hund abschaffen.

Stadtverordneter Marth war für eine Erhöhung der Hundesteuer auf „vernünftiger Basis.“

Stadtverordneter Burgdorff trat für eine Erhöhung der Hundesteuer auf 3 000 M für den Hund ein, ein großer Teil der Einwohnerschaft habe den Hund zum Schutze des Eigentums sowie zum persönlichen Schutze nötig. Der letzte Beweis, daß die Mehrzahl der Hunde als Wachhunde gehalten würden, ginge wohl daraus

her-

hervor, daß die Zahl der jetzt in der Stadt Braunschweig gehaltenen Hunde viel größer sei, als vor dem Kriege.

Zu diesem Punkte sprachen dann noch die Stadtverordneten Munte, Lehnert, Fay.

Beschluß: Der Antrag des Stadtverordneten Sauerbier wurde abgelehnt.

Die neue Vorlage des Rats - mit den Vorschlägen des Finanzausschusses - angenommen.

7. Erhöhung des Jahreszuschusses für den Samariterbund.

Der Rat gibt anheim, den Jahreszuschuß von 300 M auf 3000 M zu erhöhen.

Namens des Finanzausschusses berichtete Stadtv. Sauerbier, der der Versammlung anheimgab, der Erhöhung zuzustimmen.

Beschluß: Ohne Aussprache wurde der Erhöhung zugestimmt.

8.)

8.) Erhöhung des Jahresbeitrages für das
Deutsche Hygiene Museum in Dresden.

Der Rat gibt anheim, den Jahresbeitrag
von 300 M auf 500 M zu erhöhen.

Stadtverordneter Sauerbier empfahl namens des Fi-
nanzausschusses der beantragten Beitragserhöhung
zuzustimmen.

Beschluß: Der Erhöhung wurde ohne Aussprache zuge-
stimmt.

9.) Erhöhung des Jahresbeitrages für das
Marienheim Braunschweig.

Der Rat der Stadt ersucht zugustim-
men, den Jahresbeitrag von 200 M auf
1000 M zu erhöhen.

Stadtverordneter Dietermann gab namens des Finanz-
ausschusses anheim, der Erhöhung zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Erhöhung
ohne Aussprache zu.

10.)

10.) Verlängerung des Gashauptrohres auf
der Straße „Brockenblick“.

Der Rat gibt anheim, die dazu erforderlichen Mittel 130 000 M zu bewilligen und sich damit einverstanden zu erklären, daß der Besitzer des Grundstücks Brockenblick 3 (Berr) die Hälfte der Kosten a fonds perdu trägt.

Stadtverordneter Neßenius empfahl der Versammlung namens des Bauausschusses, sich mit der Verlängerung des Gashauptrohres einverstanden zu erklären, die erforderlichen Mittel zu bewilligen und zuzustimmen, daß der Besitzer des Grundstücks Brockenblick 3 die Hälfte der entstandenen Kosten a fonds perdu zu zahlen habe.

Beschluß: Dem Antrage wurde ohne Aussprache zugestimmt.

11.) Festsetzung der Versicherungssumme der Neustadtmühle.

Der

Der Rat gibt anheim, sich über die Festsetzung der Versicherungssumme der Neustadtmühle gutachtlich zu äußern.

Stadtverordneter S t e g m a n n führte aus, daß man im Finanzausschusse dahin übereingekommen sei, es bei der jetzigen Versicherungssumme - 50 000 000 M - zu belassen, und es dem Rat überlassen bleiben solle, wegen der anderweitigen Versicherung - Selbstversicherung - Verhandlungen zu führen.

Auch die Stadtverordneten Lehnert und Jahns sprachen sich dahin aus, die Neustadtmühle nicht zu hoch zu versichern, da die Prämien sehr gestiegen wären.

Oberbürgermeister Retemeyer war auch der Ansicht, nicht zu hoch zu versichern, da die Prämien schon sehr hoch wären, er gab der Versammlung anheim, den Rat zu ermächtigen, Verhandlungen wegen der Versicherung - Selbstversicherung - zu führen bzw.

ab-

abzuschließen.

Beschluß: Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die augenblickliche Versicherungssumme - 50 000 000 M - genüge und ermächtigte den Rat der Stadt wegen Abschluß einer anderen Versicherung Verhandlungen zu führen.

12.) Genehmigung des Satzungsentwurfs wegen Besteuerung von Reit- oder Kutschpferden und Kutschwagen.

Die Vorlage ist vervielfältigt.

Namens des Rechtsausschusses empfahl der Berichterstatter Stadtverordneter Jahns der Versammlung zuzustimmen die Steuer für Reit- und Kutschpferde auf 100 000 M, die für Kutschwagen auf 50 000 M festzusetzen.

Zu dem Antrage sprachen noch die Stadtverordneter Jahns, Sauerbier und Neßenius.

Be-

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage mit der Maßgabe zu, daß für Reit- oder Kutschpferde 100 000 M für Kutschwagen 50 000 M Steuer erhoben werden.

13.) Erwerb von Grundstücken in der Siedlung am Madamenweg.

Der Rat gibt anheim, die Grundstücke zu erwerben unter den folgenden Bedingungen:

- 1.) Eigentümerin der Grundstücke wird die Stadt.
- 2.) Die Stadt stellt die Häuser der Flüchtlingsfürsorge - solange sie zur Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werden - unentgeltlich zur Verfügung. Alle Steuern, Abgaben und Lasten sowie die Unterhaltungskosten übernimmt die Flüchtlingsfürsorge.
- 3.) Die rentierlichen Baukosten (zu 400 000 M angenommen) trägt die Flüchtlingsfürsorge.
- 4.) Die unrentierlichen Baukosten (zu 6 000 000 - 400 000 = 5 600 000 M angenommen) werden ge

telt;

telt; Flüchtlingsfürsorge, Staat und Stadt übernehmen je ein Drittel.

Namens des Finanzausschusses berichtete Stadtverordneter Bietermann, der der Versammlung anheimgab, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

14.) Anfrage des Stadtverordneten

Dr. Schultze:

Der Rat der Stadt wird um Auskunft ersucht, ob und mit welchem Erfolge Verhandlungen zur Aufhebung des neuen elektrischen Licht-Wohnungstarifs stattgefunden haben bzw. in Aussicht stehen.

Stadtverordneter Dr. S c h u l t z e führte aus, daß die zahlreichen Eingaben seitens der Mieter und Vermieter bewiesen hätten, welche Empörung die Einführung der Grundgebühr seitens des Elektrizitätswerks hervorgerufen habe, er ersuchte den Rat der Stadt bei einer demnächst stattfindenden Aufsichts-

rats-

ratssitzung des Lichtwerkes dafür eintreten zu wollen, daß eine andere Bemessung der Grundgebühr eingeführt werde. Stadtbaurat Gebensleben teilte mit, daß am 9. Februar 1923 bereits eine Sitzung stattfände, in der über eine anderweitige Berechnung verhandelt werden würde.

15.) Dringlichkeitsantrag des
Stadtverordneten Stegmann:

Die Stadtverordnetenversammlung erhebt Protest gegen den ungerecht und unsozial wirkenden neuen Tarif des Elektrizitätswerks. Sie ersucht die in den Aufsichtsrat der Straßen-Eisenbahngesellschaft gewählten Stadtverordneten und die Vertreter des Rates mit aller Energie für die Beseitigung dieses Tarifs und für die Berechnung der Strompreise nach dem wirklichen Verbrauch einzutreten.

Stadtverordneter S t e g m a n n begründete seinen

Antrag.

ratssitzung des Lichtwerkes dafür eintreten zu wollen, daß eine andere Bemessung der Grundgebühr eingeführt werde. Stadtbaurat Gebensleben teilte mit, daß am 9. Februar 1923 bereits eine Sitzung stattfände, in der über eine anderweitige Berechnung verhandelt werden würde.

15.) Dringlichkeitsantrag des
Stadtverordneten Stegmann:

Die Stadtverordnetenversammlung erhebt Protest gegen den ungerecht und unsozial wirkenden neuen Tarif des Elektrizitätswerks. Sie ersucht die in den Aufsichtsrat der Straßen-Eisenbahngesellschaft gewählten Stadtverordneten und die Vertreter des Rates mit aller Energie für die Beseitigung dieses Tarifs und für die Berechnung der Strompreise nach dem wirklichen Verbrauch einzutreten.

Stadtverordneter S t e g m a n n begründete seinen

Antrag.

16.) Dringlichkeitsantrag des
Stadtverordneten Stegmann:

Die Stadtverordnetenversammlung wollte beschließen, den Rat zu ersuchen, die für die zur Schulentlassung kommenden bedürftigen Kinder aus städtischen Mitteln bewilligte Summe von 500 000 M zu verdreifachen.

Stadtverordneter S t e g m a n n begründete seinen Antrag, die Dringlichkeit wurde ebenfalls anerkannt. In der folgenden Aussprache ergriffen das Wort die Stadtverordneten Stegmann, Steinert, Nöll, Frau Böhm, Frau Schulze, Schmerbach, Frau Graf, Pieper und Fay, die alle für den Antrag Stegmann sprachen.

Stadtrat von Frankenberg gab anheim, über den Antrag erst dann abzustimmen, wenn der für die Verteilung der Schulentlassenenspende eingesetzte Ausschuß zu den gesammelten Anträgen Stellung genommen habe.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurde der

Antrag

Antrag Stegmann angenommen.

17.) Antrag der Stadtverordneten Frau Boehm.

Stellte den Antrag in den Schulen

durch die Lehrer fragen zu lassen.

(betr. Schulentlassenenspende).

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Schluß 8 1/2 Uhr.

gez: Gustav Frede. gez: Hans Munte. gez: C. Wehrmann.

Vorsitzender stellv. Vorsitzender stellv. Schriftführer

✓ Nr. 21.



März 1923

N i e d e r s c h r i f t

über

**die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
1. März 1923 nachmittags 4 Uhr.**

gegenwärtig

die Stadtverordneten ohne

die entschuldigten Herren

Hr. Jasper, Sievers und

Stukenberg.

**Der Vorsitzende, Stadtv. F r e d e , eröffnete
die Sitzung und leitete die Verhandlungen.**

Zunächst wurden folgende Eingänge bekannt gegeben:

- 1) Dankschreiben des Geh. Baurats Winter für die ihm
zu seinen 80. Geburtstage ausgesprochenen Glück-
wünsche.**

(Kenntnis gegeben.)

- 2) Schreiben des Kaufmanns Falkenstein, in welchem**

Karl Lipps Karl Lipps Amt.

derselbe

derselbe für die Zwecke der Kleinrentnerfürsorge 50 000 M zur Verfügung stellt, mit der Maßgabe, daß die Hälfte dieses Betrages den beiden Fürsorgerinnen - Jahn und Haake - überwiesen wird. Der Vorsitzende übergab dem Stadtrat von Frankenberg den Betrag von 50 000 M zur weiteren Veranlassung und sprach im Namen der Versammlung den Dank für die Spende aus.

3. Eingabe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten wegen Rückgängigmachung ausgesprochener Kündigungen von Angestellten.

(Kenntnis gegeben.)

4. Mehrere Eingaben wegen Änderung des Lichttarifs des Elektrizitätswerks. (Die Eingaben wurden als erledigt angesehen, da inzwischen im Aufsichtsrat der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft Verhandlungen stattgefunden haben.)

5. Eingabe der Beisitzer des Mietnigungsamtes wegen Erhöhung der Tagegelder auf 600 M für jede Sitzung

rück-

rückwirkend vom 1. Januar 1923 ab (die Eingabe wurde mit Punkt 10 der Tagesordnung erledigt).

6. Eingabe des Biochemischen Vereins Braunschweig -
Mechanikermeister Otto März, Kalandstr. 10 - wegen
finanzieller Unterstützung.

(Kenntnis gegeben.)

7. Gesuch des Wilhelm Basse hier Beckenwerkerstr. 11
wegen Erlaß der Hundesteuer für das Rechnungsjahr
1923/24.

(Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß überwiesen).

8. Eingabe der Lebensmittelhändler-Jaunag Braunschweig
wegen anderer Verteilung von städtischen Lebensmit-
teln (Roggenmehl-Verteilung).

(Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß zur Vorbera-
tung überwiesen).

9. Eingabe des Verbandes der elektrotechnischen Instal-
lationsfirmen in Deutschland e.V. Ortsgruppe Braun-
schweig, wegen Beseitigung von Mißständen in Elek-
tro-Installationshandwerk.

(Kennt-

(Kenntnis gegeben).

Hierauf tritt man in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung.

Anträge:

Beschlüsse:

1) Landwirtschaftliche Nutzung des brach-
liegenden Flugplatzgeländes.

Der Rat gibt anheim, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob das brachliegende Flugplatzgelände in diesem Jahre landwirtschaftlich genutzt werden soll oder nicht.

Für den Rechtsausschuß erstattete Stadtv. Jahns den Bericht. Er teilte mit, daß der Rechtsausschuß noch keinen Beschluß gefaßt habe, da eben soviel Stimmen für wie gegen die Verpachtung gewesen seien, das Plenum habe daher über die Angelegenheit Beschluß zu fassen. Die Stadtverordneten Marth, Maaß und Lehnert sprachen für die Verpachtung des Flugplatzes zur Anlage von Schrebergärten. In der augenblicklichen Zeit dürfte kein Fleckchen Erde brach-

liegen,

liegen, auch das kleinste Stückchen müßte landwirtschaftlich genutzt werden. Das Land könnte unter der Bedingung verpachtet werden, daß, wenn erforderlich, es jederzeit zurückgegeben werden müßte und Bäume und Sträucher nicht angepflanzt werden dürften. In anderen Gegenden z. B. Hamburg habe man auch schon Flugplätze zur Anlage von Schrebergärten frei gegeben.

Die Stadtverordneten Rasche und Sauerbier sprachen gegen eine Verpachtung des Flugplatzes. Der Platz sei einmal für den Flugverkehr bestimmt und müsse auch diesen Zwecken erhalten bleiben. Während andere Städte bemüht wären, einen für den Flugverkehr so geeigneten Platz zu suchen, dürfte die Stadt Braunschweig den Platz nicht preisgeben. Da in allerhöchster Zeit mit der Aufnahme des Flugverkehrs zu rechnen sei, so hätte es gar keinen Zweck, den Flugplatz zur Anlage von Schrebergärten zu verwenden.

Hierauf sollte die Abstimmung erfolgen, man

wußte

mußte aber nicht, unter welchen Bedingungen der Flugplatz zur landwirtschaftlichen Nutzung freigegeben werden solle.

Oberbürgermeister Reteneyer gab anheim, der Rechtsausschuß möge einen Beschluß ausarbeiten, der der Versammlung zur Kenntnis bezw. Beschlußfassung unterbreitet würde, es wäre überhaupt das Beste, wenn die einzelnen Kommissionen derartige Beschlüsse ausarbeiten würden, wie es früher immer geschehen sei.

Stadtv. Burgdorff stellte den Antrag, man möge die Versammlung auf 5 Minuten aufheben, damit der Rechtsausschuß den Beschluß ausarbeiten könne.

Stadtv. Stegmann gab anheim, den Antrag abzulehnen und in der Beratung fortzufahren, es genüge, wenn sich die Mitglieder des Rechtsausschusses zur Fassung des Beschlusses auf kurze Zeit zurückzögen.

Der Antrag Burgdorff wurde abgelehnt, die Mitglieder des Rechtsausschusses zogen sich zur Bera-

tung

tung zurück.

2. Eingabe der Mittelschullehrkräfte wegen
Zahlung rückständiger Teuerungszulagen.

Als Berichterstatter des Finanzausschusses teilte Stadtv. Burgdorff mit, daß durch die Auszahlung der Teuerungszulagen die Eingabe als erledigt anzusehen sei. Er hob dabei hervor, daß dem Rat der Stadt an der verspäteten Auszahlung der Teuerungszulagen keine Schuld beizumessen sei, da die betr. Gelder nicht immer pünktlich überwiesen würden.

Die Stadtv. Frau Götze meinte, bei der Wichtigkeit der folgenden Punkte könnte durch die Abwesenheit der Mitglieder des Rechtsausschusses kein Beschluß gefaßt werden.

Stadtv. Stegmann widersprach dem, da die Versammlung beschlußfähig sei.

Der Antrag der Stadtv. Frau Götze wurde abgelehnt und es wurde in der Beratung der Tagesordnung fortgefahren.

**3. Gewährung eines Zuschusses an den Verein
Volkslesehalle.**

Der Rat gibt anheim, dem Verein einen ferneren Zuschuß von 1 834 500 M zu bewilligen und den Rat zu ermächtigen, mit dem Vorstände des Vereins Verhandlungen wegen der Erhöhung der Einnahmen und wegen möglicher Erspargung von Ausgaben zu führen.

Stadtv. Stetgmann führte als Berichtersteller des Finanzausschusses aus, daß die finanzielle Lage des Vereins Volkslesehalle augenblicklich sehr ungünstig sei und könne nicht umhin, die vom Rat der Stadt beantragten Mittel zu bewilligen sowie den Rat zur Führung von Verhandlungen zu ermächtigen.

Die Versammlung bewilligte - ohne Aussprache - die beantragten Mittel und ermächtigte den Rat zur Führung der von Verhandlungen mit dem Vorstände.

**4. Zahlung eines Zuschusses zu den Kosten
des Landestheaters.**

Der Rat gibt anheim, den stadtseitigen Zuschuß

zu den Kosten des Landestheaters in Höhe von 6 703 000 M zu bewilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Munte, der der Versammlung anheimgab, die Mittel zu bewilligen.

Ohne Aussprache wurden die Mittel bewilligt. Inzwischen hatte der Rechtsausschuß seinen Beschluß zum Punkt 1 der Tagesordnung gefaßt.

Stadtv. Jahns verlas den einstimmig gefaßten Beschluß, der ohne Aussprache von der Versammlung angenommen wurde.

Der Beschluß lautet:

Der Rechtsausschuß empfiehlt nach eingehender Prüfung und Abwägung aller Gründe für und wider eine Aufteilung des Flugplatzgeländes zu landwirtschaftlicher Nutzung

I. das bereits befestigte Gelände bleibt in seinem jetzigen Zustande erhalten und kann zu Spielzwecken freigegeben werden.

II.

II. Die zu nutzenden Flächen dürfen nicht mit Buden, Bäumen und festen Einfriedigungen bebaut und versehen werden.

III. Bei Aufnahme des Flugverkehrs muß das fragliche Gelände sofort freigegeben werden, Entschädigung muß nach sachverständigem Gutachten gewährt werden.

5. Änderung des Ortsbaustatuts.

Der Satzungsentwurf ist vervielfältigt. (s. Anlage).

Über die Ratsvorlage berichtete namens des Bauausschusses der Stadtv. Marth. Er gab der Versammlung anheim, dem Entwurfe zuzustimmen.

Der Vorlage wurde ohne Aussprache zugestimmt.

6. Erhöhung der Stammeinlage der Stadt bei der Kraftverkehrsgesellschaft m.b.H. Braunschweig.

Der Rat gibt anheim, der Erhöhung der Stammeinlage von 25 000 auf 1 225 000 M zuzustimmen.

Stadtv. Sauerbier empfiehlt namens des Finanz-

aus-

ausschusses der Erhöhung zuzustimmen.

Der Erhöhung wurde ohne Aussprache zugestimmt.

7. Änderung des § 2 des Satzungsentwurfs wegen
Besteuerung von Reit- und Kutschpferden und
Kutschwagen.

Vor der Beratung gab Stadtrat von Frankenberg anheim, die Beschlußfassung über diesen Punkt auszusetzen, da das in Kürze erscheinende Reichsfinanz- ausgleichsgesetz wichtige Änderungen bringen könnte.

Da sich kein Widerspruch ergab, wurde die Beschlußfassung ausgesetzt.

8. Änderung des § 3 des Vertragsentwurfs wegen
Übernahme des Nachtschutzdienstes auf den Staat.

Der Rat gibt anheim, der vom Staatsministerium vorgeschlagenen Fassung des § 3 des Vertragsentwurfes mit der vom Rat vorgenommenen Einbesserung - betr. Verstärkung des Nachtschutzdienstes - zuzustimmen. Der Berichterstatter des Rechtsausschusses Stadtv. Sauerbier gab der Versammlung anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtrat

Stadtrat von Frankenberg gab der Versammlung bekannt, was den Rat veranlaßt habe, den vom Staatsministerium vorgeschlagenen § 3 etwas abzuändern. Wenn ein Vertrag geschlossen würde, so dürfte man nicht einseitig Rechte vergeben, sondern beide Vertragsschließenden müßten zu den geplanten Änderungen Stellung nehmen. Wenn eine Verstärkung des Nachschutzdienstes erforderlich sei, so müßte hierzu auch der Rat der Stadt gehört werden.

Der Ratsvorlage wurde ohne Aussprache zugestimmt.

9. Kündigung von Schuldverschreibungen.

Der Rat teilt mit, daß von den in den Jahren 1863 und 1864 für Zwecke des Wasser- bzw. Gaswerks herausgegebenen Schuldverschreibungen noch 197 400 M bzw. 99 000 M zurückzuzahlen seien. Da die Zins-scheine für diese Werte jetzt erneuert werden müssen, die Neuankfertigung aber mehr koste, als wenn die ganzen Schuldverschreibungen zurückgezahlt würden, so gab der Rat anheim, der Kündigung der fraglichen

Schuld-

Schuldverschreibungen zuzustimmen. Stadtv. Munte berichtete für den Finanzausschuß und empfahl der Vorlage zuzustimmen. Oberbürgermeister Retemeyer K teilte mit, daß die Jüdelstiftung die Rückzahlung der Schuldverschreibungen nicht übernehmen könnte, die Eingänge bei den Gas- bzw. Wasserwerken seien jedoch jetzt sehr groß, sodaß ohne Weiteres die Rückzahlung zu Lasten der laufenden Rechnung der Gas- und Wasserwerke erfolgen könnte.

Die Versammlung stimmte der Vorlage mit dem Vorschlage des Oberbürgermeisters Retemeyer zu.

10. Festsetzung von Tagegeldern für die Beisitzer des Mieteinigungsamtes.

Der Rat gibt anheim, die Tagegelder für die Beisitzer des Mieteinigungsamtes vom 1. Januar d. Js. ab auf 300 M für jede Sitzung, und die Besichtigungsgelder - je nach Zeitaufwand - auf 150 M - 300 M festzusetzen.

Stadtv. Steinert empfahl namens des Finanzaus-

schusses

schusses, der Vorlage zuzustimmen und gab dem Wunsch Ausdruck, dem von den Beisitzern des Mieteinigungsamtes an die Versammlung gerichteten Schreiben, wegen Erhöhung der Tagegelder auf 600 M für die Sitzung zu entsprechen.

Die Eingabe wurde von den Stadtv. Dietermann, Sauerbier und Burgdorff unterstützt.

Stadtv. Dietermann empfahl dementsprechend auch die Besichtigungsgebühren zu erhöhen und zwar auf 300 M - 600 M.

Die Versammlung stimmte der Erhöhung der Tagegelder auf 600 M, der Besichtigungsgebühren - je nach Zeitaufwand - auf 300 - 600 M zu.

11. Erhöhung der Gebühren für Benutzung der städtischen Badeanstalten.

Der Rat gibt anheim, die Gebühren für Benutzung des Stadtbades um das Fünffache, die Gebühren für die Volksbäder um das Doppelte zu erhöhen.

Stadtv. Burgdorff empfiehlt der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv.

Stadtv. Steinert führt aus, daß die Erhöhung beim Stadtbade zu groß sei, man dürfe den Betrieb nicht erdrosseln. Nicht nur den Reichen, Wohlhabenden dürfte es ermöglicht werden, ein Bad zu nehmen, sondern auch dem Mittelstande und den „kleinen Leuten“. Mit einer Verdreifachung der jetzigen Gebühren müßte man wohl auskommen.

Bürgermeister Meyer führte aus, daß sich die Bäder selbst erhalten müßten, die Einnahmen müßten die Ausgaben decken. Bei den Volksbädern genüge eine Verdoppelung der jetzigen Gebühren, bei dem Stadtbade sei eine Erhöhung um das Fünffache erforderlich.

Eine vom Stadtv. Melzer gestellte Anfrage, ob es sich nicht empfehlen würde, das Stadtbad nur einige Tage in der Woche offen zu halten, wurde vom Bürgermeister Meyer verneint, da das Stadtbad an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei.

Stadtv. Steinert stellte den Antrag, die Gebühren für das Stadtbad um das Dreifache zu erhöhen.

Bei

Bei der dann folgenden Abstimmung wurden die Gebühren für das Volksbad entsprechend der Ratsvorlage festgesetzt, bei der Abstimmung über die Gebühren für das Stadtbad wurde der Antrag Steinert angenommen.

Der Antrag Steinert lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Antrag des Finanzausschusses, der eine Verfünfachung der Gebührensätze für Benutzung der städtischen Badeanstalten vorsieht, abzulehnen und eine Verdreifachung der Gebührensätze für hinreichend zu erachten.

12. Abrechnung der Gaswerke, Wasserwerke des Privateinrichtungsgeschäfts und der Neustadmühle für die Zeit 1. April 1921/22.

Der Rat der Stadt überreicht den Stadtverordneten eine Aufstellung über das Ergebnis des Rechnungsabschlusses bei den Gaswerken, Wasserwerken, dem Privateinrichtungsgeschäft und der Neustadmühle für

das

das Rechnungsjahr 1. April 1921/22 und gibt anheim, die Gewinne wie folgt zu verwenden.

- 1) Gaswerk: Gewinn 4 695 046,14 M davon an den Betriebsfonds 380 000 M, den Rest von 4 315 046,14 M an den Reservefonds.
- 2) Wasserwerk: den ganzen Gewinn von 115 188,27 M an den Betriebsfonds.
- 3) Privat-Einrichtungsgeschäft: den ganzen Reingewinn von 315 354,78 M an den Betriebsfonds.
- 4) Henstedtmühle: Gewinn: 198 102,71 M, davon 50 000 M an den Reservefonds, während 148 102,71 M in der Kammereikasse verbleiben.

Für den Finanzausschuß, berichtete Stadtv. Stegmann, der der Versammlung namens des Ausschusses anheim gab, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Ohne Aussprache stimmte die Versammlung der Ratsvorlage zu.

13) Erhöhung der Vergütung für die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die Ver-

gütung von 1. Februar d. Ja. ab von monatlich 500 M auf 1 500 M erhöht wird.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Dietermann, der der Versammlung anheimgab, zuzustimmen.

Ohne Aussprache wurde die Zustimmung erteilt.

14. Kostenloser Erwerb einer 7,5 qm großen Teilfläche an der Jakobstraße.

Der Rat gibt anheim, den kostenlosen Erwerb der fraglichen Fläche von der Deutschen Bank, Filiale Braunschweig zuzustimmen. Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Effner, der anheimgab, den Erwerb zuzustimmen.

Ohne Aussprache wurde die Zustimmung erteilt.

15. Bewilligung von Mitteln für die Kleinentnerfürsorge.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß stadtseitig, entsprechend dem Vorgehen des Staats, 2,5 Millionen Mark bewilligt werden.

Stadtv.

Stadtv. Munte empfiehlt namens des Finanzausschusses die Mittel zu bewilligen.

Die Mittel - 2.5 Millionen Mark - wurden ohne Aussprache bewilligt.

6. Erlaß von neuen Richtlinien für das Wohlfahrtsamt, für ein zu errichtendes Gesundheitsamt und ein Jugendamt.

die Vorlage ist vervielfältigt. (s. Anlage)

Da die Vorlage nicht genügend vorbereitet, wurde die Beschlußfassung ausgesetzt.

7. Erhöhung der Einkassierungengebühren und der Kosten für die Deckenbeleuchtung in der Feuerbestattungshalle.

Der Rat gibt anheim, die Gebühren wie folgt zu erhöhen:

für Einheimische auf 15 000 M

" Auswärtige " 30 000 M.

Die Kosten der Deckenbeleuchtung sollen betragen:

für die kleine Beleuchtung 1 400 M

" " große " 3 000 M

Stamm:

Stadtv. Sauerbier empfahl namens des Finanzausschusses der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Stegmann fragte an, ob es richtig sei, daß der „Leichenverbrenner“ heute noch einen Stundenlohn von 228 M bekäme. Es sei dies eine ganz unangemessene Entlohnung, dieser Arbeiter müsse unbedingt den „städtischen“ Arbeitern gleichgestellt werden.

Stadtv. Dr. Schultze fragte an, wer die Gebühren für Abheben der Särge usw. bekäme, der Friedhof oder die Stadt. Die Gebühren seien z.T. sehr hoch und würden - wenn zulässig - gern von den Angehörigen ausgeführt. Oberbürgermeister Retemeyer erwiderte hierauf, daß die Vergütung des „Leichenverbrenners“ erhöht werden würde, es sei in Aussicht genommen, denselben für jede Beerdigung eine besondere Vergütung zukommen zu lassen.

Stadtv. Dietermann wünschte den Zuschlag so hoch bemessen, daß der „Leichenverbrenner“ den

städti-

städtischen Arbeitern dadurch gleichgestellt würde.

In der hierauf folgenden Abstimmung wurde die Vorlage angenommen.

18. Verpachtung bezw. Überlassung von Turnhallen zu Übernachtungszwecken.

Der Rat gibt anheim, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob einem Gesuche der kommunistischen Jugend wegen Überlassung von Turnhallen entsprechen werden soll.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Hassenius. Er führte aus, daß wegen der damit verbundenen Feuersgefahr, die Verpachtung von Turnhallen zu Übernachtungszwecken grundsätzlich abgelehnt werden müßte, und gab namens des Bauausschusses anheim, den Antrag abzulehnen.

Für eine Bee Überlassung von Turnhallen zu den genannten Zwecke sprechen die Stadtv. Maaß, Regener, Stegmann, Lehnert, Frau Boehm und Trautmann, gegen eine Überlassung die Stadtv. Hassenius und Jahns.

Stadtv.

Stadtv. Lehnert beantragte namentliche Abstimmung.

Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag - Überlassung von Turnhallen zu Übernachtungszwecken - abgelehnt. (Alle Bürgerlichen waren dagegen).

19. Antrag des Stadtv. Stegmann:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat erneut, dem in der Stadtverordnetensitzung vom 8. Juli 1922 angenommenen Antrag Regener zustimmen zu wollen, wonach die Entschädigung der unbesoldeten Ratsmitglieder und der Stadtverordneten nach den jeweiligen Sätzen der Schöffen und Geschworenen zu bemessen ist, und zwar mit Wirkung ab 1. Januar 1923.

Stadtv. Stegmann begründete seinen Antrag, der daraufhin dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen wurde.

20. Anfrage der Stadtv. Frau Boehm.

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß das Waisenhaus 80 Zentner Kartoffeln zum Preise von 800 M an den Kartoffelhändler Proffen verkauft hat?

Stadtv.

Die Stadtv. Frau Boehm begründete ihre Anfrage, die vom Oberbürgermeister Retemeyer dahin beantwortet wurde, daß dem Rat der Stadt davon nichts bekannt, sei.

21. Anfrage der Stadtv. Frau Boehm.

Möchte mir die Anfrage erlauben, ob der Rat der Stadt Schritte unternommen hat, der Bevölkerung die Kindergärten wieder zugänglich zu machen.

Nachdem Frau Boehm ihre Anfrage begründet hatte, teilte Stadtrat von Frankenberg mit, daß Verhandlung wegen Wiederöffnung einer Reihe von Kindergärten geführt seien, die über kurz oder lang zum Abschluß kämen.

22. Anfrage des Stadtv. Stegmann:

Sind die Aufsichtsratsmitglieder der Straßenbahngesellschaft bereit, Auskunft zu geben über die Verhandlungen zwecks Änderung des neuen Tarifs des Elektrizitätswerks?

Nach Begründung wurde die Anfrage vom Stadtbau-

rat

rat Gebensleben ausführlich beantwortet.

23. Anfrage des Stadtv. Martung:

Welche Maßnahmen gedenkt der Rat der Stadt zu treffen, um das Eigentum der Hausbesitzer besser vor Dieben zu schützen wie bisher?

Stadtv. Martung begründete seine Anfrage, die daraufhin vom Stadtrat von Frankenberg beantwortet wurde.

Stadtv. Marth beantragte Besprechung, der Antrag wurde genügend unterstützt.

An der Besprechung beteiligten sich die Stadtv. Marth, Lehnert, Pieper, Dr. Röpke und Frau Graf.

Schluß 7⁴⁵ Uhr.

gez: Gustav Frede,
Vorsitzender.

gez: C. Wehrmann
Stellv. Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten,
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
15. März 1923 nachmittags 4 Uhr.

=====

Gegenwärtig

die Stadtverordneten ohne
die entschuldigten Herren
Burgdorff, Dr. Jasper,
Pieper und Frau Graf.

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Frede eröffnete die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Eingegangen war eine, von allen hiesigen Rassehund-
Verbänden, Hundebesitzern pp. in der am 25. Februar
d.J. abgehaltenen Protestversammlung in Keglerheim
gefaßte Resolution wegen Herabsetzung der Hundesteuer.

Die Eingabe wurde bekannt gegeben und dem Rechts-

AUS-

ausschuß zur Vorberatung überdiesen.

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Erlaß von neuen Richtlinien für das Wohlfahrtsamt,
für ein zu errichtendes Gesundheitsamt und ein Jugend-
amt.

Für den Rechtsausschuß erstattete Stadtverordne-
ter Dt. Schultze den Bericht. Er führte aus, daß man
sich im Rechtsausschuß darüber unterhalten habe, ob
es zweckmäßig sei, jetzt Richtlinien aufzustellen.
Für ein Jugend - Amt Richtlinien aufzustellen, sei
augenblicklich nicht ratsam, da in nächster Zeit von
der Reichsregierung Richtlinien bzw. Grundsätze her-
ausgegeben würden. Anders dagegen sei es, mit der
Aufstellung von Richtlinien für ein Gesundheitsamt.
Im Rechtsausschuß sei die Mehrheit der Mitglieder für
die Aufstellung von Richtlinien gemessen.

Stadtverordneter Stegmann stellte den Antrag, die Be-
schlußfassung über diesen Punkt auszusetzen.

Stadtrat von Frankenberg sprach gegen den Antrag.

Steg-

Stegmann, wünschte vielmehr, die Richtlinien aufzustellen, da auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens nichts versäumt werden dürfte. Es handele sich lediglich um Richtlinien nicht um Grundsätze oder Satzungen. Die Ausführungen des Stadtrats von Frankenberg wurden /von Stadtverordneten Dr. Schulze unterstützt, der es für sehr zweckmäßig hält, Richtlinien aufzustellen, da man dann dem Staatsministerium mitteilen könnte, die Errichtung eines Gesundheitsamtes auf Grund der Richtlinien sei hier geplant.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurde der Antrag Stegmann - Vertagung - angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eingabe der Lebensmittelhändler-Innung Braunschweig wegen Verteilung städtischer Lebensmittel.

Der Punkt wurde in der vertraulichen Sitzung beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Antrag des Stadtverordneten Stegmann:

Die

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat erneut, dem in der Stadtverordneten-Sitzung vom 6. Juli 1922 angenommenen Antrag Regener zustimmen zu wollen, wonach die Entschädigung der unbesoldeten Ratsmitglieder und der Stadtverordneten nach den jeweiligen Sätzen der Schöffen und Geschworenen zu bemessen ist und zwar mit Wirkung ab 1. Januar 1923.

Anstelle des Stadtverordneten Burgdorff berichtete Stadtverordneter Sauerbier, er empfahl der Versammlung zuzustimmen, daß an Tagegeldern gezahlt werden

für die Plenarsitzung 600 M

 " " Ausschußsitzung 300 M, rückwirkend
vom 1. Januar 1923 ab.

Die Zustimmung wurde erteilt.

Punkt 4:

Erhöhung der Beihilfen an Turn- und Sportvereine.

Der Rat gibt anheim, die im Haushaltsplan 1922/23 in Kap. XVII 2 für Turn- und Sportvereine ausgeworfenen Beihilfen von 20 000 M auf 200 000 M zu erhöhen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtverordneter

Munte

Munte, der der Versammlung anheimgab, der vom Rat vorgeschlagenen Erhöhung zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Erhöhung von 20 000 M auf 200 000 M zu.

Punkt 5:

Erhöhung des Jahreszuschusses an den Verkehrsverein.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß der widerrufliche Jahreszuschuß an den Verkehrsverein vom 1. April d.J. ab von 4 000 M auf 20 000 M erhöht wird.

Stadtverordneter Sauerbier empfiehlt namens des Finanzausschusses der Erhöhung zuzustimmen.

Die Zustimmung wurde erteilt.

Punkt 6:

Bewilligung von Mitteln zur Anbringung elektrischer Lichtzähler in den städtischen Dienstwohnungen.

Der Rat gibt anheim, für die Anbringung von elektrischen Lichtzählern in 31 städtischen Dienstwohnungen insgesamt 420 000 M zu bewilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtverordneter

Steg-

Stegmann, der der Versammlung empfahl, die vom Rat der Stadt angeforderten Mittel unter der Bedingung zu bewilligen, daß die Lichtzähler vom Elektrizitätswerk geliefert werden.

Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 7:

Erhöhung der Jahresprämie für die bei der „Colonia“ Kölnische Feuer- und Unfall-Versicherungs A.G. versicherten Fahrzeuge der Feuerwehr und der Krankentransportwagen.

Der Rat stellt mit, daß die betr. Versicherungs-A.G. ersucht habe, die Prämie der im Januar 1922 abgeschlossenen Versicherung von jährlich 2 774,25 M auf 19 444,80 M-beginnend am 30 Januar 1923- zu erhöhen.

Der Rat gibt anheim, der Erhöhung zuzustimmen.

Stadtverordneter Dietermann empfahl - namens des Finanzausschusses - der Versammlung, der Erhöhung zuzustimmen.

Der Erhöhung wurde zugestimmt.

Punkt 8:

Punkt 8:

Genehmigung eines Sitzungsentwurfs über die Müllabfuhr der Stadt Braunschweig.

Die Vorlage ist vervielfältigt.

(s. Anlage)

Für den Rechtsausschuß erstattete Stadtverordneter Gräf den Bericht. Er führte aus, daß er namens des Rechtsausschusses der Versammlung die Annahme der Vorlage mit der vom Rat der Stadt in Vorschlag gebrachten Änderung der §§ 7 und 8 zu empfehlen habe. Bürgermeister Meyer teilte mit, daß die Gebühr für die Müllabfuhr nicht - wie vorgesehen - „in Hundertteilen“ sondern in „Prozenten“ erhoben werden solle und zwar anstatt der zuerst vorgesehenen 500 % nur 100%. Wenn demnächst eine Erhöhung der Gebühren erforderlich sei - und der Zeitpunkt läge garnicht so fern - so werde der Rat den Stadtverordneten eine dementsprechende Vorlage unterbreiten.

Stadtverordneter Marth wünschte darüber Auskunft, wie

es

es mit den Mietwerten der „Einfamilienhäuser“ stände. Während die Mietwerte von „Mehrfamilienhäusern“ durch das Wohnungsamt bezw. Mieteinigungsamt festgesetzt seien, wären die Mietwerte der „Einfamilienhäuser“ von dem Besitzer selbst – und zwar nicht zu seinem Ungunsten – geschätzt.

Wenn diese betr. Häuser noch nachträglich durch eine Kommission geschätzt bezw. geprüft würden, dann sei auch er für die Berechnung der MfUabfuhr nach dem Mietwerte.

Auf kurze Zeit übernimmt Stadtverordneter Stegmann den Vorsitz.

Stadtverordneter Frede bringt in Vorschlag, nicht allgemein den Mietwert von 1914/15 festzusetzen, sondern speziell den Mietwert vom 1.7.1914. Die Mieter hätten sich jetzt – durch Erhebung der Grundsteuer, Wohnungsabgabe usw. – an den Mietwert vom 1. Juli 1914 gewöhnt.

Es entspann sich dann eine längere Debatte über die Festsetzung der Mietwerte. Die Stadtverordneten Marth, Frede und Lehnert traten für die Erhebung einer

einer gerechten Müllabfuhr - auf Grund einer durch eine Kommission geschätzten oder durch das Wohnungs- bzw. Mieteinigungsamt festgesetzten „Friedensmiete“ ein.

Stadtrat von Frankenberg teilte mit, daß s.Z. die Grundsteuer von einer besonderen Kommission eingeschätzt und sämtliche Häuser erfasst seien.

Bürgermeister Meyer teilte mit, daß bei der Ausarbeitung dieses Satzungsentwurfs auch die Frage angeschnitten sei, ob man die Unterlagen des Wohnungsamtes oder die des Steuerbüros berücksichtigen sollte, man habe sich dann entschlossen, die letzteren zu verwerten.

Was die Festsetzung des Mietwertes betrifft, so führte Bürgermeister Meyer aus, käme der Mietwert des Grundstücks in Frage, nicht der der einzelnen Wohnung. Die Müllabfuhr auf die einzelnen Wohnungen zu verteilen, sei Sache des Hausbesitzers.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß die städtische Grundsteuer sich nach der staatlichen

richte

richte und er könne es sich nicht denken, daß die vom Staate zwecks Schätzung der Grundstücke eingesetzte Kommission ungerecht vorgegangen wäre; daß der Staat ein Interesse daran habe, das eine Grundstück stärker zur Grundsteuer heranzuziehen als das andere.

Der Erlaß dieser Satzung bezwecke nur, die Ausschreibung dieser Gebühr nicht unnütz zu verschleppen.

Es erfolgte dann die Abstimmung in der die Ratsvorlage mit der in Vorschlag gebrachten Änderung der §§ 7. und 8 angenommen wurde.

Punkt 9:

Errichtung einer Deputation für Leibesübungen und Wahl der Deputationsmitglieder.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß

- I. anstelle der jetzt bestehenden Spielplatzdeputation eine aus 12 Mitgliedern bestehende Deputation für Leibesübungen geschaffen wird. Die Deputation soll bestehen aus

1 Ratsmitglieder, 3 Stadtverordneten, 1 Arzt,

1 Vertreter der Schulen, 3 Vertretern des Ausschusses für Leibesübungen und 3 Vertretern des Arbeiter-Sportkartells,

- II. die Wahl der 5 von den Stadtverordneten zu wählenden Deputationsmitgliedern vorgenommen wird und
III. die Spielplatzdeputation mit dem Zeitpunkte der Errichtung der Deputation für Leibesübungen aufgelöst wird.

Namens des Rechtsausschusses empfiehlt Stadtverordneter Gräf der Rats-vorlage zuzustimmen, und bringt als Mitglieder der Deputation in Vorschlag

- a) die Stadtverordneten Stukenberg, Fay und Gräf,
- b) den Oberturnlehrer Somburg,
- c) den städtischen Arzt Dr. Hollmann.

Stadtverordneter Stehnert war mit der Wahl einverstanden, wollte jedoch nicht, daß sowohl der „Schulmann“ als auch der Arzt bei den Deputations-sitzungen beschließende Stimme hätten, sie sollten nur mit beratender Stimme als „Fachleute“ teilnehmen.

Stadtrat

Stadtrat Schaper führte aus, daß es nicht angängig sei, diesen beiden Herren das Stimmrecht zu entziehen, als Fachmänner müsse man ihnen in den Deputationsitzungen ebenso gut das Stimmrecht gewähren, wie jedem anderen nicht fachmännischen Mitglieder.

Die Ausführungen des Stadtrats Schaper wurden von den Stadtverordneten Dr. Schultze und Sauerbier unterstützt.

Der Vorlage wurde zugestimmt und die vom Rechtsausschuß in Vorschlag gebrachten Personen gewählt.

Punkt 10.

Wahl von Mitgliedern des Überwachungsausschusses zur Bekämpfung des Franzosenkrautes und der Seidenpflanze.

Der Rat gibt anheim, die von den Vorständen der einzelnen Feldmarksgemeinden in Vorschlag gebrachten Personen zu wählen.

Für den Rechtsausschuß berichtete die Stadtverord-

nete

nete Frau Schulze. Sie führte aus, daß man im Rechtsausschuß der Ansicht gewesen sei, daß die Mitglieder dieses Überwachungsausschusses ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht getan hätten, denn das Franzosenkraut habe sich in den letzten Jahren riesig vermehrt. Namens des Rechtsausschusses habe sie daher der Versammlung anheimzugeben zuzustimmen, daß der Landausschuß für den Überwachungsausschuß geeignete Mitglieder in Vorschlag bringen solle.

Auch die Stadtverordneten Maaß und Sauerbier sprachen dafür, daß vom Landausschuß geeignete Mitglieder in Vorschlag gebracht würden.

Die Versammlung beschloß, den Rat zu ersuchen, in Einkommen mit dem Landausschuß geeignete Personen vorzuschlagen.

Punkt 11.

Einteilung der Stadt in mehrere Bezirke für die Veranlagung zur Grund- und zur Gewerbesteuer.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß zur Veranlagung zur Grund- und zur Gewerbesteuer die Stadt in vier Doppel-

peltorbezirke eingeteilt wird. (August- und Magni-, Stein- und Fallersleber-, Wenden- und Petri-, Milhelmi- und Hohe-Torbezirk.)

Namens des Rechtsausschusses empfiehlt Stadtverordneter Sauerbier der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die Zustimmung wurde erteilt.

Punkt 12.

Bewilligung von Mitteln zur Unterhaltung der Kaufmännischen Fortbildungsschule.

Der Rat gibt anheim, für die Unterhaltung der Kaufmännischen Fortbildungsschule im Rechnungsjahr 1922/23 eine weitere Abschlagssumme von 600 000 M zu bewilligen.

Für den Schulaussuß berichtet die Stadtverordnete Fräulein Wolters, die anheimgab, die Mittel zu bewilligen.

Stadtverordneter Stegmann fragte an, ob es nicht möglich sei, dem Rat der Stadt im Schulvorstande der Kaufmännischen Fortbildungsschule einen größeren

Ein-

Einfluß einzuräumen, ob die Schule nicht ganz von der Stadt übernommen werden könnte.

Stadtrat Schayer erwähnte, daß der Schulvorstand noch nicht erweitert und eine Satzung noch nicht erlassen sei. Vom Reiche sei der Erlaß eines Reichs-Berufs-Schulgesetzes geplant, man habe bis jetzt vergeblich gewartet.

Die Versammlung bewilligte die angeforderten Mittel.

Punkt 13.

Festsetzung der Schulgeldsätze für die höheren Schulen, Handwerker- und Kunstgewerbeschule und Fortbildungsschule.

Die Beratung wurde ausgesetzt.

Punkt 14.

Erhöhung der Gebühren in der Markthalle, auf den Wochenmärkten, den Messen, Vieh- und sonstigen Märkten.

Der Rat gibt anheim, die Gebühren entsprechend seiner Vorlage festzusetzen. Für den Finanzausschuß berichtet Stadtverordneter Sauerbier, der anheimgibt,

der

der Festsetzung der Gebühren in der in Vorschlag gebrachten Höhe zuzustimmen.

Die Zustimmung wurde erteilt.

15./ Anfrage des Stadtverordneten Lehnert:

Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um die ins unermäßig gestiegene Not der Erwerbslosen zu lindern.

Stadtverordneter Lehnert begründete seine Anfrage und führte aus, daß es schlimm sei, wenn man nicht wisse, wo man die Mittel hernehmen solle, um mit seiner Familie leben zu können. Die Erwerbslosen wollten keine Unterstützung, sondern Arbeit. Produktive Arbeit müsse für die Erwerbslosen geschaffen werden, schon vor längerer Zeit habe man von Okerregulierungen gesprochen, gesehen aber habe man nichts. Wenn man den Erwerbslosen keine Arbeitsgelegenheit gäbe, dann könne man sich auch nicht wundern, wenn diese für das Wohl des Staates bzw. der Stadt nichts übrig hätten. Man müsse den Erwerbslosen verbilligte Lebensmittel und Feuerung zur Verfügung stellen.

Stadtrat Vogler führte aus, daß die Zahl der Erwerbs-
losen

losen in letzter Zeit sehr gestiegen sei. Sie betrage z.Z. 1718. Die Unterstützungssätze könnten nur vom Reiche aus erhöht werden, es seien bereits Schritte beim Staatsministerium und von diesem wiederum bei anderen Ländern unternommen, um so gemeinsam beim Reiche vorzugehen.

Vom Staatsministerium sei beschlossen, den nicht unterstützten Erwerbslosen eine Beschaffungsbethilfe zukommen zu lassen und der Rat der Stadt habe den vom Staatsministerium geforderten Zuschuß auch bewilligt. In den nächsten Tagen werde für eine Anzahl Erwerbsloser Arbeit vorhanden sein und der Rat werde weiterhin bemüht sein durch Beschaffung von Arbeit helfend einzugreifen.

Die Stadtverordnete Frau Böhm beantragte Besprechung. Der Antrag wurde genügend unterstützt. Stadtverordneter Heßnius führte aus, es wäre das Beste, für die Erwerbslosen Arbeit zu schaffen und keine Unterstützung. Der Staat habe bei der Staatsbank eine

Hundert-

Hundertmillionen - Anleihe aufgenommen um produktive Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen.

Die Stadtverordnete Frau Böhm sprach sich ebenfalls dahin aus, daß man für die Erwerbslosen Arbeit schaffen müßte, bei der augenblicklichen Unterstützung sei es nicht möglich, sich das Notwendigste zum Lebensunterhalt zu beschaffen. Man müsse den Erwerbslosen Lebensmittel und Feuerung zur Verfügung stellen.

Stadtverordneter Jahns erkannte ebenfalls die Notlage der Erwerbslosen an, es sei bedauerlich, daß jetzt wo der Dollar gefallen sei, gerade die Preise für Inlandsprodukte in die Höhe gingen. Jeder Preiszunahmer müsse an den Pranger gestellt werden. Er habe sich gefreut, daß von der Reichsregierung die Erhöhung der Löhne für Reichs-Staatsarbeiter bezw. die Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte abgelehnt sei, da dann an ein Steigen der Preise nicht gedacht werden könne.

Die Ausführungen des Stadtverordneten Jahns wegen

der

der Erhöhung der Löhne pp. wurden von dem Stadtverordneten Gräf widerlegt. Er führte aus, daß nicht zuerst die Löhne, sondern erst die Preise fallen müßten.

Stadtverordneter Gartung führte aus, daß an der in den nächsten Tagen folgenden Brotpreiserhöhung nicht die Bäcker Schuld seien, denn diese hätten ihre Unkosten schon auf das geringste Maß beschränkt. Hier könne nur die Regierung Wandel schaffen.

Stadtverordneter Maß ersuchte die anwesenden Landtagsabgeordneten, beim Landtage Anträge wegen Beschaffung von Arbeit für Erwerbslose zu stellen.

Er fragte an, ob der Rat der Stadt beim Staatsministerium Anträge auf Notstandsarbeiten gestellt habe und ob diese restlos erledigt seien, eventuell müsse beim Staatsministerium nachgeforscht werden, wo diese Eingaben liegen geblieben wären.

16.) Anfrage des Stadtverordneten Neßelius:

Ist es dem Rat der Stadt ^{nicht} möglich, analog dem Vorgehen des Staates Anleihen aufzunehmen für produktive

Ar-

Arbeiten, um mehr als bisher Arbeitslose zu beschäftigen?

7.) Dringlichkeitsantrag der Stadtverordneten Frau Böhm:

Möchte beantragen, daß den Erwerbslosen verbilligte Lebensmittel (insbesondere Milch für kleine Kinder) und freies Brennmaterial zur Verfügung gestellt wird. Stadtbaurat Gebensleben führte aus, daß man unbedingt für die Erwerbslosen Arbeit schaffen müsse. Es sei auch geplant, in allernächster Zeit Arbeiten in Angriff zu nehmen, bei denen eine Anzahl Erwerbsloser beschäftigt werden könnten. Wenn auch schon verschiedene Eingaben vom Staatsministerium erledigt worden wären, so wäre es doch noch eine Anzahl, die ihrer Erledigung noch harre.

Es folgte dann die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Frau Boehm, der von der Versammlung angenommen wurde.

8.) Anfrage des Stadtverordneten Stegmann:

Als Folge einer erweiterten Vorstandssitzung des „Vereins Volkslesehalle“, in der über die Finanzlage und den Fortbestand des Vereins verhandelt wurde, ist

ist nunmehr von der Leitung der Volkslesehalle die Schließung vom 1. April d.J. angekündigt worden.

Was gedenkt der Rat der Stadt zu unternehmen, um die Schließung dieses gemeinnützigen, der allgemeinen Volksbildung dienenden Instituts, zu verhindern.

Stadtverordneter Stegmann begründet seine Anfrage und führte aus, daß man in der letztthin stattgefundenen erweiterten Vorstandssitzung des betr. Vereins keine Wege gefunden habe, die Schließung der Volkslesehalle zu umgehen, wenn nicht Staat bezw. Stadt das Defizit übernehmen würden.

Stadtrat von Frankenberg erwiderte, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, um die Schließung zu verhindern. In kommender Woche finde eine Mitglieder-Versammlung statt und er hoffe, der Versammlung in 14 Tagen eine Vorlage unterbreiten zu können.

Stadtverordneter Dr. Schultze beantragte Besprechung der Antrag fand genügend Unterstützung.

Stadtverordneter Dr. Schultze und Sehmerbach sprachen gegen die Schließung der Volkslesehalle; es

müßten

müßten Mittel und Wege gefunden werden, um dieses Institut der Allgemeinheit zu erhalten.

19.) Anfrage des Stadtverordneten Stegmann:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß trotz wiederholter Beschwerden der Lungenkranken des städtischen Krankenhauses über schlechte und mangelhafte Ernährung keine dauernde Besserung eingetreten sein soll? Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen.

Stadtverordneter Stegmann teilte mit, daß das Essen an und für sich nicht schlecht sei, daß eben nur die Abwechslung fehle, es sei z.B. vorgekommen, daß in letzter Zeit sehr häufig Steckrüben, Mohrrüben und Kohl gekocht seien, dicke Suppen habe es überhaupt nicht gegeben.

Stadtrat von Frankenberg erwiderte, daß, solange es Kranke gäbe, diese mehr oder weniger berechtigten Klagen nicht verstummen würden. Der Rat der Stadt sei gern bereit, berechtigten Wünschen, die ihm zu

Ohren

Ohren kämen, nachzukommen bezu. zu erfüllen.

20./ Anfrage des Stadtverordneten Nöll:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß die mit den Mietern von „städtischen Wohnungen“ abgeschlossenen Mietverträge rechtsungültig sind und geändert werden müssen?

Stadtverordneter Nöll begründete seine Anfrage, die vom Stadtbaurat Gebensleben beantwortet wurde.

21./ Anfrage der Stadtverordneten Frau Boehm:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, was für Zustände im Pflegehause bestehen?

Die Stadtverordnete Frau Boehm führte aus, daß das Essen im Pflegehause in letzter Zeit sehr „dünn“ gewesen sei und ein junger Mann - fast mittellos - aus dem Pflegehause entlassen sei.

Stadtrat von Frankenberg erwiderte, daß dem Rate die Zustände im Pflegehause wohl bekannt seien, im übrigen könnte er nur seine Ausführungen bezgl. des Antrages Stegmann wiederholen. Es würde niemand gezwungen, das Pflegehaus zu verlassen. Die Vergü-

tun-

tungen - die man besser als „Taschengeld“ bezeichnen könnte, würden demnächst ebenfalls erhöht.

22.) Antrag des Stadtverordneten Schmerbach:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Pflegehausdeputation durch Hinzuziehung weiterer Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu erweitern.

Stadtverordneter Schmerbach führte aus, daß ihm die Begründung seines Antrages durch die Anfragen Stegmann und Boehm „leicht“ gemacht sei. Obgleich der Betrieb als mustergültig zu bezeichnen sei, könne es dem Rat nur erwünscht sein, die Deputation, die augenblicklich nur aus 3 Mitgliedern bestände, zu erweitern.

Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

23.) Antrag des Stadtverordneten Stukenberg:

Ich bantrage hiermit, den Geltungsbereich des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes der Stadt Braunschweig auf den Landkreis Braunschweig auszudehnen und den

Rat

Rat zu ersuchen, hierüber mit der Kreisversammlung des Landkreises Braunschweig in Verhandlung zu treten.

Stadtverordneter Stukenberg führte aus, daß die Arbeitnehmer in der Stadt Braunschweig besser gestellt seien, als die im Landkreise Braunschweig. Bei irgend welchen Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber müßten die Letzteren gleich die ordentlichen Gerichte anrufen. Eine Neuwahl der Beisitzer könne bis zum Jahre 1924 zurückgestellt werden.

Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Der Vorsitzende teilte zum Schluß noch mit, daß der Stadtverordnete Neßenius gebeten habe, ihn mit Ablauf des Monats März von dem Amte als Stadtverordneten zu entbinden, da er seinen Wohnsitz nach Kralenriede verlege.

Der Vorsitzende sprach dem Stadtverordneten Neßenius für seine Tätigkeit in der Versammlung seinen Dank

aus.

Schluß 7⁵⁰ Uhr.
(gez.) Gust. Frede
Horsitzmann

(gez.) C. Wichmann
Haller. Schriftführer

N i e d e r s c h r i f t
ü b e r
die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in der Sitzung am Donnerstag, den
29. März 1923 4 Uhr nachmittags.

=====

Gegenwärtig:

die Stadtverordneten ohne die entschuldigten
Herren Drews, Gartung, Diers, Neßenius,
Dr. Jasper, Dietermann und Fräulein Wolters.

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Frede
eröffnete die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Eine Eingabe der deutschen Volkspartei betr.
Unterstützung des Antrages S t u k e n b e r g wegen
Erweiterung des Geltungsbereichs des Kaufmanns -
und Gewerbegerichts der Stadt Braunschweig auf den
Landkreis Braunschweig wurde bekannt gegeben.

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tages-

Tagesordnung:

Anträge:

Beschlüsse:

1. Festsetzung der Schulgeldsätze für die höheren Schulen, Handwerker- und Kunstgewerbeschule und Fortbildungsschule.

Für den Schulausschuß berichtete die Stadtverordnete Frau G ö t z e. Sie führte aus, daß man sich im Schulausschuß nicht geeinigt habe, auch sei vom Staate zu einer Schulgelderhöhung an den staatlichen Schulen noch keine Stellung genommen. Sie trat in die Einzelheiten ein, der Vorsitzende empfahl jedoch zunächst eine Aussprache über die grundsätzliche Seite, ob überhaupt eine Erhöhung erfolgen solle oder nicht, sodann könnte eventuell über die Festsetzung des Schulgeldes beschlossen werden.

Stadtv. S i e v e r s bedauerte die mangelhafte Berichterstattung der Stadtv. Frau Götze. In Schulausschuß habe man den Beschluß gefaßt, die Ratsvorlage abzulehnen. Seine politischen Freunde

und

und er hätten es satt, dem Schauspiel dieser Berichterstattung von „der anderen Seite“ noch länger zuzusehen, ohne daß von Vorsitzenden in die Berichterstattung eingegriffen würde. Ein gleiches Schauspiel hätten sie erst kürzlich bei der Berichterstattung über die „Luxuspferdesteuer“ durch den Stadtv. J a h n e erlebt.

Der Vorsitzende weist die Ausführungen des Stadtv. S i e v e r s zurück; es habe bislang kein Grund vorgelegen, gegen die Berichterstattung der Frau Götze Einwendungen zu erheben.

Stadtv. S i e v e r s stellte nochmals fest, daß die Berichterstattung der Frau Götze nicht annehme und er auf keinen Fall solche Berichterstattung länger dulden würde, vermutlich fehle auf der rechten Seite das Verständnis für eine Berichterstattung.

Der Vorsitzende ersuchte nochmals Herrn Sievers, solche Kritik zu unterlassen, sie überschreite das zulässige Maß. (Zuruf des Stadtv. Haß: So etwas

ist

ist noch nicht dagewesen). Es folgten verschiedene andere Zurnfe.

Stadto. S i e v e r s fuhr dann fort, was den Schulausschuß veranlaßt habe, die Vorlage abzulehnen. Nicht nur den Kindern der Reichen sondern auch denen der Minderbemittelten sollte der Besuch einer höheren Schule ermöglicht werden. Man brauche sich nicht inner nach dem Staate zu richten, sondern die „Selbstverwaltung“ der Städte aufrecht erhalten. Wenn die Stadt Geld nötig habe, so müsse sie durch Steuern ihre Einnahme-Quellen zu verbessern suchen, auf keinen Fall aber auf Kosten der Volksbildung. Es gäbe übrigens in Reiche viele Städte, deren finanzielle Lage bedeutend schlechter sei, als die Braunschweigs. Wenn auch augenblicklich die Kinder der „Reichen“ noch in der Mehrzahl auf den höheren Schulen wären, so müsse doch dahin gestrebt werden, daß auch den begabten Kindern der „Armen“ der Besuch einer höheren Schule möglich sei.

Stadtrat

Stadtrat S c h a p e r teilte mit, daß fast alle Nachbarstädte viel mehr Schulgeld erhöben, als die Stadt Braunschweig. Das Schulgeld an und für sich sei wirklich nicht zu hoch, die Ausgabe für Bücher, Hefte und dergl. sei bedeutend größer und hierin sei wohl der Grund zu suchen, weshalb mancher Minderbemittelter sein Kind nicht auf eine höhere Schule schicke. Für begabte Kinder Minderbemittelter werde wie bisher auf Antrag Schulgelderlaß gewährt. Ein Zwischenruf des Stadtv. Maaß, daß es bei den Schulgelderlaßgesuchen nach Gunst ginge, wurde vom Stadtrat Schaper bestritten, wenn ein Mißgriff vorgekommen sein sollte, so würde er in jedem Falle Abhilfe schaffen.

Oberbürgermeister R e t e m e n e r führte aus, daß die augenblickliche finanzielle Lage der Stadt eine Erhöhung des Schulgeldes erforderlich mache. Wenn die Stadt nicht alle Steuerquellen ausnutze, könne auf keine Überweisungen vom Staatsministerium gerachnet werden. Es mache übrigens

auch

auch einen sonderbaren Eindruck, wenn die Stadt Braunschweig mit ihren Schulgeldsätzen soweit hinter den Nachbarstädten zurückbleibe. Was die Steuern betreffe, so könnte nur noch die Grundsteuer erhöht werden, denn hiermit stehe Braunschweig weit hinter den anderen Gemeinden zurück.

Heutzutage Anleihen aufzunehmen, sei äußerst bedenklich, denn man müsse damit rechnen, daß die heute in Papierfetzen aufgenommene Anleihe demnächst in besserer Währung zurückgezahlt werden müßte. Um die Einnahme der höheren Schulen einigermaßen ins Gleichgewicht zu den Ausgaben zu bringen, sei eine Erhöhung des Schulgeldes unbedingt erforderlich. Was die Schulgelderlasse betreffe, so könnte ja die Entscheidung darüber unter Mitwirkung von Stadtverordneten vorgenommen werden.

Der Stadt. Dr. S e h u l t z bezeichnete die beantragte Erhöhung des Schulgeldes als äußerst gering, wenn man demgegenüber die Kosten für Schreib-
stoffe pp. betrachte. Er sei der Ansicht, daß die Eltern das Schulgeld gern bezahlen würden. Er führte

aus,

aus, daß der Arbeiter ebensoviel verdiene wie der kleine Beamte. Wenn eben die Kinder des Arbeiters auf den höheren Schulen nicht zu finden seien, so müßten andere Gründe vorliegen, vielleicht läge es daran, daß die Kinder bereits vom 14. Lebensjahre ab verdienen müßten. Für begabte unbemittelte Kinder müßte Schulgelderlaß gewährt werden, eventuell die z.Z. bestehende SZahl erhöht werden oder die Prozentzahl ganz fallen gelassen werden. Er empfahl, der Erhöhung zuzustimmen.

Stadt v. S a u e r b i e r führte aus, daß das Ziel, Schulgeldfreiheit - erreicht sei, eine Schulgeldfreiheit für die höheren Schulen sei nicht möglich. Er stellte den Antrag die Beschlußfassung anzusetzen, bis der Staat sich entschlossen habe.

Stadt v. S t e g m a n n gab anheim, den Antrag Sauerbier abzulehnen und dem Beschlusse des Schulausschusses beizutreten.

Vor der Abstimmung sprach die Stadtverordnete Frau S t a e den Stadtverordneten Stegers für
das

das Privatisistum ihren Dank aus.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurde der Antrag Sauerbier abgelehnt.

Der Antrag des Rats wurde ebenfalls mit 14 : 13 Stimmen abgelehnt.

2.1 Antrag des Stadtv. S t u k e n b e r g :

Ich beantrage hiermit, den Geltungsbereich des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts der Stadt Braunschweig auf den Landkreis Braunschweig auszudehnen und den Rat zu ersuchen, hierüber mit der Kreisversammlung des Landkreises Braunschweig in Verhandlungen einzutreten.

Stadtv. Dr. K a h l e r t berichtete für den Rechtsausschuß und führte aus, daß Stadtv. Jahns bereits im Jahre 1920 einen gleichen Antrag gestellt habe, damals habe man sich ebenfalls für den Antrag ausgesprochen.

Namens des Rechtsausschusses habe er der Versammlung zu empfehlen, den Antrag anzunehmen.

Ohne Aussprache wurde der Antrag angenommen.

3). Antrag des Stadtv. S e h n e r b a c h :

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Pflegehausdeputation durch Hinzuziehung weiterer Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu erweitern.

Stadtv. Frau S c h u l z e empfahl namens des Rechtsausschusses - dem Antrage mit der Maßgabe zuzustimmen, den Rat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine dementsprechende Vorlage zu unterbreiten.

4). Eingabe von Rassehund-Vereinen wegen Herabsetzung der Hundesteuer.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. R e g e n e r teilte mit, daß die Mehrheit des Rechtsausschusses sich nicht mit den Gründen einverstanden erklären konnte und empfahl daher, die Eingabe abzulehnen.

Ohne Aussprache wurde der Antrag abgelehnt.

5). Bewilligung von Mitteln zur Unterhaltung der
Kurse für Volksbildung.

Der Rat gibt anheim, für die Unterhaltung der Kurse für Volksbildung in der Zeit vom 1. Januar - 31. März 1923 den Betrag von 200 000 M zu bewilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv.
S t e g m a n n, der der Versammlung die Bewilligung der beantragten Mittel empfahl.

Ohne Aussprache wurden 200 000 M bewilligt.

6). Verkauf von Flächen auf der Charlottenhöhe.

Der Rat ersucht zuzustimmen, eine 1900 qm große Fläche auf der Charlottenhöhe zum Preise von 60 M / qm - unter Sicherung des Vor- und Wiederkaufsrechts in üblicher Weise und unter der Bedingung zu verkaufen, daß mit der Errichtung von 2 Wohnhäusern mit je 2 Wohnungen sofort begonnen wird. Die Flächen sollen je zur Hälfte verkauft werden an den Rottenmeister Wendhausen und Eisenbahnsekretär Schulze.

Namens

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv.
Marth, den Verkaufe zuzustimmen.

Ohne Aussprache wurde die Zustimmung ausgesprochen.

7. Neuregelung der Festsetzung der Pflichtstunden
für Lehrkräfte an den städtischen Schulen.

Der Satzungsentwurf ist vervielfältigt
(siehe Anlage).

Namens des Schulausschusses empfahl Stadtv.
Stukenberg dem Satzungsentwurfe mit der Maßgabe zu-
zustimmen, daß in Artikel I anstelle der Worte
„der Rat der Stadt“ die Worte „die städtischen Be-
hörden“ gesetzt werden.

Die Versammlung stimmte dem Satzungsentwurfe
mit dieser Änderung zu.

8. Erhöhung der Leihgebühren bei der Stadt-
bibliothek.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die bei
der Stadtbibliothek seit 1. November 1922 erhobenen
Gebühren

Gebühren von 1. April 1923 ab auf das Zehnfache erhöht werden und die Gebühr für einen einzelnen Band auf 40 Mark festgesetzt wird.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadts. Sauerbier der Ratsvorlage zuzustimmen.

Ohne Aussprache wurde die Zustimmung erteilt.

9. Zuschuß für den Verein Volksleschalle.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß
1/ dem Verein Volksleschalle mit Ablauf des Monats März eine fernere Beihilfe von 2 Millionen Mark gewährt wird,

2/ der Rat ermächtigt wird, mit den Vereinsvorstände Verhandlungen wegen Herabsetzung des Geschäftspersonals zu führen und die Bildung eines engeren Vorstandes in die Wege zu leiten.

3/ Der Fehlbetrag der Volksleschalle je zur Hälfte vom Staat und Stadt getragen wird.

Namens des Finanzausschusses berichtete Stadts. Stegmann, der der Versammlung empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Der

Der Vorsitzende glaubte, daß sich der Bericht-
erstatter bezüglich des Punktes „Verhandlungen mit
dem Staatsministerium“ insofern geirrt habe, daß
nicht der Rat der Stadt beantragt habe, diese Ver-
handlungen zu führen, sondern daß der Finanzausschuß
beschlossen habe, den Rat zu ersuchen beim Staats-
ministerium vorstellig zu werden. Stadtrat von
Frankenberg klärte diese Meinungsverschiedenheit
dahin auf, daß in der vorletzten Sitzung des Finanz-
ausschusses davon die Rede gewesen sei, der Rat
solle beim Ministerium vorstellig werden. In der Vor-
lage des Rats sei diese Anregung aber schon berück-
sichtigt.

Stadtv. S t e i n e r t stimmte ebenfalls für
die Annahme der Ratvorlage und kam bei dieser Ge-
legenheit auf die Mitgliederversammlung der Volks-
kasschalle zu sprechen. Er führte aus, daß in der
Finanzausschußsitzung vor 8 Tagen beschlossen sei,
über die finanzielle Lage der Stadt nicht zu spre-
chen, das, was in Finanzausschuß besprochen sei,

für

„für sich“ zu behalten. Der Vorsitzende habe dieses Versprechen gebrochen, es fehle ihm eben die parlamentarische Disziplin. Wenn einmal ein Beschluß gefaßt wäre, dann müsse er auch durchgeführt werden. Der Vorsitzende habe damit der Stadt wirklich keinen Dienst erwiesen.

Der Vorsitzende rechtfertigte seine in der Mitgliederversammlung der Volkshalle gemachten Ausführungen. Von einem Bruch des Versprechens könne keine Rede sein, die Schweigepflicht habe sich auf etwas ganz anderes bezogen.

(Zuruf des Stadtv. Haack: Sie haben sich vertorheitigt gemacht!) Vorsitzender: Herr Haack, ich verbitte mir Ihre Zurnel! Stadtv. Haack: Was wollen Sie? Vorsitzender: „Anstand.“

Oberbürgermeister Reimersper führte aus, über die finanzielle Lage der Stadt dürfe so wenig wie möglich an die Öffentlichkeit kommen. In kleineren Kreisen sei er jederzeit bereit, Rede und Antwort zu stehen, es wäre das Beste, über unsere Finanzlage keine Auskunft zu geben.

Von

Von Seiten der „Linken“ wurden verschiedene Zurufe gegen den Vorsitzenden gerichtet, die z.T. in dem Lärm nicht verständlich waren und bei denen Stadtv. Sievers einen Ordnungsruf erhielt, als er den Vorsitzenden einen „gräßlichen Menschen“ nannte.

Stadtv. B u r g d o r f f von der „Rechten“ rief mehrmals laut in den Saal „Mehr Anstand, wo bleibt der Anstand!“

Der Sturm legte sich, nachdem der Vorsitzende darauf drohte, die Sitzung zu unterbrechen.

Der Vorsitzende erklärte die Angelegenheit für erledigt.

Der Antrag des Rats wurde angenommen.

10. / Genehmigung von Mitteln für Massenspeisungen von

Stadtrat von Frankenberg teilte mit, daß das Staatsministerium für Massenspeisungen 6 Millionen Mark und für Brennstoffversorgung 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt habe unter der Bedingung, daß die Stadt für die gleichen Zwecke 2 bzw. 1 Millionen Mark zur Verfügung stelle. Der Rat gabe

anheim

anheim, diese Mittel zu bewilligen und ihn gleichzeitig zu ermächtigen, für fernere vom Staate für die gleichen Zwecke bewilligten Mittel jedes Mal $1/3$ der vom Staate bewilligten Mittel als Stadtzuschuß zu zahlen.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

11.) Änderung des § 3 des Vertrages betr. Übernahme
des Nachschutzdienstes auf den Staat.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der § 3 des Vertrages folgende Fassung erhalte:

„Die von der Stadt zu zahlende Summe erführt eine Erhöhung bezw. Verringerung in der Erhöhung bezw. Verringerung der Bezüge der Beamten sowie bei einer mit der Stadt Braunschweig vereinbarten Erhöhung der Zahl der Schutzpolizeibeamten.

Die Versammlung erklärte sich mit der Fassung einverstanden.

2.) Antrag des Stadtv. M a r t h:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, das Bestattungswesen auf dem Zentralfriedhofe in städt. Verwaltung zu übernehmen.

131). Anfrage des Stadtv. L e h n e r t:

Kann der Rat der Stadt Auskunft darüber geben, wie weit die Verhandlungen betr. Übernahme des Zentralfriedhofes auf die Stadt Braunschweig gedielen sind ?

Beide Punkte wurden zusammen erledigt.
Stadtv. M a r t h begründete seinen Antrag und führte aus, daß das Bestattungswesen bedeutend verbilligt werden könnte, die Beschaffung des Sarges, die Überführung zum Hauptfriedhofe, alles dieses müsse in einer Hand vereinigt werden.

Der Antrag wurde genügend unterstützt und dem Rechtsausschusse zur Vorberatung überlassen.

Hierauf begründete Stadtv. L e h n e r t seine Anfrage.

Er hätte in den Br. Neuesten Nachrichten eine Annonce gelesen, in welcher Personal zur Beisetzung von Leichen auf dem Hauptfriedhofe gesucht wurde.

Sozial ihm bekannt geworden sei, wäre mit dem Tiefbauunternehmer Spindler ein Vertrag wegen Anfertigung der Gräfte abgeschlossen und es bestände

die

die Absicht, die Arbeiter des Hauptfriedhofes bis auf einige wenige zu entlassen. Der Tiefbauunternehmer Spindler solle mit dem Rest der verbleibenden Arbeiter (etwa 6) einen Arbeitsvertrag abschließen. Damit sei erreicht, daß der jetzt noch bestehende Betriebsrat aufgelöst würde.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r teilte mit, daß der Rat der Stadt hierüber keine Auskunft geben könnte. Die Unkosten des Hauptfriedhofes könnten durch die Einnahmen nicht mehr gedeckt werden, durch die Feuerbestattungshalle würde den Hauptfriedhofe eine große Konkurrent gemacht. Der Stadtkirchenausschuß habe für den Friedhof 53 Millionen Mark gefordert, dieses Angebot sei jedoch nicht anzunehmen. Sobald als möglich sollen neue Verhandlungen geführt werden.

Besprechung wurde beantragt und der Antrag genügend unterstützt.

Stadtv. M a r t h führte aus, daß, wenn auf dem Hauptfriedhofe alte Rentner eingestellt würden,

sehr

sehr leicht Vorgänge vorkämen, die nicht erwünscht wären. Es gehöre innerhin eine gewisse Fertigkeit dazu, die Särge hinabzulassen. Die Kirche müsse sich schämen, ein solches Angebot zu machen.

Stadtv. L e h n e r t bezeichnete den Betrieb auf dem Hauptfriedhofe mit „Luderwirtschaft.“

14). Anfrage der Frau B o e h m :

Höchte mir die Anfrage erlauben, warum der Rat der Stadt den Notetandsarbeitern den Lohn nicht gibt, den der Schlichtungsausschuß zugebilligt hat.

Die Stadtv. Frau Boehm begründete ihre Anfrage und führte aus, daß die zu den Notetandsarbeiten herangezogenen Arbeiter nicht alle den gleichen Lohn erhalten. Die auf dem Löwenwall beschäftigten Arbeiter würden viel höher entlohnt als z.B. die auf der Comeniusstraße beschäftigten Arbeiter.

Stadtbaurat Gebensleben teilte mit, daß die von der Stadt entlohnnten Arbeiter den Lohn der städtischen Arbeiter ohne soziale Zulage erhielten, während

während die vom Staate entlohnnten Arbeiter nach den Sätzen der staatl. Verwaltungsarbeiter entlohnt würden, daneben aber auch die soziale Zulage erhielten.

Besprechung wurde beantragt und genügend unterstützt.

Stadtv. Maas teilte mit, daß man den Notstandsarbeitern auf dem Löwenballe gewisse Abzüge (25 %) machen ein sogenannter Prämienabzug.

Es wäre dieses eine große Härte für diejenigen, die infolge Verwundung oder sonstiger körperlicher Fehler nicht voll leistungsfähig seien.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte hierauf, daß dieses „Prämien-system“ vom Reiche angeordnet sei und daß sich sowohl Staat wie Stadt danach zu richten hätten, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen wolle, der Reichs- bzw. Staatszuschüsse verlustig zu gehen.

In Übrigen würde bei diesem Prämien-system die größte Rücksicht geübt, bislang wäre nur einem einzigen Arbeiter der Lohn gekürzt.

151.

Antrag des Stadtv. S t e g m a n n :

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, auf baldige Beseitigung folgender Mängel der Städtischen Fortbildungsschule hinzuwirken:

1/ Das System der nebenamtlichen Lehrkräfte abzubauen und nach Möglichkeit hauptamtliche Lehrkräfte anzustellen.

2/ Die für die Fortbildungsschüler ungeeigneten Schulbänke im Waisenhaus durch andere Sitzgelegenheiten zu ersetzen.

3/ Geeignete Maßnahmen gegen diejenigen Arbeitgeber zu ergreifen, die den Besuchern der Fortbildungsschule für die Zeit des Schulbesuches den Lohn kürzen, was zur Folge hat, daß die Betroffenen vielfach ihrer Schulpflicht nicht genügen.

4/ Die Zersplitterung der in 15 verschiedenen Gebäuden untergebrachten Klassen zu beseitigen, durch Freimachung eines Schulgebäudes für die Fortbildungsschule.

Stadt v.

Stadtv. S t e g m a n n begründete seinen Antrag, der dann dem Schulausschuß zur Vorberatung überwiesen wurde.

Schluß 7⁰⁰ Uhr.

Vorsitzender:

Gust. Frede.

C. Wehrmann,
stellv. Schriftführer.